

Konzernabschluss und Konzernlagebericht
der Bremer Landesbank
nach IFRS per 31. Dezember 2010

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zinsüberschuss	298	262	36	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-59	-144	85	-59
Provisionsüberschuss	41	38	3	8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten einschließlich Hedge Accounting	-89	80	-169	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	17	6	11	>100
Verwaltungsaufwand	162	142	20	14
Finanzanlageergebnis	8	-15	23	>100
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	6	4	2	50
Ergebnis vor Steuern	60	89	-29	-33
Ertragsteuern	13	24	-11	-46
Konzernergebnis	47	65	-18	-28
Cost-Income-Ratio (CIR)	59,1%	36,3%		
Eigenkapitalrentabilität (nach Steuern)	6,4%	9,7%		
	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Bilanzielles Eigenkapital	987	963	24	2
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital	1.913	1.853	60	3
davon Kernkapital	1.576	1.556	20	1
Risikogewichtete Aktiva	17.449	15.635	1.814	12
Bilanzielle Eigenkapitalquote	5,66%	6,16%		
Forderungen an Kreditinstitute	5.513	4.780	733	15
Forderungen an Kunden	22.060	20.988	1.072	5
Risikovorsorge	-306	-270	-36	13
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.087	1.123	-36	-3
Finanzanlagen	5.688	6.440	-752	-12
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	77	81	-4	-5
Sonstige Aktiva	682	639	43	7
Summe Aktiva	34.801	33.781	1.020	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.600	10.508	1.092	10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.158	10.236	-78	-1
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.939	9.244	-305	-3
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.449	1.267	182	14
Rückstellungen	320	300	20	7
Sonstige Passiva	185	106	79	75
Nachrangkapital	1163	1157	6	1
Bilanzielles Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	987	963	24	2
Summe Passiva	34.801	33.781	1.020	3
Personalbestand				
Gesamt	1.058	981	77	1
Aktuelle Ratings (long term rating)				
Moody's	Aa2	Aa2	-	-
Fitch Ratings	A	A	-	-

Inhalt

Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Berichtsjahr 2010

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick	2
1. Konzernlagebericht	6
A. Geschäft und Rahmenbedingungen	6
B. Ertragslage	13
C. Finanz- und Vermögenslage	18
D. Segmentberichterstattung	27
E. Nachtragsbericht	31
F. Prognosebericht	32
G. Chancen- und Risikobericht	36
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	74
3. Gesamtergebnisrechnung	75
4. Konzernbilanz	76
5. Eigenkapitalveränderungsrechnung	77
6. Kapitalflussrechnung	78
7. Konzernanhang (Notes)	79
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	79
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	79
(2) Anpassung der Vorjahreszahlen	80
(3) Angewandte IFRS	81
(4) Konsolidierungsgrundsätze	84
(5) Konsolidierungskreis	85
(6) Währungsumrechnung	85
(7) Finanzinstrumente	86
(8) Risikovorsorge	95
(9) Sachanlagen	96
(10) Leasinggeschäfte	97
(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	97
(12) Immaterielle Vermögenswerte	98
(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	99
(14) Andere Rückstellungen	100
(15) Ertragsteuern	100
(16) Nachrangkapital	101
Segmentberichterstattung	102
(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)	102
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	109
(18) Zinsüberschuss	109
(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	110
(20) Provisionsüberschuss	111
(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	112

(22)	Ergebnis aus Hedge Accounting	113
(23)	Ergebnis aus Finanzanlagen	113
(24)	Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	114
(25)	Verwaltungsaufwand	114
(26)	Sonstiges betriebliches Ergebnis	115
(27)	Ertragsteuern	115
	Erläuterungen zur Konzernbilanz	117
(28)	Barreserve	117
(29)	Forderungen an Kreditinstitute	117
(30)	Forderungen an Kunden	118
(31)	Risikovorsorge	118
(32)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	121
(33)	Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	122
(34)	Finanzanlagen	123
(35)	Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	123
(36)	Sachanlagen	125
(37)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	125
(38)	Immaterielle Vermögenswerte	126
(39)	Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern	128
(40)	Sonstige Aktiva	129
(41)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129
(42)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	130
(43)	Verbriefte Verbindlichkeiten	130
(44)	Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	131
(45)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	131
(46)	Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	132
(47)	Rückstellungen	132
(48)	Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern	136
(49)	Sonstige Passiva	137
(50)	Nachrangkapital	138
	Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	139
	Erläuterungen zum Eigenkapital	139
	Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	141
	Sonstige Angaben	142
(51)	Fair-Value-Hierarchie	142
(52)	Buchwerte nach Bewertungskategorien	145
(53)	Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien	146
(54)	Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien	146
(55)	Fair Values von Finanzinstrumenten	147
(56)	Derivative Finanzinstrumente	148
(57)	Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen	150
(58)	Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten	151
(59)	Angaben zur Fair-Value-Option	152
(60)	Der BLB Konzern als Sicherungsgeber	153
(61)	Echte Wertpapierpensionsgeschäfte	153
	Weitere Erläuterungen	154
(62)	Eigenkapitalmanagement	154
(63)	Aufsichtsrechtliche Grunddaten	155
(64)	Fremdwährungsvolumen	156
(65)	Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)	157
(66)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	157
(67)	Leasing	158

(68)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	159
(69)	Nachrangige Vermögenswerte	160
(70)	Treuhandgeschäfte	160
(71)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	160
	Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung	161
(72)	Anzahl der Arbeitnehmer	161
(73)	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	161
(74)	Verzeichnis der Mandate	167
(75)	Aufwendungen für Organe und Organkredite	168
(76)	Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB	169
(77)	Honorar des Konzernabschlussprüfers	170
	7. Versicherung der gesetzlichen Vertreter	171
	8. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	172
	9. Bericht des Aufsichtsrates	174
	10. Bericht der Trägerversammlung	175
	11. Berichterstattung zur Corporate Governance	176
	12. Daten und Fakten	180
	Organe der Bremer Landesbank	181
	Mitglieder des Aufsichtsrates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	182
	Mitglieder der Trägerversammlung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	183
	Mitglieder des Beirates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	184

1. Konzernlagebericht

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

B. Ertragslage

C. Finanz- und Vermögenslage

D. Segmentberichterstattung

E. Nachtragsbericht

F. Prognosebericht

G. Chancen- und Risikobericht

Im folgenden Text werden die Begriffe Bank und Bremer Landesbank verwendet. Darunter ist jeweils der Konzern Bremer Landesbank zu verstehen. Die Entwicklung des Konzerns ist fast ausschließlich geprägt durch das Mutterunternehmen. Als ein wichtiger Teil der NORD/LB-Gruppe werden die Unternehmen des Konzerns Bremer Landesbank in deren Konzernabschluss einbezogen und konsolidiert.

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Die seit dem zweiten Quartal 2009 andauernde Konjunkturerholung setzte sich 2010 weltweit fort. Das Wirtschaftswachstum stellte sich trotz andauernder Finanzkrise global laut Internationalem Währungsfonds auf 4,8%. Der Welthandel legte um 11,5% zu.

Das Wachstum war ungleich verteilt. Während Industrienationen einen durchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,2% verzeichneten, war das Wachstum in den Schwellenländern mit 7,1% deutlich ausgeprägter.

Insbesondere China nahm eine führende Rolle als Impulsgeber ein. Trotz diverser restriktiver Zentralbankmaßnahmen reüssierte China mit einem Wachstum von 10,3% per 2010. Auch Indien mit knapp 9% Wachstum überzeugte im asiatischen Raum. In Südamerika nahm Brasilien mit circa 8% Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen Spitzenplatz ein.

Deutschland setzte mit einer Expansion der Wirtschaftsleistung in Höhe von 3,6% positive Akzente in Europa. Die Vereinigten Staaten lieferten ein durchwachsendes Bild mit einem BIP-Anstieg um 2,5%, der von einer Staatsneuerschuldung oberhalb von 10% des BIP und extrem lockerer Zins- und Geldpolitik der Federal Reserve getragen ist. Strukturreformen nach Muster der Euro-Zone blieben in den USA unverändert aus.

Im Verlauf des Jahres 2010 dominierte die Staatsdefizitdebatte in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal als Facette der unverändert andauernden globalen Finanzkrise. Als Folge aggressiver Spekulationen gegen die Defizitländer der Euro-Zone sahen sich die politischen Vertreter der Euro-Zone und des IWF im Mai 2010 genötigt, einen Schutzschirm im Volumen von 750 Mrd. € aufzuspannen (EFSF). Seinerzeit hat sich die EZB entschlossen, Staatsanleihen der Defizitländer aufzukaufen, um damit sachlich nicht angemessene spekulative Bewertungen mit negativen systemischen Konsequenzen zu verhindern. Aktuell liegt das Ankaufvolumen bei 76,5 Mrd. €. Die EZB neutralisiert die durch den Ankauf erfolgten Liquiditätseffekte (Sterilisation).

Die in Angriff genommenen Reformen in den europäischen Defizitländern waren markant und übertrafen bereits 2010 die unterstellten Ziele. So konnte Griechenland seine Neuverschuldung gegenüber 2009 um 36,5% reduzieren. Portugal unterschritt das gesteckte Defizitziel bei 7,3% des BIP. Auch Spanien übertraf laut IWF die gemeinschaftlich definierten Ziele.

Die Folgen der europäischen Defizitkrise waren weitgehend auf die jeweiligen Länder beschränkt. In der Tendenz nahm global die Risikoaversion vor dem Hintergrund der positiv überraschenden Weltkonjunktur ab. Unter Schwankungen legten Aktienmärkte in den Industrienationen zu. Rohstoffpreise verzeichneten zum Teil deutliche Anstiege. Mit anziehendem Preisniveau kam es im zweiten Halbjahr 2010 zu merklichen Renditeanstiegen an den Kapitalmärkten. Zentralbanken der großen Industrienationen USA, Euro-Zone und Japan veränderten ihre Leitzinsen im Rahmen der Niedrigzinspolitik jedoch nicht.

Die deutsche Wirtschaft setzte nach einem zögerlichen Start bedingt durch den scharfen Winter zu Beginn des Jahres 2010 zu einer fulminanten Konjunkturerholung an. Der hohe Anteil des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft wirkte sich im Vergleich zu anderen Industrienationen als ein treibender Katalysator aus. Exporte zogen 2010 um 14,2% an. Investitionstätigkeit nahm in Deutschland um 9,4% zu. Bauausgaben wuchsen um 2,8%. Aber auch der private Konsum legte für Experten überraschend als Folge einer deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation um 0,5% zu. 2010 sank die Arbeitslosigkeit von 8,1% auf 7,5% und markierte damit den niedrigsten Stand seit 1992. Die auslaufenden Konjunkturprogramme wirkten sich 2010 nicht belastend auf die Gesamtwirtschaft aus.

Ende 2010 markierte der deutsche IFO-Geschäftsklimaindex, ein Frühindikator der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, einen historischen Höchstwert bei 109,8 Punkten. Damit war der Jahresausklang 2010 von einer weiter positiven konjunkturellen Tendenz gekennzeichnet.

Region

Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ziehen für 2010 eine positive Bilanz. Der Aufschwung gewann an Tiefe und Breite. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ergab sich jedoch im Bereich der Beschäftigung keine nennenswerte Veränderung.

Im Verlauf des Jahres stellte sich durchgängig ein verbesserter Geschäftsausblick bei den Unternehmen ein. Knapp jedes zweite Unternehmen sah günstigeren Geschäften entgegen. Der Dienstleistungssektor, darunter Bereiche wie Verkehrs- und Logistikwirtschaft als auch Kreditgewerbe, zeigte sich neben dem Exportsektor besonders positiv. Zuversicht dominierte in der Industrie.

In dem Zeitraum von Januar bis November 2010 nahm der Auftragseingang im Jahresvergleich um 24,1% zu. In den Sektoren Einzelhandel und Baugewerbe ist die Bewertung dagegen verhaltener. Im Baugewerbe belasten die auslaufenden Konjunkturprogramme. Der Tourismussektor präsentierte sich 2010 in gefestigter konjunktureller Verfassung.

Der Aufschwung im Oldenburger Land hat im Jahr 2010 an Tiefe und an Breite gewonnen. Der IHK-Klimaindex, der die Stimmung der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Lage misst, legte im 4. Quartal 2010 von zuvor 124,4 auf 136,3 Punkte zu und markierte damit einen neuen historischen Höchstwert. Sowohl die Industrie, die Baubranche, das Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe als auch der Handel sind mit der aktuellen Lage sehr zufrieden. Insbesondere das Weihnachtsgeschäft 2010 setzte im Handel sehr positive Akzente. Der Umsatz im Ernährungsgewerbe, dem stärksten Industriezweig im Oldenburger Land, ist im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen. Das Umsatzvolumen nahm um 9,3 Prozent auf 3,7 Milliarden € zu.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg hat ein gutes Jahr hinter sich. Der Konjunkturklimaindikator, der die Lage und die Erwartungen der Betriebe abbildet, erreichte 124 von 200 möglichen Punkten und hat den zweithöchsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre erreicht. Auf dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise vor zwei Jahren lag der Indikator bei nur 69 Zählern. Weiterhin stabil ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Mehr als ein Drittel rechnet mit zunehmenden, nur ein Zehntel hingegen mit geringeren Investitionen. Die Erwartungen der Betriebe wirken sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Der Anteil der Betriebe, der für dieses Jahr von einer steigenden Beschäftigtenzahl ausgeht, ist zum Jahresende gestiegen.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank veröffentlicht seit dem Berichtsjahr 2005 als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals ein Konzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung (IAS/IFRS) inklusive Vergleichszahlen für das Jahr 2006 veröffentlicht.

Der unter Beachtung der Vorschriften der IAS 27 und IAS 28 festgelegte Konsolidierungskreis stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Mutterunternehmen:

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen

Tochtergesellschaften und Investmentfonds, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Im Berichtsjahr 2010 ergaben sich keine Änderungen am Konsolidierungskreis.

Die Bremer Landesbank AöR als Mutterunternehmen ist in der Geschäftsführung und/oder den Aufsichtsgremien vertreten. Die wesentlichen Interessen aus Konzernsicht werden durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Planungsprozess koordiniert.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen des Konzerns ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Rating-Agenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C; FITCH Individual-Rating: C). Die Langfristratings (FITCH: A; Moody's: Aa2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des kundengetriebenen Wachstums der Erlöse sowie ein stringentes Kosten- und ein konsequentes Risikomanagement ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung. Die Wert- und Risikoorientierung zeigt sich im Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss.

Zentrale Größe für die interne Steuerung der Geschäftsfelder ist der Wertbeitrag, den jedes Geschäftsfeld zum Unternehmenserfolg beiträgt. Als Wertbeitrag ist das Ergebnis eines Geschäftsbereiches unter Berücksichtigung des Expected Loss und der Kosten für das eingesetzte Kapital festgelegt. Hierdurch wird die Wertschaffung jedes einzelnen Geschäftsfeldes aufgezeigt.

Darüber hinaus werden die Geschäftsfelder über folgende Kennzahlen gesteuert:

$$\text{RaRoC} = \frac{\text{Wertbeitrag}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

$$\text{Cost-Income-Ratio} = \frac{\text{Verwaltungsaufwendungen}}{\text{Operative Erträge}}$$

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen unter anderem Zins- und Dienstleistungserträge sowie Fair-Value-Ergebnisse und Sonstige Erträge.

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR). Der RoE ist wie folgt definiert:

$$\text{RoE} = \frac{\text{Betriebsergebnis nach Risikovorsorge vor Steuern}}{\text{Nachhaltiges Eigenkapital}}$$

Das nachhaltige Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital, den Kapitalrücklagen und den Gewinnrücklagen.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Interne betriebswirtschaftliche Größen wie zum Beispiel die empfängerorientierte Gestaltung des Deckungsbeitragschemas
- Größen der externen Rechnungslegung wie zum Beispiel der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie zum Beispiel der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategiereview durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt. (Im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen.)

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Erlösziele und Budgetvorgaben sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die nachhaltigen operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr sehr zufriedenstellend entwickelt. Dies ist im Wesentlichen auf ein deutlich besseres Zinsergebnis und ein stabilisiertes Provisionsergebnis zurückzuführen. Das Handelsergebnis stand bewertungsbedingt als Folge der hohen Verschuldung bestimmter Staaten deutlich unter Druck.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wirkten sich erfreulicherweise nicht so stark wie erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. In bestimmten Teilsegmenten des Schiffsektors hat die Bank vermutlich bereits eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken innerhalb der Portfoliowertberichterstattung besonders Rechnung getragen.

Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nicht erforderlich.

Die Personalaufwendungen des Konzerns Bremer Landesbank sind im Berichtsjahr wie erwartet tarifbedingt und aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr plangemäß höheren Personalbestandes angestiegen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind wegen höherer Ausgaben für Informationstechnologie und in Verbindung mit dem Projekt zur Migration auf die Systeme der Finanz Informatik angestiegener Beratungsaufwendungen erwartungsgemäß weiter angestiegen. Insgesamt haben sich die Verwaltungsaufwendungen daher im erwarteten Umfang erhöht.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Den in der Immobilienwirtschaft tätigen Tochtergesellschaften ist es trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, sich durch Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erfolgreich im Markt zu behaupten.

Die BLB Leasing generiert ihr Neugeschäft überwiegend über die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank. Diese Geschäftsstrategie hat sich weiter gut bewährt und wiederum zu einem nennenswerten Neugeschäftsvolumen geführt. Zusätzlich wurden von einer mit dem Mutterunternehmen zusammenarbeitenden Leasinggesellschaft Verträge mit nicht unerheblichem Volumen übernommen. Der Beaufsichtigung als Finanzdienstleistungsgesellschaft trägt die BLB Leasing angemessene Rechnung.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 erlaubt es der Bremer Landesbank AöR, sowohl die haftenden Eigenmittel zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung des Konzerns Bremer Landesbank im Jahr 2010 berichtet.

B. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2010 insgesamt sehr zufriedenstellend entwickelt.

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge		2.127	2.433	-13
Zinsaufwendungen		1.829	2.171	-16
Zinsüberschuss	(18)	298	262	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(19)	-59	-144	-59
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		239	118	>100
Provisionserträge		70	59	19
Provisionsaufwendungen		29	21	38
Provisionsüberschuss	(20)	41	38	8
Handelsergebnis		-93	70	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		0	2	-100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	(21)	-93	72	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	(22)	4	8	-50
Ergebnis aus Finanzanlagen	(23)	8	-15	>100
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	6	4	50
Verwaltungsaufwand	(25)	162	142	14
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(26)	17	6	>100
Ergebnis vor Steuern		60	89	-33
Ertragsteuern	(27)	13	24	-46
Konzernergebnis		47	65	-28
davon auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend		47	65	
davon auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ist um 14% von 262 Mio. € auf 298 Mio. € gestiegen.

Das operative Zinsergebnis aus den Geschäften mit Kunden ist erneut deutlich gewachsen, wozu die erfreulich rasche konjunkturelle Erholung der heimischen Wirtschaft beigetragen hat. Wesentliche Treiber waren erneut das Segment Spezialfinanzierungen, aber auch die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft. Die Belastungen des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung konnten signifikant reduziert werden.

Für den Prognosezeitraum, welcher die kommenden beiden Jahre umfasst, werden insgesamt gute Chancen gesehen, das Zinsergebnis zu stabilisieren beziehungsweise leicht zu steigern.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist im Jahr 2010 deutlich auf 59 Mio. € (Vorjahr: 144 Mio. €) gesunken.

Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wirkten sich erfreulicherweise nicht so stark wie erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Die Risikovorsorgeaufwendungen aus dem Kundengeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinauzierungen – erreichten nicht das vorher geplante Niveau. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen trägt die Bank vermutlich eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken Rechnung. Während im Vorjahr hier noch eine deutliche Zuführung in Höhe von 55 Mio. € erforderlich war, konnten im Berichtsjahr 17 Mio. € aufgelöst werden, weitere 17 Mio. € wurden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen verbraucht. Die besondere Situation in bestimmten Teilsegmenten des Schifffahrtssektors wurde im Rahmen der Portfoliowertberichtigung erneut mit einem Stressaufschlag in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) berücksichtigt.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2011 und 2012 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden negativen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein.

Provisionsüberschuss

Das Provisionsergebnis ist von 38 Mio. € auf 41 Mio. € und damit um 8% gestiegen und hat sich somit von dem konjunkturbedingten Einbruch des Jahres 2009 erholt.

Während bei bestimmten Provisionen aus dem Kreditgeschäft, zu denen neben Einmalgebühren für Schiffsfinauzierungen auch Avalprovisionen zu zählen sind, weiter konjunkturbedingte Rückgänge zu verzeichnen waren, haben sich die Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen im Vergleich zum Vorjahr sehr positiv entwickelt. Anstiege waren ebenfalls im Wertpapiergeschäft, im Auslandszahlungsverkehr und bei den Vermittlungen zu verzeichnen. Andere Ergebnisbeiträge, zum Beispiel aus dem Zahlungs- und Einzugsverkehr und dem Verkauf von Sorten und Edelmetallen, entwickelten sich relativ stabil.

In den Jahren 2011 und 2012 sollte das Provisionsergebnis auf dem 2010 erreichten Niveau gehalten werden können.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt, die das Handelsergebnis der Bremer Landesbank im vergangenen Jahr vor allem unter Bewertungsaspekten deutlich beeinflusst haben. Im Jahr 2010 beläuft sich der aufgelaufene Verlust aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten auf rd. 93 Mio. €, während im Vergleichszeitraum noch ein Gewinn in Höhe von 72 Mio. € erzielt werden konnte.

Mit aktiven Handelstätigkeiten, die das kundengetriebene Geschäft unterstützen, konnte die Bremer Landesbank im Jahr 2010 erneut erfolgreich an den Finanzmärkten agieren.

Der Bestand an Credit Default Swaps, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, ist aufgrund von Fälligkeiten leicht zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der im Laufe des Jahres 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte selektive Positionsaufösungen beziehungsweise -sicherungen eingestellt.

Der irische Staat war im späten Herbst gezwungen, den finanziellen Schutzschirm der EU in Anspruch zu nehmen, da er die finanziellen Lasten in Verbindung mit der Stützung verschiedener nationaler Banken offenbar nicht mehr allein bewältigen konnte. In diesem Zusammenhang wurde ein Credit Event für die Anglo Irish Bank erklärt. Die Bremer Landesbank hat verschiedene CDS als Sicherungsgeber in Höhe von 40 Mio. € im Bestand. Für einen Teilbetrag von 10 Mio. € ging der Bank noch im Jahr 2010 eine sogenannte Credit Event Notice zu, das heißt, der Bank werden gegen Zahlung des Nominalbetrages Papiere des Emittenten Anglo Irish Bank geliefert. Da der CDS damit formal nicht mehr besteht, hat die Bank diesen Vorgang als Wertpapierabnahmeverpflichtung bewertet und entsprechend im Abschluss verarbeitet. Die dadurch entstehende Belastung des Handelsergebnisses betrug im Jahr 2010 rd. 3 Mio. €.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank zum Beispiel durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten. Die Notices im Zusammenhang mit dem Credit Event für die Anglo Irish Bank liegen mittlerweile vollständig vor.

Aus den oben genannten Gründen hat sich das Bewertungsergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten deutlich von +33 Mio. € auf –107 Mio. € verschlechtert, während das realisierte Ergebnis sich auf –5 Mio. € nach +16 Mio. € im Vorjahr einstellte. Das Handelsergebnis wird nach wie vor wesentlich durch das Bewertungsergebnis aus Credit Default Swaps in Höhe von –129 Mio. € geprägt. Die Bank hat diese Positionen in den zurückliegenden Jahren als Kreditersatzgeschäft aufgebaut und führt sie aufgrund der Durchhalteabsicht weit überwiegend im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch. Aufgrund der seit dem Jahr 2008 entstandenen Inaktivität der Märkte für Kreditderivate, die für viele Titel nach wie vor besteht, wurde die Bewertung dieser Finanzinstrumente weiterhin standardkonform auf der Basis eines Bewertungsmodells durchgeführt. Das Modell wurde im Jahr 2010 im Einklang mit dem IAS 39 überarbeitet und entsprechend kalibriert.

Im Devisenergebnis verdiente die Bremer Landesbank 12 Mio. € nach 14 Mio. € im Jahr 2009.

Das Ergebnis aus der Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie Designated Fair Value war im Jahr 2010 nur unwesentlich (Vorjahr: 2 Mio. €). Diese Kategorie wird von der Bremer Landesbank nur sehr selten genutzt.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind nach wie vor schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2010 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung

der Situation jedoch letztendlich wieder zur Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere negative Bewertungsergebnisse lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2011 und 2012 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen

In dieser Position werden die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen erfasst. Je effektiver die Hedge-Beziehungen sind, umso geringer sind deren Ergebnisauswirkungen. Die Bremer Landesbank setzt seit längerem im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting Mikro Fair Value Hedges zur Reduktion der Ergebnisauswirkungen von IAS-immanenten sogenannten Balance Mismatches ein. Im Jahr 2010 wurde das Steuerungsinstrumentarium um den sogenannten Portfolio Fair Value Hedge erweitert. Hier werden Gruppen bestimmter Grundgeschäfte mit entsprechenden Sicherungsgeschäften zu einem Portfolio zusammengefasst, sodass sich die gegenläufigen Wertentwicklungen dieser Finanzinstrumente nahezu ausgleichen.

Die von der Bremer Landesbank designierten Hedge-Beziehungen erzeugten im Jahr 2010 ein Ergebnis von 4 Mio. € nach einem Wert von 8 Mio. € im Jahr 2009. Während sich bei den Mikro Fair Value Hedges die Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften perfekt ausgleichen, wurde im Portfolio Fair Value Hedge die negative Wertänderung der Grundgeschäfte durch die positive Wertänderung der Sicherungsgeschäfte überkompensiert.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit erweiterter Nutzung des Hedge Accountings und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen der Kategorie Available for Sale (AfS) beläuft sich auf +8 Mio. € nach -15 Mio. € im Jahr 2009. Das Ergebnis wurde wesentlich beeinflusst durch den Verkauf einer inflationsgebundenen Anleihe, während im Vorjahr ein Impairment auf Papiere isländischer Banken prägend für die Position war.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus Unternehmen, die at Equity bewertet werden, beträgt 6 Mio. € nach 4 Mio. € im Jahr 2009. Die der Bremer Landesbank zuzurechnenden anteiligen GuV-Erfolge der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewegen sich in etwa auf Vorjahresniveau. In 2009 hatte der Verkauf eines at equity konsolidierten Spezialfonds das Ergebnis beeinflusst.

Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich wie erwartet deutlich um 14% von 142 Mio. € auf 162 Mio. € erhöht.

Die Personalaufwendungen haben sich wie erwartet tarifbedingt und aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr plangemäß höheren Personalbestandes von 81 Mio. € um 14% auf 92 Mio. € erhöht.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind wie von der Bremer Landesbank erwartet erneut um etwa 9 Mio. € oder 16% auf 65 Mio. € angestiegen. Die Aufwendungen für Informationstechnologie und die Beratungsaufwendungen sind hauptsächlich aufgrund des Projektes zur gegen Ende des Jahres 2011 anstehenden Migration auf die Systeme der Finanz Informatik angestiegen. Projekte für Steuerungsmaßnahmen aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Änderungen führten ebenfalls zu höheren Aufwendungen. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch auf Planniveau.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind mit 5 Mio. € auf Vorjahresniveau geblieben.

Im Jahr 2011 werden die Personalaufwendungen leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2011 migrationsbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2012 ist insgesamt eine Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 17 Mio. € nach 6 Mio. € im Jahr 2009. Neben Auflösungen von Rückstellungen sind in diesem Posten auch Aufwendungen und Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen enthalten. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem bei der Veräußerung gekündigter wertgeminderter Schuldverschreibungen isländischer Kreditinstitute erzielten Ertrag in Höhe von rd. 7 Mio. €.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2010 beträgt 60 Mio. € und ist damit gegenüber dem Jahr 2009 kräftig um 29 Mio. € gesunken. Der deutlich gestiegene Zinsüberschuss und niedriger als erwartet eingetretene Risikovorsorgeaufwendungen beeinflussten das Ergebnis positiv, während die kaum beeinflussbaren Bewertungsverluste im Handelsergebnis negativ auf das Ergebnis wirkten.

Ertragsteuern

Die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag der Bremer Landesbank haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mio. € auf 40 Mio. € erhöht. Ursächlich ist die Erhöhung des zu versteuernden Einkommens des Mutterunternehmens.

Die latenten Steuern, die im Jahr 2009 mit einem Ertrag von 14 Mio. € erfasst wurden, belaufen sich im Jahr 2010 auf einen Ertrag von 27 Mio. €, sodass sich die Ertragsteuern insgesamt um 11 Mio. € auf 13 Mio. € reduziert haben. Wie im Vorjahr liegt der Jahresüberschuss vor Steuern unter dem tatsächlich zu versteuernden Ergebnis.

Konzernjahresüberschuss

Der Konzernjahresüberschuss beträgt 47 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €).

Basis für die Gewinnverwendung ist der Jahresüberschuss des Mutterunternehmens nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften in Höhe von 48 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €). Wie im Vorjahr ist bei der Muttergesellschaft eine Ausschüttung von 28 Mio. € an die Träger der Bank vorgesehen. Dies entspricht einer Rendite von 20% auf das Stammkapital.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2011 und 2012 so bleibt.

C. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Mit dem Nachlassen der Liquiditätskrise hat das Interbankengeschäft sich wieder normalisiert. Im Ergebnis erhöhte sich die Bilanzsumme um 3% auf 34,8 Mrd. € (Vorjahr: 33,8 Mrd. €).

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten stiegen im Zusammenhang mit der Normalisierung des Interbankengeschäftes deutlich um 15% von 4,8 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € an. Der Umfang der Forderungen aus Geldmarktgeschäften stieg deutlich an, während andere Forderungen in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr bestanden.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen gegenüber Kunden erhöhten sich im Berichtsjahr um 1,1 Mrd. € auf 22,1 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus befristeten Forderungen gegenüber inländischen Kunden. Eine differenzierte Betrachtung dieser Position findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder im Rahmen der Segmentberichterstattung.

Risikovorsorge

Der nach den Regeln der internationalen Rechnungslegung offen auf der Aktivseite abgesetzte Bestand an Risikovorsorge des Konzerns Bremer Landesbank hat sich im Berichtsjahr erneut um 13% oder 36 Mio. € auf 306 Mio. € erhöht und beträgt damit 1,11% des Forderungsbestandes (Vorjahr: 1,04%).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (aFV)

In dieser Position werden die Marktwerte der der Kategorie Held for Trading zugeordneten Finanzinstrumente erfasst. Titel mit einem positiven Marktwert werden auf der Aktivseite, solche mit negativen Marktwerten auf der Passivseite ausgewiesen. Der Bestand an Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten hat sich im Jahr 2010 um 36 Mio. € auf 1.087 Mio. € reduziert, während sich die negativen Marktwerte um 182 Mio. € auf 1.449 Mio. € erhöht haben.

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Darüber hinaus nutzt die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume durch Abschluss von Kreditderivaten zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2010 betrug 63,1 Mrd. € nach 64,1 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,8-Fache (Vorjahr: 1,9-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Positive/negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen und Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Die Fair Values aus Hedge-Derivaten haben sich im Jahr 2010 gemäß der in den Notes unter den Nummern (33) und (46) dargestellten Übersicht verändert. Dem Teil der Wertänderung, der auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen ist, stehen entsprechend gegenläufige Wertänderungen bei den Grundgeschäften gegenüber.

Finanzanlagen/Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

Der Bestand an Finanzanlagen hat sich von 6,4 Mrd. € im Jahr 2009 auf 5,7 Mrd. € im Jahr 2010 reduziert. Hier werden im Wesentlichen Wertpapiere und Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen der Kategorie Available for Sale mit ihren Marktwerten ausgewiesen. Der Bestand an von öffentlichen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen wurde noch einmal deutlich erhöht, während Emissionen anderer Schuldner dagegen deutlich reduziert wurden. Der Bestand an Geldmarktpapieren und Investmentanteilen wurde vollständig abgebaut.

Der Bestand der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen hat sich im Berichtsjahr um 4 Mio. € auf 77 Mio. € reduziert. Die Veränderung hängt im Wesentlichen mit der Rückgabe von Anteilen am Lazard-Fonds zusammen.

Wertpapiere sind entweder der strategischen Position des Vorstandes oder dem sogenannten Credit Investment Portfolio des Geschäftsfelds Financial Markets zuzuordnen. Es kam 2010 sowohl zu Bestandsveränderungen durch Ab- und Zugänge von Finanzanlagen als auch durch Wertveränderungen weiterhin gehaltener Papiere. Diese sind in der Neubewertungsrücklage, einer Unterposition des Eigenkapitals, abgebildet.

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Im Verbund der deutschen Sparkassenorganisation sei hier die DekaBank mit ihrem breiten Spektrum an Fondsanlagemöglichkeiten erwähnt. Da verschiedene Landesbanken im Zuge der Bereinigung ihres Geschäftsmodells vermutlich gezwungen sein werden, ihre Anteile an der DekaBank zu veräußern, wird sich der Anteil der Landesbanken an der DekaBank voraussichtlich reduzieren. An den Verhandlungen in diesem Zusammenhang beteiligt sich die Bremer Landesbank gemeinsam mit der NORD/LB, eine definitive Entscheidung wurde jedoch noch nicht getroffen.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2010 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/ Immaterielle Vermögenswerte

Das Sachanlagevermögen, in dem die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die betrieblich genutzten Gebäude und Gebäudeteile erfasst werden, hat sich bedingt durch die zum Bilanzstichtag quasi abgeschlossenen Umbaumaßnahmen der Gebäude am Standort Oldenburg und Umgliederungen aus den Investment Properties um 10 Mio. € auf 36 Mio. € erhöht. Der Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt unverändert 5 Mio. €.

In der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ werden die zur Fremdnutzung vorgesehenen beziehungsweise fremd vermieteten Immobilien des Konzerns ausgewiesen. Die Erhöhung des Bestandes um 6 Mio. € auf 70 Mio. € resultiert aus einem Neuerwerb sowie aus Umgliederungen in die Sachanlagen.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche/Aktive latente Steuern/ Sonstige Aktiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerentlastungen in der Zukunft, die als aktive latente Steuern ausgewiesen werden und im Jahr 2010 117 Mio. € (Vorjahr: 86 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene sogenannte laufende Ertragsteueransprüche in Höhe von 7 Mio. € gegenüber 11 Mio. € im Vorjahr. Es ergeben sich somit Ertragsteueransprüche von insgesamt 124 Mio. € gegenüber 97 Mio. € 2009.

Die sonstigen Aktiva betragen per 31.12.2010 38 Mio. € (Vorjahr: 25 Mio. €). Neben Vorräten, Steuererstattungsansprüchen und aktivierten Erstattungen für die Inanspruchnahme aus Avalverbindlichkeiten sind hier Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften

in Höhe von 16 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und Forderungen aus gekündigten Wertpapieren isländischer Banken in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen um 10% von 10,5 Mrd. € auf 11,6 Mrd. €. Im Kontext der Normalisierung des Interbankengeschäftes haben sich die Geldmarktverbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten deutlich erhöht. Die Refinanzierung durch andere befristete Verbindlichkeiten inländischer Banken konnte ebenfalls beträchtlich ausgeweitet werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sank leicht um rd. 1% auf 10,2 Mrd. €. Während die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen haben, gingen die anderen Verbindlichkeiten – vor allem gegenüber der inländischen Kundschaft – auf hohem Niveau leicht zurück. Spareinlagen spielen in der Refinanzierung der Bremer Landesbank nur eine untergeordnete Rolle.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In den verbrieften Verbindlichkeiten der Bank werden Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere wie zum Beispiel Commercial Papers ausgewiesen. Der Bestand ist im Jahr 2010 um 0,3 Mrd. € oder 3% auf 8,9 Mrd. € zurückgegangen.

Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets in der Segmentberichterstattung im Konzernanhang und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen insgesamt betragen für den Konzern Bremer Landesbank zum Jahresende 2010 320 Mio. € (Vorjahr: 300 Mio. €) und sind damit um 20 Mio. € gestiegen.

Den weit überwiegenden Teil machen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus, die im Konzern 275 Mio. € nach 259 Mio. € im Vorjahr betragen. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird dabei unter Nutzung bestimmter Parameter, wie zum Beispiel einem konzerneinheitlichen Diskontierungszinssatz basierend auf der Rendite erstrangiger Industrieanleihen mit gleicher Duration, aktuarisch ermittelt. Andere einfließende Parameter sind unter anderem Gehalts-, Karriere- und Rententrends und Fluktuationsraten (siehe u.a. Übersicht). Das durch die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank zweckgebunden angelegte Vermögen – die sogenannten Plan Assets – wird zum Zeitwert (36 Mio. € nach 38 Mio. € 2009) mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Darüber hinaus werden durch die Veränderung des Diskontierungszinssatzes entstehende finanzmathematische Gewinne beziehungsweise Verluste erfolgsneutral in einer gesonderten Position im Eigenkapital abgebildet. Im Berichtsjahr betragen diese kumuliert 56 Mio. € (Vorjahr: 61 Mio. €).

Parameter	Bremer Landesbank	Vorjahr
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500%	1,500%
Rechnungszins	5,250%	5,500%
Rententrend		
Vorstand/Vertragsangestellte	2,500%	2,500%
Gesamtversorgungen	3,500%	3,500%
Additive Versorgungungen	2,000%	2,000%
Neue Versorgungsordnung	1,000%	1,000%
ermittelt aus		
Tarifsteigerungen	2,000%	2,000%
Berufsjahressprüngen	-	-*
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig)	0,375%	0,375%
Erhöhungen der gesetzlichen Rente	0,500%	0,500%
Erhöhungen der ÖLV-Rente	1,000%	1,000%
BVV	0,000%	0,000%

* Nicht relevant, da bei den Berechnungen bereits die erreichbaren Endgehälter zugrunde gelegt wurden.

Für Mitarbeiter, mit denen die Bremer Landesbank nach dem 31.12.2008 ein Arbeitsverhältnis begründet hat, ist eine Neuausrichtung der betrieblichen Altersversorgung erfolgt.

Den Versorgungsberechtigten werden jährlich festgelegte Versorgungsbeiträge auf individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalles mit einem garantierten Zinssatz in Höhe von 3,25% p.a. verzinst werden. Zur Rückdeckung der zugesagten Versorgungsleistungen erwirbt die Bremer Landesbank in Höhe des jeweils gutgeschriebenen Versorgungsbeitrags Wertpapiere. Die Bemessungsgrundlage für die späteren Versorgungsleistungen richtet sich nach dem höheren Wert aus Versorgungskonto (inklusive Garantieverzinsung) und dem Wert des Wertpapiervermögens bei Eintritt des Versorgungsfalles.

Darüber hinaus besteht für die Versorgungsberechtigten die Möglichkeit, der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlungen eigene Beiträge zuzuführen.

Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft bestanden per Jahresende in einer Höhe von 26 Mio. € nach 25 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten betragen Ende 2010 19 Mio. € nach 16 Mio. € im Jahr 2009. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus dem Personalbereich wie zum Beispiel Vorruhestandsrückstellungen (2010: 14 Mio. €, 2009: 10 Mio. €) oder Jubiläumsrückstellungen (2010: 3 Mio. € wie im Vorjahr).

Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen/Passive latente Steuern/Sonstige Passiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerbelastungen in der Zukunft, die als passive latente Steuern ausgewiesen werden und wie im Vorjahr 1 Mio. € betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im

HGB-Abschluss sogenannte laufende Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €). Es ergeben sich somit Ertragsteuerverpflichtungen von insgesamt 33 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Die sonstigen Passiva betragen per 31.12.2010 unverändert 24 Mio. €. Davon entfallen 3 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern und Sozialbeiträge. Darüber hinaus sind in diesem Posten noch zu zahlende Arbeitnehmervergütungen in Höhe von unverändert 8 Mio. € und Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen von 6 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) enthalten.

Nachrangkapital

Das Nachrangkapital des Konzerns Bremer Landesbank beläuft sich zum Jahresende 2010 auf unverändert 1,2 Mrd. €. In dieser Position werden auch die nach HGB dem Eigenkapital zugeordneten Einlagen stiller Gesellschafter ausgewiesen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns Bremer Landesbank beträgt insgesamt zum Ende des Jahres 2010 987 Mio. €. Es hat damit um 24 Mio. € oder 2% zugenommen. Seit Beginn der Bilanzierung nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung zum Jahresanfang 2006 hat sich das Eigenkapital des Konzerns um 124 Mio. € oder 14% erhöht.

Da nach IFRS auch Sachverhalte, die die Vermögenslage des Konzerns betreffen, direkt im Eigenkapital erfasst werden – d. h. die Wertveränderung der in der Kategorie Available for Sale erfassten Vermögenswerte – und nicht durch die Gewinn- und Verlustrechnung laufen, kommt der Veränderung des Eigenkapitals eine höhere Bedeutung zu als nach den bis 2006 für die Konzernrechnungslegung anzuwendenden Vorschriften des HGB.

Das gezeichnete Kapital des Mutterunternehmens beträgt unverändert 140 Mio. €, die Kapitalrücklage beläuft sich ebenfalls unverändert auf 40 Mio. €.

Die Gewinnrücklagen im Konzern Bremer Landesbank sind von 747 Mio. € zum Ende des Jahres 2009 auf 761 Mio. € angestiegen. In die Gewinnrücklagen wird im laufenden Jahr der Jahresüberschuss des Vorjahres vermindert um Ausschüttungen an die Träger des Mutterunternehmens eingestellt.

Der Jahresüberschuss des Konzerns Bremer Landesbank beträgt im Jahr 2010 47 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €). Zur Ausschüttung an die Träger der Bremer Landesbank AöR sind wie im Vorjahr 28 Mio. € vorgesehen.

Die Rücklage aus Erstanwendung, in der die Unterschiede von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der nationalen Rechnungslegung und der erstmaligen Anwendung von IFRS als ein fixer Bestandteil dargestellt werden, beträgt 185 Mio. €.

Die versicherungsmathematischen Erfolge aus Pensionsrückstellungen betragen nunmehr 56 Mio. € nach 61 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Neubewertungsrücklage, in der die Wertänderungen der in der Kategorie Available for Sale geführten Vermögenswerte abgebildet werden, hat sich im Jahr 2010 um 10 Mio. € auf 46 Mio. € erhöht und resultiert aus positiven Wertänderungen bei den Wertpapieren der Kategorie AfS.

Die Kernkapitalquote des Mutterunternehmens belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,3% (Vorjahr: 9,5%).

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Das Volumen des als Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dargestellten traditionellen außerbilanziellen Geschäftes der Bremer Landesbank bewegte sich per Jahresende auf einem reduzierten Niveau von 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €).

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf nahezu unverändert 2,8 Mrd. €.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen des Konzerns Bremer Landesbank aus den im Konzernanhang angegebenen Sachverhalten.

Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2010 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen betrug aufgrund gesunkener Refinanzierungsanforderungen 1,8 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) ggü. 4,2 Mrd. € 2009.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen verminderte sich auf 17,4 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 18,7 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2010 rund 1,1 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr 1,0 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde in der zweiten Jahreshälfte 2010 in den Währungen EUR und USD intensiv genutzt. Per 31.12.2010 beträgt das ausstehende Volumen 0,566 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,045 Mrd. €).

Kennzahlen

Der Return on Equity (RoE) für das Berichtsjahr 2010 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 6,4% nach 9,7% im Vorjahr. Der deutliche Rückgang steht im Zusammenhang mit dem Einfluss des Bewertungsergebnisses aus Kreditderivaten auf das Betriebsergebnis.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) beläuft sich auf 59,1% nach 36,3% im Jahr 2009. Der starke Anstieg wird durch das deutlich negative Bewertungsergebnis aus Kreditderivaten verursacht. Ließe man dieses unberücksichtigt, beliefen sich die CIR auf 40,2%.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen dem Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft und den Risikoaktiva) per 31.12.2010 beträgt 0,43% nach einem Stand von 0,57% im Vorjahr. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus geringer als erwartet angefallenen Risikovorsorgeaufwendungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,3 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 15,6 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,0% nach 11,9 % zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sogenannter Shortfall für IRBA-Positionen. Eine zusammengefasste Meldung nach § 10a KWG ist wegen der Befreiungsvorschrift des § 10a Abs. 10 KWG nicht erforderlich.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 nahezu abgeschlossen. Der Standort Bremen befindet sich in der Planungsphase, der Architektenwettbewerb für das denkmalgeschützte Gebäude beginnt in Kürze.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich zum Beispiel in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass der Konzern Bremer Landesbank mit seinen durchschnittlich 1.058 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.006) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktoren des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Er bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 2,0% (Vorjahr: 0,9%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,1 Jahren (Vorjahr: 16,9 Jahre) für die Bremer Landesbank AöR widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie im Sommer von der berufundfamilie gGmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem gesonderten Dokument veröffentlicht wird. Die Bank wird ihre Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement in den nächsten Jahren weiter intensivieren.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erneut gute Ergebnis des Jahres 2010 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um von dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

D. Segmentberichterstattung

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäftes zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2010 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertrags Erwartungen an das Geschäftsfeld übertroffen werden. Während das erste Quartal noch merklich durch die vorhergehende Wirtschaftskrise geprägt war, verstärkten sich im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturelle Erholungstendenzen. Durch die zunehmende Umsatztätigkeit der Kunden war in der zweiten Jahreshälfte ein erfreulicher Anstieg der Inanspruchnahmen von Betriebsmittelkrediten zu verzeichnen. Die Investitionstätigkeit in der Region verlief über weite Strecken des Jahres verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenem Kreditvolumen lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Parallel führte der Anstieg des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zu Ergebnisverbesserungen im Auslandsgeschäft. Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenerterminhandel mit Agrarrohstoffen, hier soll durch die Einführung einer elektronischen Handelsplattform in 2011 die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt werden.

Für 2011 wird eine weitere positive Entwicklung der Ertragslage erwartet. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Konjunkturprognosen tatsächlich eintreten und zu weiter steigender Kreditnachfrage führen. Eine gesunde Risikostruktur versetzt das Geschäftsfeld auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Die Bank sieht darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2010 weiterhin positiv entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien konnten Marktchancen nutzen und über Plan wachsen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Gleichmaßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht mittelfristig von einer gemäßigten, aber spürbaren Markterholung aus, die sich positiv auf die Charterraten und Schiffswerte auswirken wird. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften verzeichnete die Bremer Landesbank trotz dämpfender Konjunktorentwicklung Marktanteilszuwächse, sodass die Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften in 2010 nachhaltig gestärkt und die Ertragsituation weiter ausgebaut werden konnte. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzcenterfunktion innerhalb des NORD/LB-Konzerns in diesem Teilssegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenterfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der Erneuerbaren Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 2008 wider. Windkraft, Biogas und Photovoltaik können als Kernsegmente weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilssegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit.

Hinzu kommen das unter Verbundgesichtspunkten mit den Sparkassen der Region getätigte Refinanzierungsgeschäft sowie die konsortial eingegangenen Kreditfinanzierungen für Sparkassenkunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund liegt in der Refinanzierung der öffentlichen Hand.

Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls durch das Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Detailinformationen hierzu sind im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen enthalten.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Das langfristige Kreditvolumen für die 14 verbundenen Sparkassen lag bei weiterhin geringerer Refinanzierungsnachfrage in etwa auf Vorjahreshöhe. Das Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde im Geschäftsjahr 2010 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es wiederum gelungen, das Ergebnisniveau zu stabilisieren.

Die Forderungen an Gebietskörperschaften und übrige kommunale Kunden liegen knapp unter Vorjahreshöhe. Im Kommunkundengeschäft bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei der Umsetzung der DSGVO-Initiative „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ den Kern der Vertriebsaktivitäten.

Das Ergebnis des Geschäftsfeldes wird wesentlich durch Bewertungseffekte beeinflusst.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking. Neben den verantwortlichen Vertriebsseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset- und Portfoliomanagement und Finanzierungsmanagement.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch das finanzplanerische Vermögenskonzept unterstützt. Die Bank konnte im Jahr 2010 insgesamt ihre Spitzenposition im Private Banking weiter ausbauen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist der im Asset- und Portfoliomanagement konzipierte SIP®-Investmentprozess, der insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen kommt.

Das Finanzierungsgeschäft profitierte 2010 von einer gegenüber dem Vorjahr 2009 verbesserten Refinanzierungssituation, sodass das Neugeschäft sowohl im Standard- als auch Individualfinanzierungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden konnte.

Insgesamt konnte das Geschäftsfeld trotz schwieriger Rahmenbedingungen die Ertragsplanung erfüllen.

Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht im Mittelpunkt der Anstrengungen.

Diese nachhaltige Kundenorientierung hat zu einer Fortsetzung des stetigen Netto-Kundenwachstums geführt. Der Kundenbestand an den beiden Standorten Bremen und Oldenburg konnte abermals deutlich ausgebaut werden. Zu diesem Wachstum hat auch das „Unternehmerbanking“ beigetragen. In enger Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Geschäftsfeldern Spezialfinanzierungen und Firmenkunden konnte die Geschäftsverbindung der Kunden zur Bremer Landesbank weiter intensiviert werden.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind schwer abschätzbar. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden auch 2011 deutlich spürbar bleiben. Die Privatkunden sind durch die anhaltend schlechten Nachrichten über die Euro-Krise und die Staatsverschuldung stark verunsichert und in ihrem Investitionsverhalten weiter sehr risikoavers. Zudem werden neue regulatorische Anforderungen, beispielsweise im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes, zu weiteren Belastungen führen.

Das Augenmerk gilt dem Ausbau des Marktanteils im Private Banking und der weiteren qualitativen Verbesserung der Beratungsprozesse. Die mittelfristige Geschäftsentwicklung wird dabei vom Kundenverhalten, dem sich verändernden Wettbewerbsumfeld und der Entwicklung an den Zins- und Kapitalmärkten wesentlich beeinflusst werden.

Als erster Ansprechpartner für die private Seite des Unternehmers unterstützt das Geschäftsfeld Privatkunden die Bank bei der Positionierung als Unternehmerbank.

Damit wird der Anspruch als regionaler Marktführer für anspruchsvolle Privatkunden in einem weiterhin wachstumsstarken Markt im Nordwesten untermauert.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2010 sind bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses nicht eingetreten beziehungsweise im Konzernabschluss berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

F. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach dem starken Aufschwung der Weltwirtschaft per 2010 zeichnet sich für das laufende Jahr 2011 ein positives konjunkturelles Umfeld ab, das eine Expansion der Weltwirtschaft von deutlich mehr als 4% zulässt. Wie bereits 2010 werden auch 2011 die Schwellenländer mit einem Anteil von circa 50% an der Weltwirtschaft wesentlicher Motor sein. Fiskalisch gesunde Industrienationen und Rohstoffländer stellen mit circa 20% Anteil an der Weltwirtschaft den zweiten Treiber dar. Auf globaler Ebene unbefriedigend bestückte Lager, international zunehmende Investitionspläne und als Folge erhöhter Beschäftigung anziehender Konsum sind die tragfähigen zyklischen Kräfte des aktuellen Aufschwungs.

Nach knapp zwei Jahren Aufschwung stellen sich am Rohstoffmarkt als auch am Arbeitsmarkt in entscheidenden Teilen der Weltwirtschaft Knappheiten ein, die Inflationsrisiken erkennbar erhöhen und eine Neuausrichtung der Zinspolitik in den Industrienationen in den Raum stellen.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Januar 2011, dass die im November stark angestiegenen Auftragseingänge die Perspektiven für die deutsche Industrie für das erste Quartal 2011 und darüber hinaus aufgeheitelt hätten.

In der Erholung der deutschen Konjunktur wirkt sich der im internationalen Vergleich hohe Anteil der Produktion an der Wirtschaftsleistung derzeit als Katalysator des deutschen Konjunkturerfolgs aus. Das attraktive Angebot von deutscher Seite führt zu unverändert hoher Auslandsnachfrage neben robuster werdender Inlandsnachfrage. Auslaufende Konjunkturprogramme der Bundesregierung haben keine belastenden Folgen für die Gesamtkonjunktur zur Folge gehabt. Das Bauhauptgewerbe profitiert von zunehmender privater Nachfrage bei stagnierender öffentlicher Auftragsvergabe. In der Folge der Belebung setzt sich die positive Tendenz am deutschen Arbeitsmarkt fort. Laut der Bundesagentur für Arbeit erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt in der Krise als sehr robust, in den aktuellen saisonbereinigten Werten steht er bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sogar besser da als vor dem wirtschaftlichen Einbruch.

Nach 3,6% Wachstum per 2010 unterstellt die Bundesregierung für 2011 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,3%, während die Wirtschaftsweisen ihre Prognose bei 2,2% ansiedelten.

Die fiskalische Erholung der öffentlichen Haushalte ist ausgeprägt. Die Neuverschuldung der öffentlichen Hand lag nicht wie für 2010 prognostiziert bei 80 Mrd. €, sondern stellte sich auf 44 Mrd. €. Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion wird die Gesundung der öffentlichen Haushalte per 2011 positiv beeinflussen.

Wie in den Vorjahren bleiben die Finanzmärkte zu Jahresbeginn zunächst trotz der guten Konjunkturlage nervös. Im Jahresverlauf 2011 sollte diese Nervosität sukzessive rückläufig sein. 2011 ist voraussichtlich das Jahr der Zinswende bei der EZB. Erfolge in der Reformpolitik der Defizitländer, eine solide konjunkturelle Wachstumslage im Bereich von 2% und zunehmender Inflationsdruck endogener als auch exogener Natur bieten ein Umfeld, das die EZB im Rahmen ihrer Verpflichtung zu Stabilitätspolitik fordern wird. Aktien bleiben ob der nervösen Verfassung am Finanzmarkt derzeit unterbewertet und bieten im Gesamtumfeld attraktive Chancen.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren nach wie vor empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Jahr 2011 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Finanzmarktkrise jedoch exzessive Übertreibungen verhindern wird.

Region

Laut der Umfrage der Handelskammer Bremen erwartet jedes dritte Unternehmen eine günstigere Geschäftslage per 2011. Damit stellt sich die positivste Bewertung seit dem 4. Quartal 1999 ein.

Das Auslandsgeschäft war 2010 und ist 2011 ein tragender Pfeiler der Bremer und Bremerhavener Konjunktur. 45% der befragten Unternehmen erwarten für 2011 eine Zunahme der Exporte. Die Binnenkonjunktur nimmt dagegen nur zaghafte Fahrt auf. Der Dienstleistungssektor zeigt sich 2011 in den Erwartungen sehr optimistisch. Knapp jedes zweite Unternehmen sieht einer verbesserten Situation entgegen. Die Investitionsplanung der Wirtschaft ist ausgeprägt. 27% der Unternehmen wollen verstärkt aktiv werden. Nach einem verhaltenen, aber stabilen Jahr 2010 am bremischen Arbeitsmarkt dominieren 2011 positive Vorzeichen. Laut Handelskammerumfrage planen 15% der Unternehmen Personal aufzubauen und 10% sehen geringere Beschäftigung vor. 2011 steht für Bremen solides Wachstum auf der Agenda.

Laut der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer nimmt die Konjunktur im Bezirk zum Jahreswechsel weiter an Fahrt auf. Die Industrie hat eine anhaltend gute Auftragslage. 50% der Unternehmen erwarten einen günstigeren Verlauf als 2010. Der Export ist und bleibt tragender Pfeiler. 48% der befragten Unternehmen gehen von Umsatzsteigerungen aus. Als Risiko werden steigende Energie- und Rohstoffpreise gesehen. Die positive Tendenz im Baugewerbe hält 2011 an. Die Auftragsreichweite ist gestiegen. Einzelhandel und Großhandel sehen zuversichtlich in das laufende Jahr. Das Verkehrsgewerbe profitiert 2011 von der Ausweitung der Gesamtnachfrage. Der Agrarsektor reüssiert im Rahmen von deutlich angestiegenen Agrarrohstoffpreisen.

Insgesamt bietet sich ein Bild, das tragfähiges Wachstum per 2011 eröffnet.

Die Industrie- und Handelskammer Ostfriesland und Papenburg berichtet, dass die Unternehmen in Ostfriesland und Papenburg zuversichtlich ins neue Jahr gestartet sind. Die Konjunkturumfrage zeigt, dass die Unternehmen mehrheitlich eine gleichbleibende bis bessere Geschäftslage erwarten. Das Auslandsgeschäft schätzen die Unternehmen durchweg positiv ein. Auch die Binnennachfrage hat durch die gute Arbeitsmarktentwicklung einen merklichen Auftrieb erhalten. Weiterhin stabil ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Mehr als ein Drittel rechnet mit zunehmenden, nur ein Zehntel hingegen mit abnehmenden Investitionen. Die Erwartungen der Betriebe führen zu einer Verbesserung am regionalen Arbeitsmarkt. Der Anteil der Betriebe, der für dieses Jahr von einer steigenden Beschäftigtenzahl ausgeht, ist zum Jahresende gestiegen.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um von dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der exorbitant hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Dies wird auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie zum Beispiel in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die stetig verbesserte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden dennoch Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Die im Immobiliengeschäft tätigen Tochtergesellschaften der Bank gehen von mittel- bis langfristig stabilen beziehungsweise langfristig kontinuierlich steigenden Ergebnissen aus.

Die BLB Leasing GmbH geht davon aus, dass das Neugesäftsvolumen sowie der Ertrag das Niveau des Jahres 2010 erreichen werden. Die Entwicklung der Wirtschaftskraft der Unternehmen in der Region schafft die Voraussetzungen dafür, dass die BLB Leasing GmbH in Zusammenarbeit mit der Bremer Landesbank ihre Funktion als Investitionsfinanzier für die gemeinsamen Kunden wahrnehmen kann. Wichtigstes und weiter auszubauendes Geschäftsfeld bleibt nach wie vor das Direktgeschäft mit Kunden der Bremer Landesbank durch die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. In 2010 wurde das Berichtswesen der Bank planmäßig und grundlegend überarbeitet. Wesentliches Ziel im laufenden Jahr ist die weitere Optimierung der entscheidungsrelevanten Transparenz und Konsistenz zwischen den Steuerungskreisläufen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank weiterhin nicht erforderlich sein.

Für den Prognosezeitraum werden insgesamt gute Chancen gesehen, das Zinsergebnis zu stabilisieren beziehungsweise leicht zu steigern.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2011 und 2012 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden negativen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein.

In den Jahren 2011 und 2012 sollte das Provisionsergebnis auf dem 2010 erreichten Niveau gehalten werden können.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind nach wie vor schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2011 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Situation jedoch letztendlich wieder zur Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere negative Bewertungsergebnisse lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2011 und 2012 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit erweiterter Nutzung des Hedge Accountings und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Im Jahr 2011 werden die Personalaufwendungen leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2011 migrationsbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2012 ist insgesamt eine Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem sehr zufriedenstellenden Ergebnis des Jahres 2010 in der Betrachtungsperiode sich zuerst seitwärts entwickeln wird, um in der Folge anzusteigen. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Prognosezeitraum nach den Einschätzungen der Bremer Landesbank reduzieren lassen. Die Risikoquote wird im Jahr 2011 konjunkturbedingt vermutlich nochmals ansteigen und im Jahr 2012 voraussichtlich zurückgehen. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnten die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2011 und 2012 so bleibt.

G. Chancen- und Risikobericht

Der Risikobericht der Bremer Landesbank und des Teilkonzerns Bremer Landesbank zum 31.12.2010 wurde auf Basis des IFRS 7 erstellt; ferner wurden die nationalen Vorgaben des HGB sowie des näher konkretisierenden Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5 beziehungsweise DRS 5-10 berücksichtigt.

Anwendungsbereich

Die Risiko-Berichterstattung hat prinzipiell alle Unternehmen aus dem Konsolidierungskreis (IFRS) zu berücksichtigen.

Die gemäß MaRisk erforderliche Wesentlichkeitsanalyse hat für die Bremer Landesbank in 2010 ergeben, dass alle unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften unter Risikogesichtspunkten unwesentlich sind.

Die Bremer Landesbank nimmt daher grundsätzlich keine qualitative Einwertung etwaiger Risiken aus Bremer-Landesbank-Töchtern in den IFRS-Notes vor.

Bedeutende oder spezifische Risiken werden aber unabhängig von den Ergebnissen der Wesentlichkeitsprüfung insgesamt erläutert.

Gesamtbanksteuerung

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit. Hieraus ergibt sich, dass die erwarteten Verluste kein Risiko im engeren Sinne darstellen, da sie bereits in der Kalkulation berücksichtigt wurden. Als Puffer gegen unerwartete finanzielle Verluste muss jederzeit Eigenkapital in angemessener Höhe zur Verfügung stehen. Erklärtes Ziel der Bremer Landesbank ist es, durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Risiken eine angemessene Eigenkapitalverzinsung zu erwirtschaften. Um diese Zielsetzung so weit wie möglich abzusichern, hat sich die Bremer Landesbank ein umfassendes Regelwerk gegeben.

Die Bremer Landesbank verfügt über angemessene Systeme und Prozesse der Risikosteuerung, die insbesondere auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert. Die Prozesse werden im Rahmen des Internen Kontrollsystems kontinuierlich überwacht.

Der Umgang mit Risiken ist kein einmaliger Vorgang, sondern ein dauerhafter Prozess und damit fest in den Geschäftsabläufen der Bremer Landesbank verankert. Die tatsächliche Wirksamkeit eines effektiven Risikomanagements hängt entscheidend davon ab, ob die Prozesse im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur auch täglich gelebt werden, und das nicht nur von der Unternehmensleitung, sondern von allen Mitarbeitern. Dieses bedingt das Vorhandensein einer offenen Risikokultur und damit die Förderung des bewussten Umgangs mit Risiken. Eine risikoorientierte Unternehmenskultur äußert sich in den Einstellungen, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter und wird maßgeblich durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil beeinflusst. Die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank, Transparenz und offene Kommunikation sind uner-

lässliche Bestandteile einer gelebten Risikokultur. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Der Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements wird auf der Grundlage des § 25a KWG von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben. Demnach hat die Geschäftsleitung eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festzulegen. Basierend auf der Gruppenrisikostrategie der NORD/LB-Gruppe, der Geschäftsstrategie und einem integrierten Strategie- und Planungsprozess wird vom Vorstand eine gesamtbankweite Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement. In der Risikostrategie werden alle wesentlichen Risikoarten erfasst und mittels eines Risikotragfähigkeitsmodells wird das Risikokapital der Bremer Landesbank auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Die Risikostrategie dient als Leitlinie für den gesamten Bremer Landesbank-Konzern und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikostrategien zu den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Basierend auf der Ist-Situation und unter Berücksichtigung der geplanten Geschäftstätigkeit legt die Risikostrategie ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Die Risikostrategie wird dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Die Bremer Landesbank hat eine Risikoorganisation implementiert, die den risikopolitischen Grundsätzen der Risikostrategie entspricht. Ihr Aufbau gewährleistet dauerhaft ein geregeltes Zusammenspiel aller am Risikomanagementprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikosteuerungs- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf, unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Die Verantwortung gegenüber ihren Gläubigern verpflichtet die Bank zudem zu einer konservativen Risikopolitik und einem konsequenten Risikomanagement, deren Rahmenbedingungen vom Vorstand vorgegeben werden. Dieser trägt auch die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Aufgaben verteilen sich einerseits auf die Gruppe Marktpreisrisikocontrolling und andererseits auf die Gruppe Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Sie entwickeln die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoart. Dem Vorstand werden monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht), ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht) und ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) vorgelegt. Der RTF-Bericht umfasst die Risikotragfähigkeit und eine Risikostrukturanalyse über alle Risikoarten. Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende struktu-

relle Veränderungen in diesem Portfolio beziehungsweise hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende beziehungsweise risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch dem Aufsichtsrat in seinen mindestens halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage berichtet.

Die Risikosteuerung erfolgt aktiv von den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Marktbereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene beziehungsweise der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstandes ist sie Bestandteil des internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der Internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und weitestgehend vereinheitlichten Revisionsmethoden eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypothekenbank zusammen.

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) als Bestandteil des Internen Überwachungssystems sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Es schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation. Dem IKS werden hierzu sämtliche organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank.

In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente weiter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet gegebenenfalls Maßnahmen ab.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess, der auch die Rechnungslegungsprozesse bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einbezieht, zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Konzernabschlusses sowie die Konzernlageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Konzernabschluss nach den Vorschriften der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Ferner werden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) im Rahmen des § 315a HGB und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) berücksichtigt.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochter- und assoziierten Unternehmen erstellen diese Berichte (sog. Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben aufgestellt werden.

Die Erstellung des Konzernabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken.

Im Rahmen des Konzernrechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Konzernlagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen und Tochterunternehmen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des konzernrechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern und Tochterunternehmen sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des konzernrechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden in das System SAP SEM/BCS geladen. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den betroffenen Einheiten zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Konzernabschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit dem Konzernhandbuch unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Gesamtbanksteuerung qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Es besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem RTF-Bericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Der Risikomanagementprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb der Bremer Landesbank werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren in der NORD/LB-Gruppe.

Die Einführung von neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen, neuen Dienstleistungen und deren Varianten (NPP = Neue-Produkte-Prozess) erfolgt über einen strukturierten Prozess, der die Auswirkungen auf das Risikoprofil und das Risikomanagement berücksichtigt. Ein Produkt wird durch sein individuelles Risiko- und Ertragsprofil definiert. Das Risikoprofil ergibt sich aus den jeweiligen Risikoarten gemäß der vorliegenden Risikostrategie.

Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle potenziellen Risiken für die Bremer Landesbank im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Damit verbunden ist eine Dokumentation der neuen Geschäftsaktivitäten, deren Behandlung im operativen Gesamtprozess, der Entscheidungen zur Geschäftsaufnahme sowie gegebenenfalls der damit verbundenen Restriktionen. Zwischenzeitlich wurde im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling eine unabhängige zentrale Evidenz eingerichtet.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikomanagementsystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien beziehungsweise Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen beziehungsweise Handbüchern dargestellt.

Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank bildet die für die Bank relevanten Risiken ab. Zur weiteren Differenzierung erfolgt eine Unterscheidung in wesentliche und nicht wesentliche Risiken. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird mindestens jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst. Gemäß MaRisk AT 4.1 Tz. 1 ist auf der Grundlage des Gesamtrisikoprofils der Bremer Landesbank sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Im Berichtsjahr wurde das RTF-Modell der Bremer Landesbank gemeinsam mit der NORD/LB-Gruppe grundlegend überarbeitet. Im Mittelpunkt steht neben einer weiteren Verbesserung der Gesamtbanksteuerung insbesondere die Umsetzung der Anforderungen der 2. MaRisk-Novelle hinsichtlich einer erweiterten Darstellung von risikoartenübergreifenden Stresstests sowie einer detaillierteren gruppenweiten Risikosteuerung. Es bildet die methodische Basis für das Monitoring der Risikostrategie durch die OE Gesamtbank- und Kreditrisiko-Controlling.

Das RTF-Modell besteht aus den drei Sichtweisen „Going Concern“, „Kapitaladäquanz (ökonomisch)“ und „Kapitaladäquanz (regulatorisch)“. In den beiden Sichtweisen zur Kapitaladäquanz wird zusätzlich in „Status quo“ und „unter Stress“ unterschieden.

Die erste Sichtweise stellt den als Frühwarnstufe fungierenden Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung aus. Er stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gegenüber. Überdies werden im Rahmen einer Dynamisierung unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.

In den beiden Sichtweisen „ökonomische Kapitaladäquanz“ sowie „regulatorische Kapitaladäquanz“ wird im Risikopotenzial auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch cirka alle 1.000 Jahre auftreten. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, wonach ein Konfidenzniveau von 99,9% anzuwenden ist, werden damit auf den internen Nachweis zur Angemessenheit in der Eigenmittelausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process) übertragen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Steuerungskreisen zu wahren. Kapitalseitig stellen sowohl die ökonomische als auch die regulatorische Adäquanzprüfung auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile ab, welche laut bankaufsichtsrechtlichen Regelungen den Eigenmitteln zuzurechnen sind. In der ökonomischen Betrachtung wird ebenfalls eine Dynamisierung um unterjährige risikokapitalwirksame Effekte durchgeführt. Für die Bremer Landesbank wird konservativ festgelegt, dass im Normalfall maximal 80% der ökonomischen Risikodeckungsmasse mit Risikopotenzialen belegt werden dürfen. Ein Teil der gesamten Risikodeckungsmasse wird so bewusst als Puffer vorgehalten und dient insbesondere zur Abdeckung der Risikobeiträge aus Stresssituationen.

Bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit werden auch Risikokonzentrationen berücksichtigt, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Darüber hinaus wird den Anforderungen der MaRisk hinsichtlich risikoartenübergreifender Konzentrationen in der ökonomischen Kapitaladäquanz über Stresstests Rechnung getragen. Die Stresstests reflektieren die Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank. Es werden die Branchen, Segmente, Regionen und Kunden selektiert, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Risikosituation der Bremer Landesbank haben. Im Kontext der Risikotragfähigkeit wird regelmäßig über die Ergebnisse berichtet.

Die Ableitung strategischer Limite aus der Risikotragfähigkeit erfolgt aus dem Going Concern Case unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation. Die internen Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung sowie zur Allokation des Risikokapitals werden regelmäßig monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung überwacht.

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im ICAAP

in Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2010		31.12.2009	
Risikokapital	1.912,8	100,0%	1.853,1	100,0%
Kreditrisiken	942,7	49,3%	894,7	48,3%
Beteiligungsrisiken	28,1	1,5%	19,7	1,1%
Marktpreisrisiken	67,3	3,5%	27,8	1,5%
Liquiditätsrisiken	49,5	2,6%	0,1	0,0%
Operationelle Risiken	42,3	2,2%	55,1	3,0%
Risikopotenzial gesamt	1.129,9	59,1%	997,4	53,8%
Überdeckung	782,9	40,9%	855,7	46,2%
Risikodeckungsgrad		169,3%		185,8%

Der Risikodeckungsgrad belief sich zum 31.12.2010 auf 169,3%. Er liegt damit nach wie vor deutlich über dem intern vorgegebenen Mindestdeckungsgrad von 125%. Die Verringerung des Deckungsgrades gegenüber dem Vorjahr ist zum einen auf die methodischen Änderungen bei der Messung der Risikopotenziale von Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Rahmen des RTF-Konzeptes zurückzuführen. Zum anderen sind aufgrund erhöhter Ausfallwahrscheinlichkeiten bei Schiffsfinanzierungen die Risikopotenziale aus Kreditrisiken angestiegen.

Ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen erfolgt auch die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA). Dies wird monatlich im RTF-Bericht überwacht. So können frühzeitig Risikoaktiva für die betroffenen Geschäftsfelder reallokiert und die Marktaktivitäten unterjährig im Kontext der Gesamtrisikosituation gesteuert werden.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inkl. Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.

Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners beziehungsweise eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.

Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt beziehungsweise Treasury.

Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wiedereingedeckt werden muss.

Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt beziehungsweise bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird beziehungsweise Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum oder nach Ablauf des vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunktes beidseitig nicht abgewickelt werden können.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität.

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge beziehungsweise dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) beziehungsweise dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrates hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse	
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung	
	1 (AAA)	0,01%		
	1 (AA+)	0,02%		
	1 (AA)	0,03%		
	1 (AA-)	0,04%		
	1 (A+)	0,05%		
	1 (A)	0,07%		
	1 (A-)	0,09%		
Gut/zufriedenstellend	2	0,12%		
	3	0,17%		
Noch gut/befriedigend	4	0,26%		
	5	0,39%		
Erhöhtes Risiko	6	0,59%		
	7	0,88%		
Hohes Risiko	8	1,32%		Intensivbetreuung
	9	1,98%		
Sehr hohes Risiko	10	2,96%	Sanierung	
	11	4,44%		
	12	6,67%		
	13	10,00%		
Default (=Non-Performing-Loans)	14	15,00%		
	15	20,00%		
	16	100,00%		Abwicklung
	17	100,00%		
	18	100,00%		

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industrieespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie zum Beispiel Mieten und Charratens simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2011 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGVO bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers beziehungsweise der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer beziehungsweise der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen beziehungsweise Warnhinweisen turnusmäßig oder aufgrund von Negativinformationen anlassbezogen eingesetzter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- beziehungsweise Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in besonderen Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst, die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert sowie Sanierungsbetreuer oder externe Berater hinzugezogen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung in die der „Marktfolge“ zugeordnete OE Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrerbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.

4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, gegebenenfalls ergänzt um indirekte Obligen, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivitätsobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungsstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenlöse beziehungsweise der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo durch vorzeitige Tilgung der unbedeutenden Restposition über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren ist die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der Sachsen LB im Rahmen eines Darlehens für die Zweckgesellschaft Sealink Funding beteiligt. Die mit diesem Darlehen verbundenen Risiken sind begrenzt. Die Position wird planmäßig abgebaut.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, das heißt in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2010 erstmals validiert. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling verfasst monatlich für den Vorstand den RTF-Bericht, der alle wesentlichen Strukturmerkmale und Parameter darstellt und analysiert, die für die Steuerung des Kreditportfolios benötigt werden. Das gesamte Berichtswesen basiert auf dem „KRC-Datenpool“, der vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling betrieben wird. 2011 wird der KRC-Datenpool durch einen SAP-Datenhaushalt abgelöst. Im Rahmen der Weiterentwicklung des RTF-Konzeptes wird auch der RTF-Bericht in der bisherigen Form abgelöst. Künftig erfolgt die Darstellung des Kreditrisikos in einem separaten Kreditportfoliobericht, der den Vorstand quartalsweise detailliert über das Kreditrisiko informiert.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt, das im Rahmen seiner Berichterstattungspflichten auch für die notwendige Evidenz über das Kreditrisiko Sorge trägt.

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt unter dem IFRS 7 (International Financial Reporting Standard) nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten. Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2010 rd. 39.423 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 1,0% gestiegen.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Risikostruktur ^{1) 2)} in Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2009
Sehr gut bis gut	14.205	5.455	3.537	4.322	27.518	28.401
Gut/zufriedenstellend	3.449	57	196	515	4.216	4.432
Noch gut/befriedigend	3.118	–	63	382	3.563	3.139
Erhöhtes Risiko	1.036	37	71	87	1.232	1.008
Hohes Risiko	898	–	16	36	950	469
Sehr hohes Risiko	1.161	–	13	15	1.189	921
Default (= NPL)	719	–	8	27	755	640
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes beziehungsweise des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich jedoch 2010 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich ins-

besondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Der in den letzten Jahren eingebrochene Welthandel führte zu sinkenden Charterraten und Schiffspreisen. Durch die 2010 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft sind in einigen Schifffahrtsmärkten Raten- und Wertverbesserungen eingetreten. Die gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Aufgrund der breiten Streuung des Portfolios in den verschiedenen Teilmärkten und Schiffsgrößen ist der Anstieg der Risikovorsorge bisher geringer als prognostiziert ausgefallen. Sofern sich die eingetretene Markterholung 2011 fortsetzt, dürften sich analog dazu die rechnerischen Risikopotenziale wieder zurückbilden.

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2009
Euro-Länder	23.125	5.060	3.030	5.377	36.594	35.974
Sonstiges Westeuropa	472	328	848	1	1.649	1.804
Osteuropa	51	–	0	4	55	63
Nordamerika	108	141	26	0	275	293
Lateinamerika	130	–	–	0	130	137
Naher Osten/Afrika	110	–	–	1	110	101
Asien	64	20	0	0	84	93
Übrige	526	–	0	–	526	545
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

Exposure in ausgewählten Ländern ¹⁾ in Mio. €	Gesamtexposure	
	31.12.2010	31.12.2009
Portugal	226	227
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	225	225
Irland	385	423
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	366	423
Italien	866	865
– davon Sovereign Exposure ²⁾	73	69
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	792	795
Griechenland	57	67
– davon Sovereign Exposure ²⁾	56	60
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	1	0
Spanien	584	627
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	582	600
Gesamt	2.118	2.209
– davon Sovereign Exposure ²⁾	129	129
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	1.966	2.043

¹⁾ Die Zuordnung erfolgt analog zur internen Berichterstattung nach wirtschaftlichen Kriterien.

²⁾ Enthält Exposures gegenüber Staaten, Regionalregierungen und Kommunen.

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. In den von der Euro-Krise besonders betroffenen PIIGS-Staaten beläuft sich das Gesamtexposure auf 2,1 Mrd. €. Direkte Engagements gegenüber Staaten, Regionalregierungen und Kommunen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 39% zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2009
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	5.209	4.160	3.395	2.418	15.182	14.923
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.859	1.384	167	712	10.122	10.575
– davon Grundstücks-, Wohnungs- wesen	1.017	–	13	156	1.186	1.223
– davon öffentliche Verwaltung	3.702	1.384	132	63	5.281	5.431
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.618	–	117	120	7.855	7.793
– davon Schifffahrt	6.938	–	113	52	7.103	7.008
– davon Luftfahrt	93	–	0	–	94	118
Verarbeitendes Gewerbe	712	–	33	155	900	850
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	1.728	–	10	1.639	3.377	3.107
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.012	5	179	149	1.346	1.077
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	136	–	2	114	252	214
Baugewerbe	312	–	1	76	389	431
Übrige	–	–	–	0	0	40
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2010 nochmals deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Krise in der Schiffsfinanzierung zurückzuführen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 0,60% (Vorjahr: 0,43%). Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 1,91% (Vorjahr: 1,64%). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 31,3% (Vorjahr: 26,1%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Die Charraten lagen zum Jahreswechsel 2010/11 zum Teil weiterhin deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der letzten fünfzehn Jahre. In der Folge ist festzustellen, dass mit den niedrigen Fracht- und Charraten auch die Wertentwicklung der Schiffspreise und der Sicherheitenwerte negativ beeinflusst wurde. Unter Berücksichtigung der teilweisen Markterholung in 2010 wurde die zusätzliche Portfoliowertberichtigung für das Schiffsfinanzierungsportfolio in Höhe von 10 Mio. € aus dem Jahr 2009 um 4 Mio. € auf 6 Mio. € reduziert.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kre- dit-geschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rück- stellungen	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	3.517	15.405	8.316	10.051	2	148	-1.881	9.055
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	132.559	139.586	62.179	64.056	1.970	1.819	-1.726	5.557
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	435.968	123.262	115.204	48.816	6.174	3.334	69.230	46.966
Verarbeitendes Gewerbe	18.056	24.858	7.999	12.062	1.530	3.242	-5.775	4.539
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	6.955	345	2.959	60	2.184	1.050	4.033	579
Handel, Instandhaltung, Reparatur	20.461	24.236	14.398	14.059	324	894	-231	2.538
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	4.328	5.456	4.075	2.614	0	2.273	-812	-242
Baugewerbe	35.808	24.267	21.375	15.050	11.569	8.469	9.425	4.809
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	657.652	357.416	236.505	166.768	23.753	21.229	72.261	73.801

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen mit Wertminderungen vor Wertminderungsbedarf.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen in T€	Kreditex- posure wertge- minderter Forderun- gen	Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rückstellungen		
		2009	2010	2009	2010	2010	2009	
Euro-Länder	637.351	354.140	229.995	164.969	23.687	21.166	67.547	73.427
Sonstiges Westeuropa	19.338	426	5.834	388	-	-	5.446	-736
Osteuropa	66	66	-	-	66	63	3	-63
Nordamerika	896	2.783	676	1.411	-	-	-735	1.411
Lateinamerika	-	-	-	-	-	-	-	-238
Naher Osten/Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	657.652	357.416	236.505	166.768	23.753	21.229	72.261	73.801

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure Überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾		Bestand PoWB		Nettozuführung/Auflösungen von PoWB	
	2010	2009 ³⁾	2010	2009	2010	2009
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	128.716	35.235	1.114	829	284	548
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	66.966	135.693	12.573	18.858	-6.285	-2.600
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	283.515	684.524	49.099	76.302	-27.203	50.713
Verarbeitendes Gewerbe	16.602	13.165	2.054	2.857	-803	1.276
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	42.225	41.281	2.470	2.215	255	-193
Handel, Instandhaltung, Reparatur	54.628	33.463	2.610	3.028	-418	63
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	9.321	1.344	1.102	956	147	-359
Baugewerbe	20.137	11.933	1.257	2.227	-971	1.530
Übrige	-	-	-	-	0	0
Gesamt	622.110	956.638	72.278	107.273	-34.995	50.977

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind, auch hier EAD.

³⁾ Vorjahreszahlen methodisch angepasst, da 2010 das gesamte Portfolio berücksichtigt wurde und nicht nur Engagements der Ratingklassen 16–18.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		Bestand PoWB		Nettozuführung/Auflösungen von PoWB	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Euro-Länder	588.705	889.704	64.463	102.501	-38.037	48.892
Sonstiges Westeuropa	17.952	44.312	415	1.339	-924	980
Osteuropa	12.780	5.405	7	16	-9	-3
Nordamerika	1	-	713	1.398	-685	441
Lateinamerika	0	17.071	191	330	-140	235
Naher Osten/Afrika	345	-	243	167	76	-20
Asien	-	146	710	619	91	428
Übrige	2.327	-	5.536	902	4.634	24
Gesamt	622.110	956.638	72.278	107.273	-34.995	50.977

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Verzug ≤ 90 Tage		Verzug > 90 Tage, ≤ 180 Tage		Verzug > 180 Tage		Gesamt		Fair Value der Sicherheiten über- fälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	591	798	6	64	24	95	622	957	510	742

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in der Bank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Die folgende Tabelle zeigt wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte zu den Stichtagen.

Des Weiteren wird ersichtlich, dass der Buchwert nach Wertminderung weitestgehend durch den Fair Value der Sicherheiten abgedeckt wird.

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Betrag vor Wert- minderung		Betrag der Wert- minderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wert- geminderter Instrumente	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	658	357	231	160	427	197	357	179
Forderungen an Kreditinstitute	26	26	6	6	20	22	0	0

Die Bremer Landesbank hat im Berichtsjahr bei finanziellen Vermögenswerten, die ansonsten überfällig oder wertgemindert geworden wären, keine Neuverhandlungen der Vertragskonditionen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Die Bank wird auch im Jahr 2011 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Stress-testing sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Die Bank rechnet in 2011 mit einem Rückgang der erforderlichen Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere in der Schiffsfinanzierung.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z.B. Gewährträgerhaftung, Patronat, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Das Risikopotenzial wird auf der Grundlage der Beteiligungsbuchwerte und der zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeit nach den Methoden der Ausfallrisikomessung quantifiziert.

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2010 weiter vorangetrieben.

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios wird auch 2011 konsequent fortgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inkl. Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko.

Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen beziehungsweise auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert.

Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) beziehungsweise Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.

Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse beziehungsweise -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit-Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.

Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z.B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2010 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Gemäß Handelsstrategie liegt der Schwerpunkt der Handelsaktivitäten und damit eine bewusste Risikokonzentration beim Zinsrisiko. Wesentliche Produkte sind Zinsderivate und Renten (Bankanleihen, Pfandbriefe, öffentliche Anleihen). Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuchs dar und unterbreitet Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Vorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investments.

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Für die Steuerung und die Überwachung von Marktpreisrisiken werden für alle Portfolios Value-at-Risk-(VaR-)Verfahren eingesetzt.

Die Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen erfolgt mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei kommen konzerneinheitlich ein einseitiges Konfidenzniveau von 95% und eine Haltedauer von einem Handelstag zur Anwendung. Grundlage der Analyse sind die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinssätze, (Wechsel-)Kurse, Volatilitäten etc.) über die letzten zwölf Monate. Die Modelle berücksichtigen direkt oder indirekt Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren, den Risikoarten, den Währungen und den Teilportfolien.

Die Veränderungen der historischen Marktparameter und die im VaR-Modell inkludierte Normalverteilungsannahme reflektieren eher ein normales Marktszenario. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Parallel zur Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen werden täglich die Auswirkungen von Stress-Szenarien auf die Positionen der Handelsbereiche und der Gesamtbankdisposition berechnet. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Den MaRisk entsprechend berichtet das von den positionsverantwortlichen Bereichen unabhängige Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung enthalten ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches. Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung wird der Gesamtvorstand umfassend über die Marktpreisrisiken und die Ergebnislage informiert, die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich. Im Berichtsjahr 2010 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 16%, die der Gesamtbankdisposition 23%.

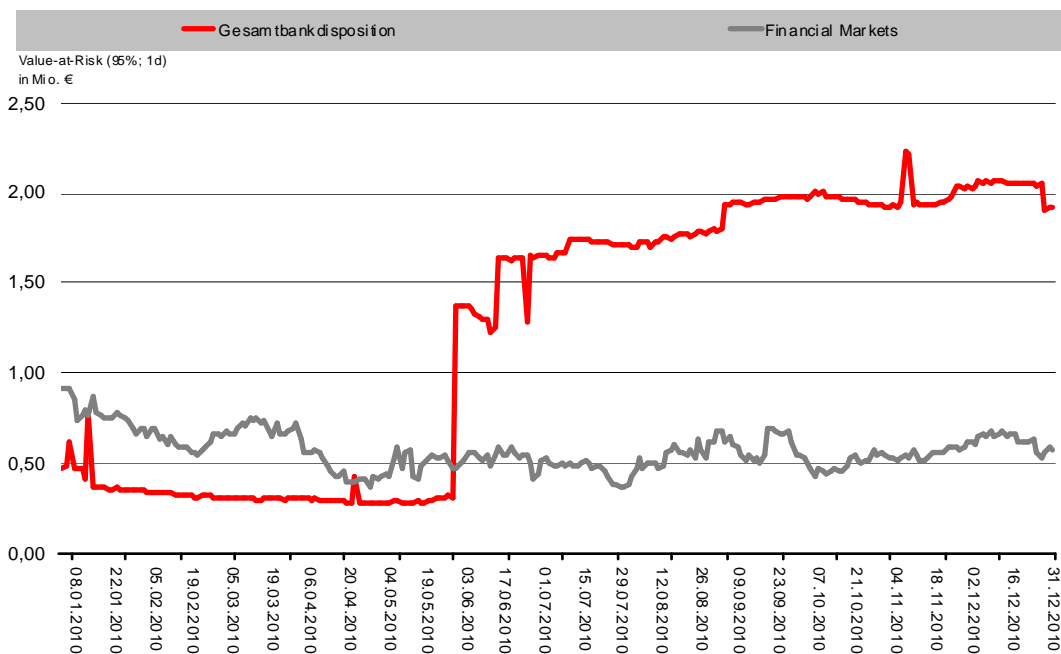
In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

Marktpreisrisiken – Überblick

Marktpreisrisiken in T€	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	1.1.2010	1.1.2009	1.1.2010	1.1.2009	1.1.2010	1.1.2009	31.12.2010	31.12.2009
Zinsrisiko (VaR)	2.959	3.189	1.838	1.495	653	1.019	2.666	1.285
Währungsrisiko (VaR)	224	218	80	66	18	16	165	28
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	164	1.364	109	185	83	95	99	164
Gesamt	2.673	3.575	1.617	1.467	554	892	2.412	1.244

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2010 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



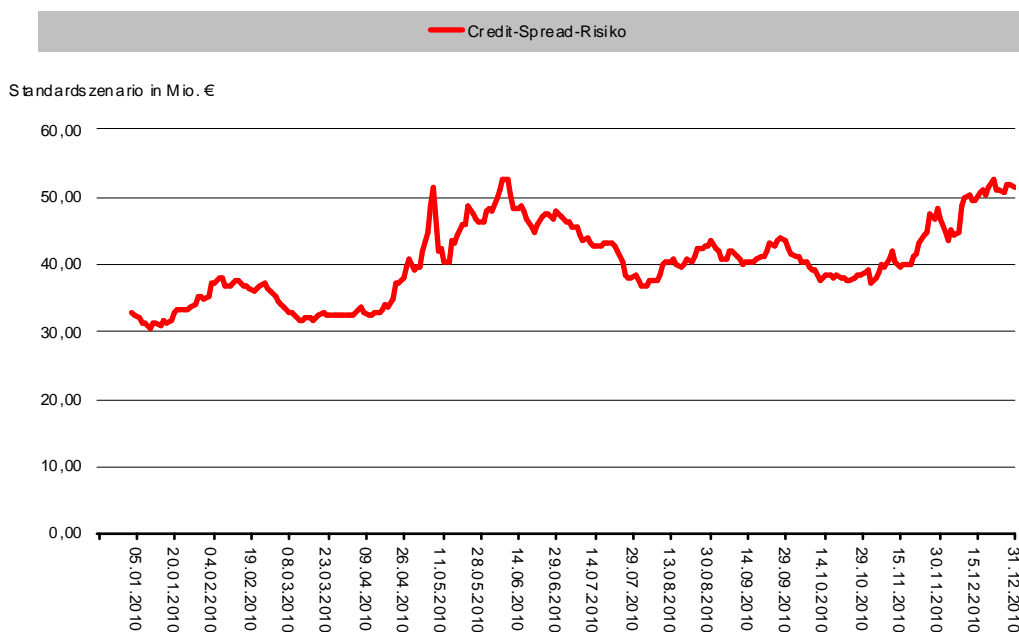
Die Auslastung des Marktpreisrisiko-Limits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 22% (die maximale Auslastung betrug 36%, die minimale Auslastung 7%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 2,41 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2010 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankenebene ein maximales Risiko von 35 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 21 Mio. € bei einem Minimum von 0,5 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 28,9 Mio. €.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Risikoauslastungsgrade in 2010 hatte die Umsetzung der neuen MaRisk BTR 2.3 Abs. 7 Marktpreisrisiken des Anlagebuchs im Mai 2010. Nach den MaRisk dürfen Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen werden. Damit entfällt die risikoreduzierende Wirkung dieser (modellierten) Eigenkapitalbestandteile, was zu einem deutlichen Anstieg des ausgewiesenen Risikos führt. Die Limitauslastung ist dennoch weiterhin moderat.

Im Rahmen der Finanzmarktkrise hat sich für die Bank das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio seit Mitte 2007 deutlich erhöht und betrug gemäß Szenarioansatz am 31. Dezember 2010 51 Mio. €. Dabei lag das Risiko unter dem Niveau des Vorjahres (das maximale Risiko in 2009 betrug 80 Mio. €, in 2010 53 Mio. €). Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Jahr 2010



Im Rahmen der Überarbeitung des Risikotragfähigkeitskonzeptes soll die angemessene, konzern einheitliche Berücksichtigung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung zu den Kredit- und Marktpreisrisiken kritisch überprüft werden. Zudem arbeitet die Bank gemeinsam mit der NORD/LB-Gruppe an der Weiterentwicklung des Konzern-Value-at-Risk-Modells für Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches, insbesondere bezüglich der Modellierung von weniger liquiden Positionen.

Des Weiteren wird monatlich der von Basel II unterstellte Zinsschock berechnet. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten für das Berichtsjahr 2010. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2010 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 3,11%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Die Bank hat Ende 2010 ein Projekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Marktpreisrisikomodells gestartet. Hauptpfeiler des Projektes ist die Überprüfung des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Im Sinne einer einheitlichen Konzernsteuerung wird überprüft, inwieweit ein Wechsel zur historischen Simulation sinnvoll sein kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsrisikotransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimite werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditätsspreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimite erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Konzernrisikosteuerung wurde eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der Weiterentwicklung der konzernweiten Liquiditätssteuerung wurde das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen ausgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und gegebenenfalls über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die OE Meldewesen / Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Projekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2010 durchgängig erfüllt.

Mit den Instrumenten der LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Eine bedeutende Neuerung im abgelaufenen Jahr ist die Erweiterung des LST um die Fremdwährungsdimension. Als wesentlich wurden die Liquiditätspositionen in USD identifiziert, die aktuell auf monatlicher Basis reportet werden.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden die notwendigen Steuerungsmaßnahmen ausgelöst.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditätsspreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

In Anbetracht des sich abzeichnenden Trends an den relevanten Kapitalmärkten zur gedeckten Refinanzierung hat die Bremer Landesbank mit der Formulierung einer Funding- und Collateral-Management-Strategie reagiert. Ein wesentlicher Teil der Weiterentwicklungsaktivitäten in 2011 betrifft die weitere Umsetzung dieser Strategien.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird.

Die Risiken, die sich aus der Konzentration der Liquiditätsgaps in Höhe und Laufzeit ergeben, werden durch Volumenstrukturlimite begrenzt. Risikokonzentrationen in der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen der formulierten Funding-Strategie als Bestandteil der Liquidity Policy beachtet. Die Ziele der Funding-Strategie sind die Sicherstellung einer hinsichtlich der Laufzeiten und Währungen weitgehend kongruenten Refinanzierungsstruktur, die Optimierung der Funding-Kosten sowie die Sicherstellung einer angemessenen Diversifikation der Funding-Basis.

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

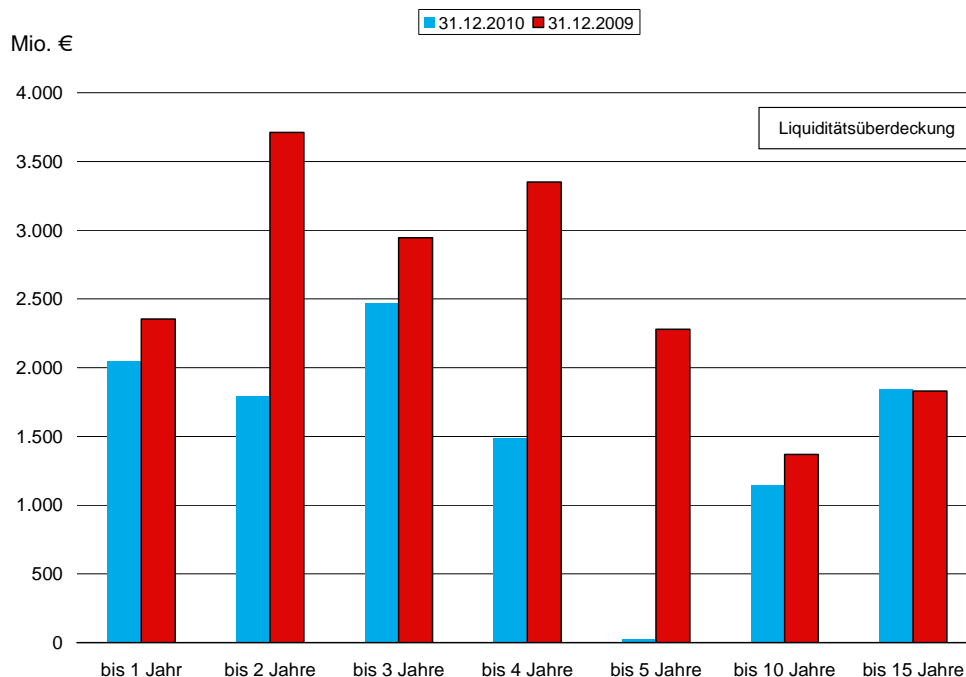
Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich informiert. Im RTF-Bericht wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Ergebnisse des Liquiditätsstresstests werden ebenfalls täglich den Liquiditätssteuerungseinheiten Geld- und Devisenhandel und Aktiv-Passiv-Management, die des Liquiditätsstatusberichts monatlich den Steuerungseinheiten im Bereich Financial Markets zur Verfügung gestellt. Im Dispositionsausschuss wird zweiwöchentlich die Liquiditätsablaufbilanz präsentiert und besprochen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten, wenngleich in differenzierterer Form als in 2009. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2010, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Im gesamten Berichtszeitraum herrschte eine Liquiditätsüberdeckung bis auf vereinzelte, leichte Liquiditätsinkongruenzen im unterjährigen Bereich.

Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31.12.2010 betrug die Liquiditätskennzahl 1,52.

Die im Rahmen der Liquiditätsstresstests (LST) durchgeführte dynamische Szenarioauswertung zeigt, dass die Liquiditätssituation der Bank auch durch unerwartete Ereignisse nicht gefährdet ist (durchgängig grüner Ampelstatus im Berichtsjahr, das heißt, die Anzahl der Tage mit positivem Liquiditätssaldo war stets größer als 180).

Mit der über den aufsichtsrechtlichen Rahmen hinausgehenden Steuerung des Liquiditätsrisikos wird sichergestellt, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen.

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Im Berichtsjahr 2010 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2011 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere zum Aufbau und zur Steuerung der Liquiditätsreserve umzusetzen. Hierbei werden die absehbaren Entwicklungen durch Basel III frühzeitig in den Entwicklungen berücksichtigt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folge Risiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender beziehungsweise unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko und das Outsourcing-Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich zum Beispiel in einem Internen Kontrollsystem, Notfallkonzepten für zeitkritische Prozesse und Aktivitäten oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Kontinuitätsmanagement der Bank wurde in einer Arbeitsanweisung grundsätzlich geregelt. Im Rahmen eines bereits laufenden Projektes wird das gesamte Thema Business Continuity Management (BCM) bis Mitte 2012 weiterentwickelt.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Notfallpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sowie Kontrollen betrügerische Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen beziehungsweise unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um betrügerische Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierter Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wurde eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung ein individuelles Notfallkonzept erstellt.

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen beziehungsweise Gesellschaften.

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Seit 2003 sammelt die Bank Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Risk Assessment werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden und der Ergebnisse aus dem Risk Assessment sowie der Risiken. Bei der Ermittlung der Risiken wird seit 2008 eine VaR-Methode verwendet. 2010 wurde die VaR-Methode zu einer einheitlichen Methode innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt und ein Allokationsmodell gruppenweit eingeführt.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2010	Anteil 31.12.2009
Externe Einflüsse	48,0%	14,0%
Interne Abläufe	0,0%	6,2%
Mitarbeiter	51,8%	79,8%
Technologie	0,2%	0,0%

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2010 werden insgesamt als unwesentlich eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2010 ca. 4,6 Mio. € (2009: ca. 2,0 Mio. €).

Basierend auf den Ergebnissen des Risk Assessments und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden. Im Rahmen von zwei Insolvenzverfahren von den Insolvenzverwaltern gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt ca. 26,1 Mio. € zuzüglich Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet, in einem Fall wurde die Klage inzwischen erstinstanzlich, mit Ausnahme eines Teilbetrages von ca. 37 T€, abgewiesen; der Insolvenzverwalter hat Berufung eingelegt.

In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2010 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckungsgrade befinden sich auf einem hohen Niveau; die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Dennoch spiegelt sich die Schiffskrise in der Entwicklung der Gesamtbankkennzahlen wider.

Im Jahr 2010 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt.

Die Anforderungen aus der 3. MaRisk-Novelle wurden analysiert und werden in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe zeitnah umgesetzt. Daneben wird die Weiterentwicklung der bestehenden Risikosteuerungssysteme hin zu einer integrierten Rendite-Risiko-Betrachtung vorangetrieben.

Die Bank hat nach Wegfall der Gewährträgerhaftung zufriedenstellende externe Ratings erreicht (Moody's Aa2, Fitch A). Hierbei soll die laufende Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme und -prozesse sowie deren konsequente Anwendung auch einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Ratings leisten.

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge		2.127	2.433	-13
Zinsaufwendungen		1.829	2.171	-16
Zinsüberschuss	(18)	298	262	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(19)	-59	-144	-59
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		239	118	>100
Provisionserträge		70	59	19
Provisionsaufwendungen		29	21	38
Provisionsüberschuss	(20)	41	38	8
Handelsergebnis		-93	70	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		0	2	-100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	(21)	-93	72	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	(22)	4	8	-50
Ergebnis aus Finanzanlagen	(23)	8	-15	>100
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	6	4	50
Verwaltungsaufwand	(25)	162	142	14
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(26)	17	6	>100
Ergebnis vor Steuern		60	89	-33
Ertragsteuern	(27)	13	24	-46
Konzernergebnis		47	65	-28
davon: auf Anteilseignern des Mutterunternehmens entfallend		47	65	
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

3. Gesamtergebnisrechnung

Der gesamte Periodenerfolg der Bremer Landesbank setzt sich aus den direkt im Eigenkapital und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Erträgen und Aufwendungen zusammen.

	Notes	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Konzernergebnis aus der GuV		47	65	-28
Veränderung aus Available-for-Sale (AfS) Finanzinstrumenten				
Unrealisierte Gewinne/Verluste		16	3	>100
Umbuchungen aufgrund von Gewinn-/ Verlustrealisierungen		-7	3	>100
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen		0	0	-
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen		-7	-18	-61
Latente Steuern	(27)	3	-1	>100
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		5	-13	>100
Gesamteinkommen der Periode		52	52	-
davon den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend		52	52	
davon auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

4. Konzernbilanz

Aktiva

	Notes	31.12. 2010 (in Mio. €)	31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Barreserve	(28)	74	145	-49
Forderungen an Kreditinstitute	(29)	5.513	4.780	15
Forderungen an Kunden	(30)	22.060	20.988	5
Risikovorsorge	(31)	-306	-270	13
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	(32)	1.087	1.123	-3
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	(33)	338	279	21
Finanzanlagen	(34)	5.688	6.440	-12
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(35)	77	81	-5
Sachanlagen	(36)	36	27	33
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(37)	70	64	9
Immaterielle Vermögenswerte	(38)	2	2	-
Laufende Ertragsteueransprüche	(39)	7	11	-36
Latente Ertragsteuern	(39)	117	86	36
Sonstige Aktiva	(40)	38	25	52
Summe Aktiva		34.801	33.781	3

Passiva

	Notes	31.12. 2010 (in Mio. €)	31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(41)	11.600	10.508	10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(42)	10.158	10.236	-1
Verbriefte Verbindlichkeiten	(43)	8.939	9.244	-3
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	(44)	22	-	-
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	(45)	1.449	1.267	14
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	(46)	106	54	96
Rückstellungen	(47)	320	300	7
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(48)	32	27	19
Latente Ertragsteuern	(48)	1	1	-
Sonstige Passiva	(49)	24	24	-
Nachrangkapital	(50)	1.163	1.157	1
Eigenkapital		987	963	2
Gezeichnetes Kapital		140	140	-
Kapitalrücklage		40	40	-
Gewinnrücklagen		761	747	2
Neubewertungsrücklage		46	36	28
Auf die Anteilseigner der BLB entfallendes Eigenkapital		987	963	2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		-	-	-
Summe Passiva		34.801	33.781	3

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

5. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals:

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital 01.01.2010		140	40	747	36	963	0	963
Veränderung des Fair Values der AFS-Finanzinstrumente		–	–	–	9	9	–	9
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	–	–	0	–	0	–	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		–	–	–7	–	–7	–	–7
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	(27)	–	–	2	1	3	–	3
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	–5	10	5	0	5
Konzernjahresüberschuss		–	–	47	–	47	–	47
Gesamteinkommen der Periode		0	0	42	10	52	0	52
Ausschüttungen		–	–	–28	–	–28	–	–28
Veränderung des Konsolidierungskreises		–	–	–	–	0	–	0
Eigenkapital zum 31.12.2010		140	40	761	46	987	0	987

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital zum 01.01.2009		140	40	722	34	936	0	936
Veränderung des Fair Values der AFS-Finanzinstrumente		–	–	–	6	6	–	6
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	–	–	0	–	0	–	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		–	–	–18	–	–18	–	–18
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	(27)	–	–	6	–7	–1	–	–1
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	–12	–1	–13	0	–13
Konzernjahresüberschuss		–	–	65	–	65	–	65
Gesamteinkommen der Periode		0	0	53	–1	52	0	52
Ausschüttungen		–	–	–28	–	–28	–	–28
Veränderung des Konsolidierungskreises		–	–	0	3	3	–	3
Eigenkapital zum 31.12.2009		140	40	747	36	963	0	963

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2). Zur Erläuterung der Eigenkapitalveränderungsrechnung wird auf Seite 139 verwiesen.

6. Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2010	2009
Konzernjahresüberschuss	47	65
Korrektur um zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen	0	9
Veränderung der Rückstellungen	30	15
Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten	-8	4
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-48	88
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-335	-186
Zwischensumme	-314	-5
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	-1.790	203
Handelsbestände und Hedge-Accounting-Derivate	378	-238
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-11	-8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	983	-1.450
Verbriefte Verbindlichkeiten	-318	807
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-2	-17
Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.133	2.306
Gezahlte Zinsen	-1.765	-2.021
Ertragsteuerzahlungen	-32	-35
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-738	-458
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	758	1.129
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	0	-641
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-21	-6
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	7	84
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	744	566
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss (Dividenden und sonstige Zahlungen)	-28	-28
Zinszahlungen für Nachrangkapital	-49	-57
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77	-85
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	145	122
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-738	-458
Cashflow aus Investitionstätigkeit	744	566
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77	-85
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	74	145

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

7. Konzernanhang (Notes)

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank), (Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg. Am Stammkapital sind mit 92,5% die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover, und mit 7,5% die Freie Hansestadt Bremen beteiligt. Die NORD/LB ist unmittelbares und oberstes Mutterunternehmen der Bremer Landesbank.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale-, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) zum 31. Dezember 2010 wurde auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Maßgeblich waren diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen worden waren. Ferner wurden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes (Note (17)). Die Risikoberichterstattung gemäß IFRS 7 erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des separaten Berichtes über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) als Bestandteil des Konzernlageberichtes.

Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind diejenigen Finanzinstrumente nach IAS 39, welche zum Fair Value bewertet werden. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend dargestellt.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen durch das Management erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise erscheinen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen dargelegt. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Schätzungsänderungen werden, sofern die Änderung nur eine Periode betrifft, nur in dieser berücksichtigt, und falls die Änderung die aktuelle sowie die folgenden Berichtsperioden betrifft, entsprechend in dieser und den folgenden Perioden beachtet.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) kaufmännisch gerundet dargestellt.

Der vorliegende Konzernjahresabschluss wird durch den Vorstand am 15. März 2011 zur Veröffentlichung freigegeben, vom Aufsichtsrat geprüft und voraussichtlich in der Aufsichtsratssitzung am 8. April 2011 gebilligt.

(2) Anpassung der Vorjahreszahlen

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde für eine im Nachrangkapital ausgewiesene nachrangige Verbindlichkeit ein zu hoher Amortisationsaufwand ermittelt. Das Nachrangkapital wurde dadurch um 9 Mio. € zu hoch ausgewiesen.

Außerdem wurde die Wertberichtigung auf eine in den Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesene stille Beteiligung um 3 Mio. € zu niedrig angesetzt.

Daneben wurden zum 31. Dezember 2009 für eine in den Finanzanlagen ausgewiesene Anleihe um 2 Mio. € zu hohe anteilige Zinsen abgegrenzt. Für diese Anleihe wurden zudem die Zinserträge aus Amortisation im Jahr 2009 um 7 Mio. € zu niedrig berechnet.

Die Anpassung der Vorjahreswerte einschließlich der aus den Anpassungen resultierenden latenten Steuereffekte geht aus folgender Tabelle hervor:

	31.12.2009		
	vor Anpassung (in Mio. €)	Anpassung (in Mio. €)	nach Anpassung (in Mio. €)
Risikovorsorge	-267	-3	-270
Finanzanlagen	6.442	-2	6.440
Aktive latente Ertragsteuern	87	-1	86
Nachrangkapital	1.166	-9	1.157
Eigenkapital	960	3	963
Gewinnrücklagen	739	8	747
Neubewertungsrücklage	41	-5	36
Zinserträge	2.428	5	2.433
Zinsaufwendungen	2.179	-8	2.171
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-141	-3	-144
Ergebnis vor Steuern	79	10	89
Ertragsteuern	21	3	24
Konzernergebnis	58	7	65

Die jeweiligen Anpassungen wurden auch bei folgenden Positionen innerhalb der Notes (17), (18), (19), (23), (27), (31), (34), (39), (48), (50), (51), (52), (53), (54), (55), (58) und (65) berücksichtigt.

Eine Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte der Vermögenswerte, Schulden und des Eigenkapitals des Geschäftsjahres 2009 ist nicht erforderlich, da die vorgenommenen Anpassungen keine Auswirkungen auf Perioden vor 2009 haben.

Auf einen Drei-Spalten-Ausweis in der Konzernbilanz entsprechend IAS 1 Rev wurde verzichtet, da sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vergleichsperiode ergeben.

(3) Angewandte IFRS

Im Berichtsjahr werden alle IFRS, Interpretationen und deren jeweilige Änderungen angewendet, sofern sie durch die EU im Rahmen des Endorsement anerkannt wurden und für den BLB Konzern im Berichtsjahr 2010 einschlägig sind.

Das IASB hat nachfolgend aufgelistete Standards und Interpretationen veröffentlicht, die bereits in das EU-Recht **übernommen** wurden, aber im Geschäftsjahr 2010 noch nicht verpflichtend anzuwenden waren. Von der vorzeitigen Anwendung der folgenden Standards, die erst nach dem 31. Dezember 2010 umzusetzen sind, wurde zulässigerweise abgesehen:

- **IAS 24 (rev. 2009) – Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**

Der überarbeitete Standard IAS 24 wurde im November 2009 veröffentlicht und ist erstmals im Geschäftsjahr anzuwenden, das am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnt. Aus der Erweiterung der Definition werden künftig voraussichtlich weitere Angaben über den Kreis der nahestehenden Unternehmen des Konzerns resultieren. Die Änderung wird jedoch keine Auswirkungen auf den Ansatz und die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden im Konzernabschluss und die Ergebnisse in künftigen Geschäftsjahren haben.

- **Änderung von IAS 32 – Klassifizierung von Bezugsrechten**

Da der Konzern derartige Bezugsrechte nicht eingeräumt hat, werden aus dieser Regelung keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage resultieren.

- **Änderung von IFRIC 14 – Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen**

Da alle leistungsorientierten Pensionspläne des Konzerns derzeit eine bilanzielle Unterdeckung aufweisen, werden aus dieser Interpretation keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erwartet.

- **IFRIC 19 – Ablösung finanzieller Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumenten**

Die IFRIC 19 wurde im November 2009 veröffentlicht und ist erstmals im Geschäftsjahr, das am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnt. Diese Interpretation stellt klar, dass bei einer Begebung von Eigenkapitalinstrumenten an Gläubiger zwecks Tilgung einer finanziellen Verbindlichkeit diese Eigenkapitalinstrumente als gezahltes Entgelt gemäß IAS 39.41 klassifizieren. Aus der Anwendung dieser Interpretation werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Der IASB hat nachfolgend aufgelistete Standards und Interpretationen veröffentlicht, die im Geschäftsjahr 2010 noch nicht verpflichtend anzuwenden waren. Diese Standards und Interpretationen wurden von der EU bislang noch **nicht** anerkannt und werden vom Konzern nicht angewandt.

- **Änderung von IFRS 7 – Angaben über die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten**

Die Änderung von IFRS 7 wurde im Oktober 2010 veröffentlicht und ist erstmals im Geschäftsjahr anzuwenden, das am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnt. Die Änderung bestimmt umfangreiche neue qualitative und quantitative Angaben über übertragene finanzielle Vermögenswerte, die nicht ausgebucht wurden, und über das zum Berichtsstichtag bestehende anhaltende Engagement bei übertragenen finanziellen Vermögenswerten.

Diese Änderung wird den Umfang der Angaben zu Finanzinstrumenten voraussichtlich weiter ausdehnen. Sie wird jedoch keine Auswirkungen auf den Ansatz und die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden im Konzernabschluss und die Ereignisse in künftigen Geschäftsjahren haben.

- **IFRS 9 – Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung**

Eine überarbeitete Version des IFRS 9 wurde im Oktober 2010 veröffentlicht und ist nach gegenwärtigem Stand verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Der Standard soll schrittweise in drei Phasen den aktuellen IAS 39 ablösen. Die veröffentlichte erste Phase beinhaltet Regelungen der Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sowie finanziellen Verpflichtungen. Für die Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten nach IFRS 9 gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten oder die Bewertung zum Fair Value. Die Kategorisierung richtet sich künftig nach dem Geschäftsmodell des Bilanzierenden und den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen des Vermögenswertes. Des Weiteren sind die Regelungen für eingebettete Derivate und die Umwidmung modifiziert worden. Die Regelungen in Bezug auf finanzielle Verpflichtungen sind weitgehend unverändert gegenüber IAS 39. Lediglich bei Anwendung der Fair-Value-Option werden bonitätsinduzierte Bewertungsänderungen finanzieller Verpflichtungen zukünftig grundsätzlich im Sonstigen Ergebnis (other comprehensive income) gezeigt. Die finalen Standards zu den weiteren Phasen mit den Themen Impairment, Hedge Accounting und Asset and Liability Offsetting werden in 2011 erwartet.

Die Anwendung des ersten Teils der Phase wird Auswirkungen auf die Klassifizierung und Bewertungen von finanziellen Vermögenswerten und Schulden des Konzerns haben. Um ein umfassendes Bild potenzieller Auswirkungen darzustellen, wird der Konzern die Auswirkungen erst in Verbindung mit den anderen Phasen, sobald diese veröffentlicht sind, quantifizieren.

- **Änderung IAS 12 – Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte**

Im deutschen Rechtskreis werden aus der Anwendung dieser Änderung erwartungsgemäß keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns resultieren.

Der IASB veröffentlichte Verbesserungen zu IFRS, einen Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS. Die Änderungen sind nicht angewandt worden, da sie für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beziehungsweise 1. Januar 2011 beginnen, anzuwenden sind. Nachfolgend werden die Änderungen aufgeführt:

- **IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben**

Diese Änderung wird voraussichtlich zu einer geringfügigen Reduzierung von Angaben über die Finanzinstrumente führen. Sie wird keine Auswirkungen auf den Ansatz und die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden im Konzernabschluss und das Konzernergebnis haben.

- **IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse**

Folgende Regelungen wurden im Rahmen des IFRS geändert:

- Übergangsvorschriften für bedingte Gegenleistung aus einem Unternehmenszusammenschluss, der vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des überarbeiteten IFRS stattfand
- Bewertung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss
- Nicht ersetzte und freiwillig ersetzte anteilsbasierte Vergütung

Aufgrund der Übergangsregelung werden sich aus diesen Änderungen keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss im Geschäftsjahr der Erstanwendung ergeben. Bei möglichen künftigen Unternehmenszusammenschlüssen wird sich diese Änderung auf die Ansatzhöhe des Geschäfts- oder Firmenwerts und auf die künftigen Ergebnisse auswirken.

- **IAS 1 – Darstellung des Abschlusses**

Diese Änderung wird keine Auswirkung auf die Darstellung im Konzernabschluss haben.

- **IAS 27 – Konzern- und Einzelabschlüsse**

In Ermangelung entsprechender Transaktionen im betreffenden Referenzzeitraum erwartet der Konzern aus dieser Änderung keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

- **IFRIC 13 – Kundenbindungsprogramme**

Es ergeben sich aus der Anwendung dieser Neuregelung keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Der Konzern erwartet aus den Änderungen keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

- Nachfolgend aufgelistete Neuregelungen der Änderungen des IFRS 1 sind auf den Konzern nicht anwendbar und werden daher keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben:

- Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7
- Drastische Hyperinflation und Streichung der festen Daten für erstmalige Anwender

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank, der nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt wird, beinhaltet den Abschluss des Mutterunternehmens und der von ihr kontrollierten Unternehmen einschließlich der Zweckgesellschaften (Tochtergesellschaften). Kontrolle liegt vor, wenn das Unternehmen die Möglichkeit besitzt, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode vorgenommen. Dabei werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value unter Berücksichtigung latenter Steuern angesetzt. Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- beziehungsweise Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung konsolidiert.

Die Ergebnisse der im Laufe des Jahres hinzugekommenen oder abgegangenen Tochtergesellschaften werden entsprechend ab dem Erwerbszeitpunkt oder bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Die Anschaffungskosten dieser at Equity bewerteten Unternehmen und die Unterschiedsbeträge werden zum Zeitpunkt der Erlangung des maßgeblichen Einflusses bestimmt. Hierbei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Die Fortschreibung des at-Equity-Wertes erfolgt auf Basis der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgswirksam bzw. erfolgsneutral. Verluste, die den at-Equity-Wert übersteigen, werden nicht erfasst, es sei denn, der Konzern ist rechtliche oder faktische Verpflichtungen eingegangen beziehungsweise leistet Zahlungen anstelle des at-Equity bewerteten Unternehmens.

Bei Transaktionen zwischen einem Konzernunternehmen und einem assoziierten Unternehmen werden Gewinne und Verluste im Umfang des Konzernanteiles an dem entsprechenden Unternehmen eliminiert.

Eine Entkonsolidierung wird zu dem Zeitpunkt vorgenommen, ab welchem kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss mehr besteht.

(5) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Bremer Landesbank als Mutterunternehmen folgende Tochtergesellschaften einbezogen, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- Northwest Vermögen Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Das assoziierte Unternehmen Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede, wurde mit einem abweichenden Abschlussstichtag nach der Equity-Methode bewertet, da die Gesellschaft ihren Abschluss erst nach der Abschlusserstellung des Berichtsunternehmens erstellt.

Die Tochtergesellschaften, Investmentfonds, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie die Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Note (76)) entnommen werden.

Die Anteilseigner des Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds haben 2010 Anteile zurückgegeben. Durch die Rückgabe hat sich der Anteil der Bremer Landesbank am Fondsvermögen geringfügig erhöht.

(6) Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende monetäre Vermögenswerte und Verpflichtungen und nicht monetäre Posten, die zum Fair Value bewertet werden, sind mit den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2010 umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, sind zu historischen Kursen angesetzt. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Währungsdifferenzen monetärer Posten schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder; bei nicht monetären Posten erfolgt die Vereinnahmung gemäß der Erfassung der Gewinne beziehungsweise Verluste solcher Posten erfolgsneutral oder erfolgswirksam.

Zu konsolidierende ausländische Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht Euro ist, sind nicht vorhanden.

(7) Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist definiert als Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder zu einem Eigenkapitalinstrument führt. Die Finanzinstrumente der Bremer Landesbank sind bilanziell entsprechend erfasst. Sie werden gemäß den Vorgaben des IAS 39 den Haltekategorien zugeordnet und in Abhängigkeit der Zuordnung bewertet.

Die Finanzinstrumente beinhalten Finanzgarantien gemäß der Definition des IAS 39.

Die Klassenbildung gemäß IFRS 7.6 orientiert sich an den IAS-39-Haltekategorien, die weitestgehend einzelnen Bilanzposten entsprechen. Zusätzliche Klassen bilden die Barreserve, Hedge-Accounting-Derivate, Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen. Hinzu kommt die Berücksichtigung von Einlagen stiller Gesellschafter, die nach IAS 32 als Fremdkapital einzustufen sind. Eine Überleitung der Klassen auf die Bilanzposten wird durch die Erläuterung der Zusammensetzung der entsprechenden Posten ermöglicht.

Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle finanziellen Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang Trade Date Accounting.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach dem der Verfügungsmacht, wobei bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht hat.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Continuing-Involvement-Ansatz zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung spezieller Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des Continuing Involvement bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt.

Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, das heißt, wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die erstmalige Erfassung von finanziellen Vermögenswerten beziehungsweise finanziellen Verpflichtungen erfolgt zum Fair Value. Für die im Konzernabschluss erfassten Finanzgarantien wird die Bruttomethode verwendet. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien Loans and Receivables (LaR), Held to Maturity (HtM), Available for Sale (AfS) und Other Liabilities (OL) werden Transaktionskosten in die Anschaffungskosten einbezogen, soweit sie direkt zurechenbar sind. Sie werden im Rahmen der effektivzinskonstanten Verteilung der Agien und Disagien auf den Nominalwert beziehungsweise Rückzahlungsbetrag berücksichtigt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV) werden die Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welcher Kategorie nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet werden:

Loans and Receivables (LaR – Kredite und Forderungen)

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimm- baren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, zugeordnet, soweit sie nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV) oder Available for Sale (AfS) kategori- siert sind. Die Kategorie LaR ist die umfangreichste im Konzern, da hier im Wesentlichen das gesamte klassische Kredit- und Darlehensgeschäft abgebildet wird. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsme- thode. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam berück- sichtigt. Zu jedem Bilanzstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables (LaR) auf Werthaltigkeit geprüft und gegebenenfalls wertberichtigt (vgl. Notes (31) Risikovorsorge und (23) Ergebnis aus Finanzanlagen). Bei Vorliegen eines Impair- ments wird dieses bei der Fortschreibung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Wertaufholungen werden erfolgswirksam vorgenommen. Die Obergrenze der Wertaufholung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertminderungen ergeben hätten.

Held to Maturity (HtM – bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente)

Dieser Kategorie können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimm- baren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, für die die Absicht und Fähig- keit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Eine Zuordnung kann insoweit erfolgen, als dass die Finanzinstrumente nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV), als Available for Sale (AfS) oder als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert sind. Die Folgebe- wertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzernabschluss findet die Kategorie Held to Maturity gegenwärtig keine Anwendung.

Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV – erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten)

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- **Held for Trading (HfT – zu Handelszwecken gehalten)**

Diese Unterkategorie umfasst Finanzinstrumente (Handelsaktiva und Handelspassiva), die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Käufen und Verkäufen zu erzielen, und beinhaltet sämtliche Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings darstellen. Handelsaktiva setzen sich im Wesentlichen aus Geldmarktpapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Derivaten mit positivem Fair Value zusammen. Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativem Fair Value. Handelsaktiva und Handelspassiva werden im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value erfasst. Eine separate effektivzinskonstante Amortisation von Agien und Disagien erfolgt nicht.

- **Designated at Fair Value through Profit or Loss (DFV – zum Fair Value designierte Finanzinstrumente)**

Dieser als Fair-Value-Option bekannten Unterkategorie können, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, sämtliche Finanzinstrumente zugeordnet werden. Durch die Ausübung der Fair-Value-Option können die aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden entstehenden Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen vermieden beziehungsweise signifikant verringert werden (z.B. durch Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ohne die restriktiven Anforderungen des Hedge Accountings). Des Weiteren ist es durch Zuordnung zu dieser Kategorie möglich, auf eine Separierung strukturierter Produkte zu verzichten. Erläuterungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair-Value-Option im Konzern sind in Note (59) dargestellt. Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option angewandt wird, werden in der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen und im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Eine effektivzinskonstante Amortisation im Zinsergebnis erfolgt nicht.

Available for Sale (AfS – zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)

Alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugewiesen wurden, sind dieser Kategorie zugeordnet. Dabei handelt es sich insbesondere um Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Aktien und Beteiligungen. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen; ist der Fair Value für Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, wie zum Beispiel bestimmte Aktien oder Beteiligungen, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt (sowie Derivate auf solche), nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung wird erfolgsneutral in einer gesonderten Eigenkapitalposition (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment) ist der Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten – soweit nicht zu Anschaffungskosten bewertet – erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Unterschiede zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden mittels der Effektivzinsmethode erfolgswirksam amortisiert.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswertes oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen. Für Eigenkapitaltitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Values der Investition unter

die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Other Liabilities (OL – sonstige finanzielle Verbindlichkeiten)

Zu dieser Kategorie zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie das Nachrangkapital, soweit diese Passiva nicht im Rahmen der Fair-Value-Option als dFV designiert wurden. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die Buchwerte und Nettoergebnisse pro Bewertungskategorie finden sich in den Notes (52) und (53).

Ermittlung des Fair Values

Im März 2009 hat das IASB eine Änderung des IFRS 7 veröffentlicht, welche sich im Wesentlichen auf Angabepflichten in Zusammenhang mit der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten bezieht. Nach diesen Vorschriften wird im Bremer Landesbank Konzern die Hierarchie mit der im IFRS 7 vorgesehenen Terminologie Level 1, Level 2 und Level 3 eingesetzt. Der jeweilige Level bestimmt sich nach den verwendeten Inputdaten, die zur Bewertung herangezogen werden, und spiegelt die Marktnähe der in die Ermittlung des Fair Values eingehenden Variablen.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2010 angewandten Fair-Value-Hierarchie wird ein Finanzinstrument in den Level 1 eingestuft, soweit dieses auf einem aktiven Markt gehandelt wird und zur Bestimmung des Fair Values öffentlich notierte Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt Anwendung finden. Sofern keine Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt erhältlich sind, werden bei der Level-1-Bewertung zur Wertermittlung grundsätzlich Preisnotierungen von Händlern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf andere Preisquellen als Börsen Quotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market Makern eingestellt werden.

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsmethoden beziehungsweise -modelle sowie über externe Pricing Services ermittelt, sofern die Bewertung dort ganz oder in Teilen über Spread-Kurven erfolgt (Level 2).

Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu unter üblichen Marktbedingungen am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z.B. Discounted-Cash-Flow-Methode), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt verfügbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden vor allem bei OTC-Derivaten und für auf inaktiven Märkten notierte Wertpapiere eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie Marktpreise und andere Marktnotierungen, beispielsweise Volatilität und Marktliquidität. Wenn es in Einzelfällen erforderlich ist, gegebenenfalls bei der Verwendung von Optionspreismodellen, Schätzungen vorzunehmen, wird dabei stets eine marktübliche Methode angewandt.

Für diese Level-2-Bewertungen werden diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden. Bei Discounted-Cash Flow-Methoden werden alle Zahlungen mit der um den Credit Spread des Kontrahenten adjustierten risikolosen Zinskurve diskontiert. Die Spreads werden auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (beispielsweise unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) ermittelt.

Für die im Bestand befindlichen CDS, die sämtlich dem alten CDS-Protokoll folgen, lagen zum Abschlussstichtag keine CDS-Spreadquotierungen vor, da CDS-Quotierungen seit Einführung des neuen CDS-Protokolls nur noch für CDS nach dem neuen Protokoll gestellt werden. Die Ermittlung der Fair Values dieser CDS erfolgte daher auf Basis der Spreadquotierungen für vergleichbare CDS nach dem neuen Protokoll. In Abhängigkeit von der Höhe der Spreadquotierungen vergleichbarer CDS wurden auch Wertpapierspreads von liquiden Anleihen der Referenzschuldner bei der Bewertung berücksichtigt. Hierdurch wird bei der Fair-Value-Ermittlung berücksichtigt, dass das Settlement gemäß dem CDS-Protokoll, dem die CDS des CDS-Portfolios der Bremer Landesbank folgen, im Fall eines Credit Events physisch erfolgt. Das heißt, der Sicherungsnehmer muss im Credit Event dem Sicherungsgeber eine gemäß CDS-Vertrag lieferbare Anleihe des Referenzschuldners zum Nennwert liefern. Die beiden Spreads (CDS-Markt-Spread nach neuem Protokoll und Bond-Markt-Spread) werden durch eine lineare Mischung zu einem geeigneten Bewertungsspread kombiniert.

Liegt der beobachtbare CDS-Markt-Spread unter einem Schwellwert von 75 Basispunkten, wird die Bewertung ausschließlich auf Grundlage des CDS-Markt-Spreads vorgenommen. Liegt der CDS-Markt-Spread dagegen über einem Wert von 450 Basispunkten, sodass die durch den CDS-Markt-Spread implizierte Wahrscheinlichkeit eines Credit Events vergleichsweise hoch ist, erfolgt die Bewertung ausschließlich auf Basis des beobachtbaren Bond-Markt-Spreads. Bei einem CDS-Markt-Spread zwischen 75 und 450 Basispunkten wird der jeweilige CDS-Kontrakt mittels einer Linearkombination des beobachtbaren CDS-Markt-Spreads und des beobachtbaren Bond-Markt-Spreads bewertet. Im letztgenannten Fall wird der auf diese Weise bewertete CDS-Kontrakt in der Fair-Value-Hierarchie jedoch bereits Level 3 zugeordnet.

Im Verlaufe des Jahres 2008 haben Teile der Geld- und Kapitalmärkte ihre Funktionsfähigkeit verloren, was in der Folge zur Verunsicherung der Marktteilnehmer, zur Illiquidität einiger Märkte und zu rückläufigen Investments in Sekundärmarktprodukte geführt hat. Dies hatte zur Konsequenz, dass am Markt für einige Finanzinstrumente keine umsatzfähige Preisbildung mehr stattfand, Quotierungen zum Teil Abwehrkonditionen darstellen und einige Umsätze zu Firesale-Konditionen getätigt werden. Für einige Finanzinstrumente bestehen diese Konditionen unverändert auch im Jahr 2010.

Für Finanzinstrumente, für die am 31. Dezember 2010 kein aktiver Markt vorliegt und bei denen zur Bewertung daher nicht auf Marktpreise zurückgegriffen werden kann, kommt seit dem Jahresabschluss 2008 ein Discounted-Cashflow-Verfahren zur Ermittlung der Fair Values zum Einsatz, in dem neben indikativen Marktdaten auch das Credit Rating der jeweiligen Referenzadresse berücksichtigt wird.

Die Feststellung, welches Finanzinstrument im Bremer Landesbank Konzern auf diese Weise zu bewerten ist, erfolgt auf Einzeltitelbasis und einer darauf aufbauenden Trennung in aktive und inaktive Märkte. Eine veränderte Einschätzung des Marktes wird kontinuierlich bei der Bewertung

herangezogen. Die Beurteilung der Frage, ob für die CDS-Kontrakte des Bremer Landesbank Konzerns ein aktiver Markt vorliegt, erfolgt im Wesentlichen anhand von drei Kriterien. Als Indikatoren für das Vorliegen eines inaktiven Marktes werden eine hohe Geld-Brief-Spanne zum Bewertungsstichtag, eine erhebliche Abweichung der Kursfeststellungen von verschiedenen Marktdatenanbietern sowie geringe Umsätze zum Bewertungsstichtag gesehen. Die Grenzwerte der jeweiligen Kriterien, aus denen sich die Trennung zwischen aktiven und inaktiven Märkten ergibt, resultieren aus den für aktive Märkte typischen Ausprägungen der jeweiligen Parameter.

Das Bewertungsmodell für Finanzinstrumente auf inaktiven Märkten basiert dabei auf laufzeit-spezifischen Zinssätzen, der Bonität des jeweiligen Emittenten sowie einer angemessenen Verzinsung des gebundenen Eigenkapitals. Als Parameter im Verfahren werden unter anderem auch die Ratings der jeweiligen Kontrahenten verwendet.

Da im Verfahren die von der Bremer Landesbank verwandten internen Ratings des Internal Ratings-Based Approach (auf internen Ratings basierender Ansatz) eingehen, sind die Finanzinstrumente dem Level 3 zuzuordnen.

Eine Zuordnung zum Level 3 erfolgt unabhängig davon, dass die internen Daten für die aufsichtsrechtliche Zulassungsprüfung mit Daten aus öffentlich verfügbaren Ratings kalibriert wurden, welche Grundlage von Preisentscheidungen von Marktteilnehmern sind. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für Finanzinstrumente, bei denen kein aktiver Markt mehr existiert und für deren Bewertung nicht mehr auf Marktpreise und nicht mehr vollständig auf beobachtbare Marktparameter zurückgegriffen werden kann, eine Fair-Value-Ermittlung nach dem sogenannten Level-3-Verfahren vorliegt.

Im Vergleich und in Abgrenzung zur Level-2-Bewertung werden bei dieser Methode sowohl institutsspezifische Modelle verwendet als auch Daten einbezogen, welche nicht am Markt beobachtbar sind. Der Anteil dieser Parameter ist möglichst gering gehalten und die Einbeziehung von marktspezifischen Daten wird bevorzugt, das heißt, Basissignale des Marktes, die am Bilanzstichtag zu beobachten sind, werden in die Methodik einbezogen.

Über das Level-3-Verfahren werden CDS-Papiere und Wertpapiere des Konzerns bewertet, bei denen der Markt als inaktiv eingestuft wurde. Darüber hinaus werden auch die übrigen mit auf einem internen Rating basierenden Ansatz bewerteten verzinslichen Wertpapiere dem Level 3 zugeordnet.

Für die Bewertung der als Level 3 eingestuften CDS-Kontrakte wird ein Bewertungsspread ermittelt, der sich aus dem beobachtbaren CDS-Markt-Spread und dem Credit Rating des Referenzschuldners ergibt. Der zum Credit Rating korrespondierende Credit Spread wird in Richtung des beobachtbaren CDS-Markt-Spreads angepasst, um die aktuelle Information über die Kreditqualität, die in der Höhe des CDS-Spreads enthalten ist, im Bewertungsverfahren zu verarbeiten.

Weitere Angaben zur Fair-Value-Hierarchie und den Fair Values von Finanzinstrumenten finden sich in Note (51).

Finanzanlagen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei sich der Fair Value aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt. Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse.

Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2010 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2011 und gegebenenfalls eine Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird in der Regel eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im NORD/LB-Konzern wird der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte setzen sich aus zwei Bestandteilen – einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives, z.B. Swaps, Futures, Caps) und einem Basisvertrag (Host Contract, z.B. Finanzinstrumente, Leasingverträge) – zusammen. Beide Bestandteile sind Gegenstand nur eines Vertrages über das strukturierte Produkt, das heißt, diese Produkte bilden eine rechtliche Einheit und können aufgrund der Vertragseinheit nicht getrennt voneinander gehandelt werden.

Nach IAS 39 ist ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständiges Derivat zu bilanzieren, sofern folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden
- Ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete derivative Finanzinstrument würde die Definition eines derivativen Finanzinstruments erfüllen
- Das strukturierte Produkt wird nicht erfolgswirksam zum Fair Value angesetzt (Kategorie AFV)

Im Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente – sofern nicht der Kategorie aFV zugeordnet – getrennt bewertet und ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrages folgt den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments, die des eingebetteten Derivats erfolgt als Teil der Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva ergebniswirksam zum Fair Value.

Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen)

Unter Hedge Accounting wird die buchhalterische und bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen verstanden. In diesem Rahmen werden Hedge-Beziehungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften gebildet. Ziel ist es, Schwankungen des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals zu vermeiden, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte resultieren.

Es werden drei Grundformen von Hedges unterschieden, die eine unterschiedliche Behandlung beim Hedge Accounting erfordern. Beim Fair Value Hedge Accounting werden (Teile von) Vermögenswerte(n) beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie feste Verpflichtungen gegen Wertänderungen des Fair Values abgesichert. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die zinstragenden Wertpapiere. Es werden sowohl Einzelgeschäfte und auch Portfolios mittels Fair Value Hedges abgesichert. Derzeit erfolgt ausschließlich eine Absicherung des Fair Value gegen das Zinsrisiko. Zur Absicherung dieses Risikos werden Zinsswaps verwendet.

Die beiden anderen Grundformen Cashflow Hedge Accounting und Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb werden im Konzern gegenwärtig nicht angewendet.

Sicherungsbeziehungen dürfen lediglich nach den Regeln des Hedge Accountings bilanziert werden, wenn die restriktiven Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt wurden. Die Anforderungen des Hedge Accountings, insbesondere der Nachweis der Hedge-Effektivität, müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein. Für die prospektive Durchführung von Effektivitätstests wird im Konzern die Marktdaten-Shift-Methode und die Regressionsmethode eingesetzt. Für retrospektive Effektivitätstests kommt die modifizierte Dollar-Offset-Methode zum Einsatz, die das bei geringen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft auftretende Problem der kleinen Zahl durch eine zusätzliche Toleranzgrenze berücksichtigt.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als positive beziehungsweise negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten bilanziert (Note (33) beziehungsweise Note (46). Positive beziehungsweise Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten). Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam erfasst (Note (22) Ergebnis aus Hedge Accounting). Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verpflichtung sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair-Value-Änderungen ebenfalls ergebniswirksam in der Position Ergebnis aus Hedge Accounting zu vereinnahmen.

Bei Anwendung des Hedge Accountings für Finanzinstrumente der Kategorie AfS ist der Teil der Wertänderung, der auf abgesicherte Risiken entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst, während der nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Teil in der Neubewertungsrücklage verbucht wird.

Bei der Absicherung von Zinsrisiken auf Portfoliobasis werden die Fair-Value-Änderungen von passivischen Grundgeschäften, bezogen auf das abgesicherte Risiko im Bilanzposten Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente auf der Passivseite ausgewiesen (Note (44)). Grundgeschäfte von AfS-Beständen auf der Aktivseite werden weiterhin zum Full Fair Value unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Aktivbestände, die nicht der Kategorie AfS zugeordnet sind, befinden sich derzeit nicht im Portfolio Fair Value Hedge.

Im Rahmen des Mikro Hedge Accounting werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente um die Veränderung des Fair Values, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen ist, im Bilanzansatz korrigiert (Hedge Adjustment).

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird beziehungsweise die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind; zu den Grundgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen vgl. Note (57).

Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Fall echter Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) führt eine Übertragung des in Pension gegebenen Wertpapiers zu keiner Ausbuchung, da das übertragende Unternehmen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehält. Der übertragene Vermögenswert ist somit weiterhin beim Pensionsgeber zu erfassen und gemäß der jeweiligen Kategorie zu bewerten. Die erhaltene Zahlung ist als finanzielle Verpflichtung zu passivieren (je nach Kontrahent unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden). Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen erfasst.

Reverse Repo-Geschäfte werden entsprechend als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst.

Die Grundsätze zur Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften gelten analog für die Wertpapierleihe. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen und gemäß IAS 39 bewertet, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden.

Gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bezüglich Umfang und Volumen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften verweisen wir auf Note (61).

Bilanzierung von „Day-one profits and losses“

Soweit für die Bewertungsmodelle nicht beobachtbare Marktdaten verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Nach dem erstmaligen Ansatz eines solchen Finanzinstruments (Folgebewertung) ist ein Gewinn oder Verlust nur insoweit zu erfassen, wie er durch die Änderung eines Faktors (einschließlich Zeit) entstanden ist, den Marktteilnehmer bei der Ermittlung eines Preises (Fair Value) berücksichtigen würden (IAS 39.AG76A).

(8) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ab. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzerneinheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikomerkmale Portfoliowertberichtigungen, deren Höhe auf Portfoliobasis – basierend auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten – ermittelt wird, gebildet. Bei der Gruppenbildung wurde die Branche als Sortier- und Ausweiskriterium ausgewählt. Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt auf Einzelgeschäftsebene. Basis der Berechnung der spezifischen Wertberichtigungshöhen auf Portfolioebene sind die Ratingnoten beziehungsweise die hiermit zusammenhängenden Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default) und Verlusthöhen im Schadensfall (Loss Given Default). Als Maß für die Berechnung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den sogenannten Expected loss aus den Basel-II-Anforderungen zurückgegriffen. Zusätzlich kommt die Loss Identification Period (LIP) zur Anwendung. Diese stellt die Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ausfallereignisses und dessen Identifikation beziehungsweise Bekanntwerden dar.

In Anbetracht der gegenwärtigen Marktsituation wird für das Schiffsportfolio für die Ermittlung der PoWB auf Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten zurückgegriffen, die sich im Rahmen des Schiffe-Stresstests ergeben. Dabei wurde im Rahmen eines Stresstests der Ratinganwendung „Schiffsfinanzierungen“ ein Stress simuliert. Unter Berücksichtigung dieser verschärften Rahmenbedingungen wurde das Incurred Loss Potential im Schiffsfinanzierungsportfolio durch eine zusätzliche Portfoliowertberichtigung für die Segmente Container- und Bulk-schiffahrt sowie Multipurpose abgedeckt.

In die portfoliobasierte Betrachtung gehen sämtliche nicht einzeln wertgeminderte Forderungen ein.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen beziehungsweise sonstigen Verpflichtungen termingerecht erfüllt werden können. Derartige Kriterien umfassen unter anderem den Ausfall oder den Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mindestens 90 Tagen und erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners.

Die Risikovorsorge betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Die Höhe der Wertberichtigungen bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert des erwarteten zukünftigen Cashflows. Für Finanzinstrumente der Kategorie aFV inklusive der Kategorie HfT wird kein gesondertes Impairment gebildet, da diese erfolgswirksam zum Fair Value bewertet sind und Wertminderungen somit im Periodenergebnis erfasst werden.

Die Risikovorsorge als separater Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung umfasst außerdem Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der Bildung beziehungsweise Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft, die beispielsweise für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) gebildet wurden.

Gekündigte Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigung bestand, werden nach Verwertung der bestehenden Sicherheiten direkt abgeschrieben. Grundsätzlich erfolgt eine Direktab-schreibung bei ausfallgefährdeten Forderungen bis 10 T€. Eingänge auf abgeschriebene Forde-rungen werden erfolgswirksam erfasst. Eine Ausbuchung einer Forderung hat grundsätzlich immer dann zu erfolgen, wenn deren Ausfall unter ökonomischen Gesichtspunkten feststeht. Die vorherige Kündigung ist dafür keine zwingende Voraussetzung.

Bei Forderungen, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, wird nach Verwertung der Sicherheiten ein verbleibender Restsaldo gegen die bestehenden Risikovorsorgen gebucht (verbraucht).

Für noch nicht eingetretene Verluste wird keine Risikovorsorge gebildet.

(9) Sachanlagen

Sachanlagen werden im Zugangszeitpunkt mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Abnutzbares Sachanlagevermögen wird im Rahmen der Folgebewertung abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bilanziert. Dabei spiegelt die zugrunde gelegte Abschreibungsmethode den Nutzenverschleiß wider. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung werden Zuschreibungen (Wertaufholung) bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Für das vorliegende Berichtsjahr wurden keine Wertaufholungen vorgenommen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke und Gebäude	25 bis 50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15

Für Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, wurde vor dem 1.1.2009 von dem Wahlrecht der sofort aufwandswirksamen Erfassung Gebrauch gemacht. Ab dem 1.1.2009 erfolgt eine Aktivierung der Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 (revised 2007). Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden sofort von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

(10) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 sind Leasingverträge zu Beginn des Leasingverhältnisses in Finance Lease und Operating Lease zu klassifizieren. Erfolgt eine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Finance Lease einzustufen; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasingnehmer. Erfolgt keine Übertragung wesentlicher mit dem Eigentum verbundener Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Operating Lease zu klassifizieren; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasinggeber.

Finance Lease

Die Bremer Landesbank als Leasinggeber bilanziert zu Beginn der Laufzeit des Leasingvertrags eine Forderung in Höhe der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers aus dem Leasingverhältnis. Die Forderung wird zum Nettoinvestitionswert erfasst (Differenz aus Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis und dem noch nicht realisierten Finanzertrag) und unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden ausgewiesen. Eventuelle Nebenkosten werden über die Vertragslaufzeit verteilt.

Die Leasingraten im Rahmen des Finance Lease werden in einen Tilgungs- und Zinsanteil aufgespalten. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral von den Forderungen (Leasinggeber) beziehungsweise Verpflichtungen (Leasingnehmer) abgesetzt. Der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsertrag (Leasinggeber) beziehungsweise Zinsaufwand (Leasingnehmer) vereinnahmt.

Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasinggeber haben eine geringe Bedeutung. Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasingnehmer bestehen nicht.

Operating Lease

Beim Operating Lease erfasst der Konzern Bremer Landesbank die geleisteten Leasingraten als Aufwand unter den anderen Verwaltungsaufwendungen. Die anfänglichen direkten Kosten (wie z.B. Gutachterkosten) werden sofort ergebniswirksam erfasst.

Verträge der Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung. Verträge als Operating-Leasinggeber bestehen nicht.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind Grundstücke und Gebäude/-teile, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Für Immobilien mit einer wesentlichen Fremdnutzung von mehr als 20% der Grundmietfläche wird untersucht, ob der fremdgenutzte Teil separiert werden kann. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Bilanzierung der gesamten Immobilie unter den Sachanlagen.

Gemäß dem Anschaffungskostenmodell werden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im Zugangszeitpunkt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet; Transaktionskosten werden in die erstmalige Bewertung einbezogen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswertes führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswertes erhöhen.

Fremdkapitalkosten werden gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden direkt von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

Im Rahmen der Folgebewertung von Investment Properties werden planmäßige, lineare Abschreibungen berücksichtigt. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen/-aufholungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	25 bis 50

Zur Bestimmung des Fair Values der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird das Ertragswertverfahren verwendet. Des Weiteren wird die Bestimmung des Fair Values durch Marktdaten unterlegt. Die Bewertung erfolgt durch einen bankinternen Gutachter.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögenswerte wird vor allem erworbene Software bilanziert. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer berücksichtigt. Wertminderungen werden bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Wertaufholungen werden bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen vorgenommen, jedoch nicht über die Grenze der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Fremdkapitalkosten werden gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer werden im Verwaltungsaufwand linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	3 bis 5

Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen nicht vor.

(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung des Konzerns Bremer Landesbank basiert auf dem System der leistungsorientierten Zusagen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwerben Anwartschaften auf Versorgungsansprüche, bei denen die Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Alter, Betriebszugehörigkeit sowie eines prognostizierten Rententrends abhängt (Defined Benefit Plan). Für dieses Versorgungssystem werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für leistungsorientierte Pläne angewandt.

Daneben werden unter den Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen (5 Mio. €; Vorjahr: 4 Mio. €) ausgewiesen. Diese Rückstellung wird unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Beihilfeaufwandes der letzten Jahre und unter der Annahme eines dynamischen Kostenentwicklungstrends ermittelt. Eine Veränderung des Kostentrends um +1% wirkt sich mit 1 Mio. € auf die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen aus; die Effekte auf den Dienstzeit- und Zinsaufwand sind dagegen nur unwesentlich.

Zur Erfüllung der Anwartschaften aus den leistungsorientierten Plänen wurde bereits im Jahr 2005 ein Teil der Deckungsmittel an die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen (Unterstützungseinrichtung), übertragen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wird bei der Bildung der Pensionsrückstellungen abgezogen.

Die erfolgswirksamen Bestandteile der Pensionsrückstellung bestehen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost) und den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung. Dabei mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen die Pensionsaufwendungen. Darüber hinaus ist gegebenenfalls ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam zu berücksichtigen. Zinsaufwendungen und erwartete Erträge aus Planvermögen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Der Dienstzeitaufwand und ein gegebenenfalls nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Der Konzern Bremer Landesbank erfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital, sodass keine Minderung oder Erhöhung der Pensionsaufwendungen durch die Tilgung noch nicht erfolgswirksam gebuchter versicherungsmathematischer Gewinne beziehungsweise Verluste erfolgt.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden zum Bilanzstichtag von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Für die Berechnung werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industrielanleihen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt.

Bewertungsprämissen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungszins	5,25%	5,5%
Erwartete langfristige Verzinsung des Planvermögens	3,6%	3,7%
Gehaltstrend		
Pensionsverpflichtungen	2,4%	2,4%
Beihilfe	4,5%	4,5%
Rententrend		
Pensionsverpflichtungen (abhängig von der Versorgungsordnung)	1,0–3,5%	1,0–3,5%
Beihilfe	4,5%	4,5%

Die Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G.

(14) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 und IAS 19 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Die Bewertung von Rückstellungen bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung. Diese beruht auf der Einschätzung des Managements unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten und gegebenenfalls Gutachten oder Stellungnahmen von Sachverständigen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten in Betracht gezogen. Künftige Ereignisse werden nur berücksichtigt, wenn hinreichende objektive Hinweise für deren Eintritt bestehen. Rückstellungen werden abgezinst.

Ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich oder kann die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden, wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

(15) Ertragsteuern

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die geleistete Zahlung an beziehungsweise die Erstattung von der jeweiligen Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert eines Vermögenswertes oder einer Schuld in der Bilanz und dem korrespondierenden Steuerwert. Dabei führen die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen aufgrund der temporären Differenzen voraussichtlich in zukünftigen Perioden zu Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Sie wurden anhand der Steuersätze bewertet, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Verpflichtung erfüllt wird, zu erwarten sind. Dabei werden unternehmensindividuelle Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder beschlossen sind.

Ein latenter Steueranspruch für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und noch nicht genutzter Steuergutschriften wird nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen werden, gegen die noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften verwendet werden können.

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Saldierung gegeben sind. Abzinsungen erfolgen nicht. In Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts werden die latenten Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen entweder erfolgswirksam oder erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

In der Bilanz sind die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen gesondert ausgewiesen. In den Erläuterungen erfolgt eine Aufteilung in die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist der Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag in der Position „Ertragsteuern“ ausgewiesen. Die Aufteilung in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres ist den Erläuterungen zu entnehmen. Bilanzuell sind die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen als Aktiv- beziehungsweise Passivposten dargestellt, wobei der Buchwert eines latenten Steueranspruchs zu jedem Bilanzstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft wird.

(16) Nachrangkapital

Der Posten Nachrangkapital setzt sich aus verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten sowie Einlagen stiller Gesellschafter zusammen. Die Einlagen stiller Gesellschafter sind nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund der vertraglichen Kündigungsregelungen als Fremdkapital zu klassifizieren; nach HGB stellen sämtliche stillen Einlagen Eigenkapital dar. Aufsichtsrechtlich im Sinne des KWG sind diese als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden dem entsprechenden Posten innerhalb des Nachrangkapitals direkt zugeordnet.

Segmentberichterstattung

(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

31.12.2010 (in Mio. €)	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sonsti- gen Seg- mente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	58	171	28	58	-20	3	298
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-11	-43	-4	-2	0	1	-59
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	47	128	24	56	-20	4	239
Provisionsüberschuss	11	20	8	4	0	-2	41
Ergebnis aus erfolgswirk- sam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	2	7	1	-123	-1	21	-93
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	4	4
Ergebnis aus Finanz- anlagen	2	0	0	14	-10	2	8
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	6	6
Summe Erträge	62	155	33	-49	-31	35	205
Verwaltungsaufwand	26	26	27	17	49	17	162
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	-5	22	17
Ergebnis vor Steuern	36	129	6	-66	-85	40	60
Segmentvermögen	3.966	13.001	1.802	13.999	1.680	353	34.801
Segmentverbindlichkeiten	2.002	4.219	1.251	14.893	38	11.411	33.814
CIR ¹⁾	36%	13%	73%	-28%	-	-	59%
RaRoC ²⁾ ROE ³⁾	20%	14%	7%	-44%	-	-	6%

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

²⁾ Ergebnis vor Steuern/Gebundenes Kernkapital.

³⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung / Gebundenes Kernkapital.

31.12.2009 (in Mio. €)	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sonsti- gen Seg- mente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	57	143	30	37	15	-20	262
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-13	-106	-7	-9	0	-9	-144
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	44	37	23	28	15	-29	118
Provisionsüberschuss	9	19	8	5	1	-4	38
Ergebnis aus erfolgswirk- sam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	2	6	1	91	-27	-1	72
Ergebnis aus Hedge- Accounting	0	0	0	0	0	8	8
Ergebnis aus Finanzanla- gen	0	0	0	8	3	-26	-15
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	4	4
Summe Erträge	55	62	32	132	-8	-48	225
Verwaltungsaufwand	25	24	27	17	40	9	142
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	0	6	6
Ergebnis vor Steuern	30	38	5	115	-48	-51	89
Segmentvermögen	3.963	11.347	1.929	14.350	1.974	218	33.781
Segmentverbindlichkeiten	1.552	3.764	1.298	14.790	27	11.387	32.818
CIR ¹⁾	37%	15%	70%	13%	-	-	36%
RaRoC ²⁾ ROE ³⁾	17%	5%	5%	54%	-	-	10%

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

²⁾ Ergebnis vor Steuern/Gebundenes Kernkapital.

³⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung/Gebundenes Kernkapital.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden. Im BLB-Konzern übt die Funktion des „Chief Operating Decision Maker“ der Vorstand aus.

Die Segmentberichterstattung folgt der in den Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Geschäftsfelder des Konzerns und erfolgt in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell der Bank. Die Segmente werden dabei als Kunden- oder Produktgruppen definiert, die sich an den Organisationsstrukturen des Konzerns orientieren. Mit Blick auf die überwiegend regionale Geschäftstätigkeit der Bank kommen Abgrenzungsmerkmale für eine geografische Segmentierung nicht in Betracht.

Im Segmentbericht werden neben den Zahlen der Ergebnisrechnung die zuzuordnenden Segmentvermögen und -verbindlichkeiten sowie die Kennzahlen Cost-Income-Ratio (Verhältnis aus Verwaltungsaufwand und der Summe der Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen) und Risk adjusted Return on Capital/Return on Equity dargestellt (Verhältnis aus Ergebnis vor Steuern und dem gebundenen Kernkapital).

Die Neubewertungsrücklage ist im Ergebnis aus Finanzanlagen der einzelnen Segmente enthalten. Ergänzend wurde die Überleitung gesondert dargestellt, in der eine Neutralisierung stattfindet.

Die Anzahl der Segmente im Konzern ist gleich geblieben. Folgende Segmente werden in der Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern betrachtet.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2010 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertragserwartungen an das Geschäftsfeld übertroffen werden. Während das erste Quartal noch merklich durch die vorhergehende Wirtschaftskrise geprägt war, verstärkten sich im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturelle Erholungstendenzen. Durch die zunehmende Umsatztätigkeit der Kunden war in der zweiten Jahreshälfte ein erfreulicher Anstieg der Inanspruchnahmen von Betriebsmittelkrediten zu verzeichnen. Die Investitionstätigkeit in der Region verlief über weite Strecken des Jahres verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenen Kreditvolumens lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Parallel führte der Anstieg des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zu Ergebnisverbesserungen im Auslandsgeschäft. Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenterminhandel mit Agrarrohstoffen; hier soll durch die Einführung einer elektronischen Handelsplattform in 2011 die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt werden.

Für 2011 wird eine weitere positive Entwicklung der Ertragslage erwartet. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Konjunkturprognosen tatsächlich eintreten und zu weiter steigender Kreditnachfrage führen. Eine gesunde Risikostruktur versetzt das Geschäftsfeld auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Die Bank sieht darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2010 weiterhin positiv entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden. Insbesondere die erneuerbaren Energien konnten Marktchancen nutzen und über Plan wachsen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Gleichmaßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht mittelfristig von einer gemäßigten, aber spürbaren Markterholung aus, die sich positiv auf die Charterraten und Schiffswerte auswirken wird. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften verzeichnete die Bremer Landesbank trotz dämpfender Konjunkturentwicklung Marktanteilszuwächse, sodass die Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften 2010 nachhaltig gestärkt und die Ertragssituation weiter ausgebaut werden konnte. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzzentrumfunktion innerhalb des NORD/LB-Konzerns in diesem Teilssegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenterfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der erneuerbaren Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 2008 wider. Windkraft, Biogas und Photovoltaik können als Kernsegmente weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking. Neben den verantwortlichen Vertriebseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset- und Portfoliomanagement und Finanzierungsmanagement.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch das finanzplanerische Vermögenskonzept unterstützt. Die Bank konnte im Jahr 2010 insgesamt ihre Spitzenposition im Private Banking weiter ausbauen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist der im Asset- und Portfoliomanagement konzipierte SIP®-Investmentprozess, der insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen kommt.

Das Finanzierungsgeschäft profitierte 2010 von einer gegenüber dem Vorjahr 2009 verbesserten Refinanzierungssituation, so dass das Neugeschäft sowohl im Standard- als auch Individualfinanzierungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden konnte.

Insgesamt konnte das Geschäftsfeld unter schwierigen Rahmenbedingungen die Ertragsplanung erfüllen.

Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Diese nachhaltige Kundenorientierung hat zu einer Fortsetzung des stetigen Netto-Kundenwachstums geführt. Der Kundenbestand an den beiden Standorten Bremen und Oldenburg konnte abermals deutlich ausgebaut werden. Zu diesem Wachstum hat auch das „Unternehmerbanking“ beigetragen. In enger Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Geschäftsfeldern Spezialfinanzierungen und Firmenkunden konnte die Geschäftsverbindung unserer Kunden zur Bremer Landesbank weiter intensiviert werden.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind schwer abschätzbar. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden auch in 2011 deutlich spürbar bleiben. Die Privatkunden sind durch die anhaltend schlechten Nachrichten über die Euro-Krise und die Staatsverschuldung stark verunsichert und in ihrem Investitionsverhalten weiter sehr risikoavers. Zudem werden neue regulatorische Anforderungen, beispielsweise im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes, zu weiteren Belastungen führen.

Das Augenmerk gilt dem Ausbau des Marktanteils im Private Banking und der weiteren qualitativen Verbesserung der Beratungsprozesse. Die mittelfristige Geschäftsentwicklung wird dabei vom Kundenverhalten, dem sich verändernden Wettbewerbsumfeld und der Entwicklung an den Zins- und Kapitalmärkten wesentlich beeinflusst werden.

Als erster Ansprechpartner für die private Seite des Unternehmers unterstützt das Geschäftsfeld Privatkunden die Bank bei der Positionierung als Unternehmerbank.

Damit wird der Anspruch als regionaler Marktführer für anspruchsvolle Privatkunden in einem weiterhin wachstumsstarken Markt im Nordwesten untermauert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit.

Hinzu kommen das unter Verbundgesichtspunkten mit den Sparkassen der Region getätigte Refinanzierungsgeschäft sowie die konsortial eingegangenen Kreditfinanzierungen für Sparkassenkunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund liegt in der Refinanzierung der öffentlichen Hand.

Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls durch das Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Detailinformationen hierzu sind im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen des Konzernlageberichts enthalten.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Das langfristige Kreditvolumen für die 14 verbundenen Sparkassen lag bei weiterhin geringerer Refinanzierungsnachfrage in etwa auf Vorjahreshöhe. Das Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde im Geschäftsjahr 2010 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es wiederum gelungen, das Ergebnisniveau zu stabilisieren.

Die Forderungen an Gebietskörperschaften und übrige kommunale Kunden liegen knapp unter Vorjahreshöhe. Im Kommunalkundengeschäft bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei der Umsetzung der DSGVO-Initiative „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ den Kern der Vertriebsaktivitäten.

Das Ergebnis des Geschäftsfeldes wird wesentlich durch Bewertungseffekte beeinflusst.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Die Säule „Alle sonstigen Segmente“ beinhaltet die Ergebnisse sämtlicher Stabsbereiche der strategischen Maßnahmen, die Maßnahmen im Vorstandsportfolio abbilden, sowie die Konsolidierung der Töchter. In der Überleitung werden die Überleitungspositionen vom internen Rechnungswesen zu den Konzerngesamtzahlen der GuV gezeigt.

Der Zinsüberschuss der einzelnen Segmente wurde nach der Marktzinsmethode ermittelt. Einbezogen sind die Zinserfolge aus dem Aktiv- und Passivgeschäft. Der Zinsüberschuss des Konzerns errechnet sich aus den tatsächlichen Zinserträgen abzüglich Zinsaufwendungen. Bei dem im Überleitungssegment ausgewiesenen Wert handelt es sich um eine Restgröße.

Der Provisionsüberschuss ist auf die Geschäftsfelder verteilt. Die Differenz zum Konzernergebnis ergibt sich neben methodischer Abweichung bei der Behandlung von Provisionen für LBS-Bürgschaften aus der unterschiedlichen Zuordnung von Wertpapierprovisionen und Auslandsprovisionen.

Das Überleitungsergebnis der Position Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten entstand im Berichtsjahr aus verschiedenen gegenläufigen Positionen, insbesondere Zahlungen und Bewertungsergebnis aus Derivaten.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting wird keinem Geschäftsfeld zugerechnet und in der Überleitung gezeigt.

Die Überleitung zum Konzernergebnis in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus der Neutralisierung der Neubewertungsrücklage.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen wird nicht den Segmenten zugeordnet und in der Überleitung gezeigt.

Die Verwaltungsaufwendungen in den Geschäftsfeldern beinhalten deren originäre Personal- und Sachkosten sowie auf Basis der Kosten- und Leistungsverrechnung zugeordnete Aufwendungen. Die Abweichung zum Konzernergebnis resultiert aus sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, die nicht den Segmenten zugeordnet werden.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird nicht den einzelnen Segmenten zugeordnet.

Der Unterschied zwischen den addierten Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten und dem Konzernvermögen/-verbindlichkeiten resultiert zum überwiegenden Teil aus der Durchschnittsbetrachtung bei den Geschäftsfeldern und der Stichtagsbetrachtung beim Konzern. Refinanzierungsmittel werden nicht bei den Geschäftsfeldern abgebildet und fließen bei den Segmentverbindlichkeiten in der Überleitung ein.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Zinsüberschuss

Die Positionen Zinserträge und -aufwendungen enthalten neben den erhaltenen Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Aufgrund der nach IAS 32 unter bestimmten Voraussetzungen zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge			
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	976	1.014	-4
Zinserträge aus Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	118	190	-38
Zinserträge aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivaten	1.001	1.212	-17
Zinserträge aus der Fair-Value-Option	1	4	-75
Laufende Erträge			
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	1	
aus Beteiligungen	3	6	-50
Zinserträge aus sonstiger Amortisierung			
aus Ausgleichsposten Portfolio Fair- Value Hedge	6	0	-
aus Hedge-Accounting-Derivaten	21	5	>100
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	-
Summe Zinserträge	2.127	2.433	-13
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	590	636	-7
Zinsaufwendungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	230	292	-21
Zinsaufwendungen aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Zinsaufwendungen aus Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivaten	910	1.157	-21
Zinsaufwendungen aus der Fair-Value-Option	-	0	-
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	49	55	-11
Zinsaufwendungen aus sonstiger Amortisierung			
Zinsaufwendungen aus Ausgleichsposten Portfolio Fair-Value-Hedge	5	0	-
Zinsaufwendungen aus Hedge-Accounting-Derivaten	29	15	93
Zinsaufwendungen für Rückstellungen und Verbindlichkeiten	16	16	-
Summe Zinsaufwendungen	1.829	2.171	-16
Gesamt	298	262	14

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus dem Barwerteffekt der wertgeminderten Vermögenswerte (sog. Unwinding) in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) enthalten.

Der gesamte Zinsertrag für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 1.104 Mio. € (Vorjahr: 1.212 Mio. €). Der gesamte Zinsaufwand für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 890 Mio. € (Vorjahr: 999 Mio. €).

(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	45	8	>100
Auflösung von portfoliobasierten Wertberichtigungen auf Forderungen	17	–	–
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	7	4	75
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	2	–
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	71	14	>100
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	119	94	27
Zuführung zu portfoliobasierten Wertberichtigungen	–	55	–100
Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	9	7	29
Direkte Forderungsabschreibungen	2	2	–
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	130	158	–18
Gesamt	–59	–144	–59

(20) Provisionsüberschuss

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Provisionserträge			
Provisionserträge aus dem Bankgeschäft			
Kredit- und Avalgeschäft	12	15	-20
Wertpapier- und Depotgeschäft	8	7	14
Kontoführung und Zahlungsverkehr	10	9	11
Treuhandgeschäft	21	14	50
Vermittlungsgeschäft	2	1	100
Sonstige bankübliche Provisionserträge	16	12	33
Provisionserträge aus dem Nicht-Bankgeschäft			
Immobilien-geschäft	1	1	-
Summe Provisionserträge	70	59	19
Provisionsaufwendungen			
Provisionsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			
Wertpapier- und Depotgeschäft	2	2	-
Treuhandgeschäft	21	14	50
Vermittlungsgeschäft	1	1	-
Kontoführung und Zahlungsverkehr	1	1	-
Kredit- und Avalgeschäft	3	3	-
Sonstige bankübliche Provisionsaufwendungen	1	-	-
Summe Provisionsaufwendungen	29	21	38
Gesamt	41	38	8

(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsergebnis			
Realisiertes Ergebnis			
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	1	2	-50
Ergebnis aus Derivaten	-6	14	-
Summe Realisiertes Ergebnis	-5	16	-
Bewertungsergebnis			
Ergebnis aus Derivaten	-107	33	-
Summe Bewertungsergebnis	-107	33	-
Devisenergebnis	12	14	-14
Sonstiges Ergebnis	7	7	-
Summe Handelsergebnis	-93	70	-
Ergebnis aus der Fair-Value-Option			
Bewertungsergebnis			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	2	-100
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	-
Summe Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option)	0	2	-100
Gesamt	-93	72	-

Das realisierte Ergebnis stellt das Ergebnis der im Berichtsjahr ausgelaufenen beziehungsweise vorzeitig beendeten Finanzinstrumente dar, während sich das Bewertungsergebnis auf die zum Stichtag bestehenden Finanzinstrumente bezieht.

Das Devisenergebnis beinhaltet alle Devisenerfolge, die sich aus der Realisation durch Abgänge und der Bewertung aller bestehenden Fremdwährungspositionen der Bank im aktuellen Berichtsjahr ergeben haben. Das Ergebnis der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten wird ebenfalls im Devisenergebnis ausgewiesen. Es beläuft sich per 31.12.2010 auf 123 Mio. € (Vorjahr: -161 Mio. €).

Das sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Prämienzahlungen aus den Credit Default Swaps.

(22) Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Hedge Accounting enthält die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften			
der Haltekatgorie Available for Sale (AFS)	13	16	-19
der Haltekatgorie Other Liabilities	-71	-48	48
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	58	40	45
Summe Mikro Fair Value Hedges	0	8	-100
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften			
der Haltekatgorie Available for Sale (AFS)	5	-	-
der Haltekatgorie Other Liabilities	-28	-	-
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	27	-	-
Summe Portfolio Fair Value Hedge	4	-	-
Gesamt	4	8	-50

(23) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands (Available-for-Sale-Wertpapiere), Beteiligungen und assoziierten Unternehmen, die nicht at Equity bilanziert werden, und Anteilen an Tochtergesellschaften, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale setzt sich wie folgt zusammen:

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ergebnis aus dem Abgang von			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8	5	60
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-9	-100
Wertminderungsergebnis von Schuldverschreibungen	-	-11	-100
Summe Ergebnis aus Abgängen	8	-15	>100
Ergebnis aus Anteilen an Unternehmen	0	0	0
Gesamt	8	-15	>100

Zuvor erfolgsneutral erfasste Bewertungsgewinne in Höhe von 7 Mio. € sind aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert worden (Vorjahr: Bewertungsverluste von 3 Mio. €).

(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ist das Ergebnis von assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst.

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anteile an assoziierten Unternehmen			
Erträge	6	6	0
Aufwendungen	–	2	–100
Gesamt	6	4	50

(25) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand (andere Verwaltungsaufwendungen) und Abschreibungen sowie Wertminderungen (Impairments) auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) und immaterielle Vermögenswerte.

Im Einzelnen gliedern sich die Aufwendungen wie folgt:

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	75	66	14
Soziale Abgaben	12	10	20
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon Dienstzeitaufwand 4 Mio. €; im Vorjahr: 4 Mio. €)	5	5	–
Summe Personalaufwand	92	81	14
Andere Verwaltungsaufwendungen			
EDV- und Kommunikationskosten	36	29	24
Raum- und Gebäudekosten	7	7	–
Aufwand für Marketing, Kommunikation und Repräsentation	6	6	–
Personenbezogener Sachaufwand	3	3	–
Rechts-, Prüfungs-, Gutachter- und Beratungskosten	7	6	17
Umlagen und Beiträge	4	2	100
Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	–
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	1	2	–50
Summe Andere Verwaltungsaufwendungen	65	56	16
Abschreibungen			
Sachanlagen	3	3	–
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	–
Investment Properties	1	1	–
Summe Abschreibungen	5	5	–
Wertminderungen			
Sachanlagen	–	–	–
Gesamt	162	142	14

(26) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Sonstige betriebliche Erträge			
aus Miet- und Pachteinnahmen	7	7	–
aus Kostenerstattungen	1	1	–
aus Abgängen von Vermögensgegenständen	7	–	–
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	–	1	–100
sonstige Erträge	6	6	–
Summe Sonstige betriebliche Erträge	21	15	40
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
aus Miet- und Pacht aufwendungen	1	1	–
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	3	3	–
sonstige Aufwendungen	0	5	–100
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	4	9	–56
Gesamt	17	6	>100

Die sonstigen Erträge entfallen auf Zuschreibungen von Teilforderungen insolventer isländischer Banken in Höhe von 4 Mio. € sowie auf Erträge in Höhe von 2 Mio. € aus der Auflösung von Rückstellungen.

(27) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	40	38	5
Latente Steuern	–27	–14	93
Gesamter Ertragsteueraufwand	13	24	–46

Die nachfolgende steuerliche Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem IFRS-Ergebnis vor Steuern und dem ausgewiesenen Ertragsteueraufwand.

	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
IFRS-Ergebnis vor Steuern	60	89	-33
Erwarteter Ertragsteueraufwand	19	28	-32
Überleitungseffekte			
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-1	-1	-
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-4	-1	>100
Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers	0	2	-100
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	0	2	-100
Auswirkungen steuerfreier Erträge	-1	-5	-80
Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur	-1	1	>100
Sonstige Auswirkungen	1	-2	>100
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	13	24	-46

Der erwartete Ertragsteueraufwand in der steuerlichen Überleitungsrechnung errechnet sich aus dem in Deutschland im Jahr 2010 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15% zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von ca. 15,6%. Daraus ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,5% (Vorjahr: 31,5%), mit dem die Bewertung der latenten Steuern zum Bilanzstichtag erfolgt.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

(28) Barreserve

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Kassenbestand	4	4	0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	70	141	-50
Gesamt	74	145	-49

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 70 Mio. € (Vorjahr: 141 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen.

(29) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	1.261	506	>100
Ausländische Kreditinstitute	196	28	>100
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	1.457	534	>100
Andere Forderungen			
Inländische Kreditinstitute			-
Täglich fällig	47	71	-34
Befristet	3.661	3.775	-3
Ausländische Kreditinstitute			-
Täglich fällig	35	53	-34
Befristet	313	347	-10
Summe Andere Forderungen	4.056	4.246	-4
Gesamt	5.513	4.780	15

Von den Forderungen an inländische Kreditinstitute entfallen 3.451 Mio. € (Vorjahr: 3.457 Mio. €) auf Forderungen an Verbundsparkassen. Vom Gesamtbestand entfallen 3.240 Mio. € (Vorjahr: 3.276 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(30) Forderungen an Kunden

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	125	111	13
Ausländische Kunden	4	7	-43
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	129	118	9
Andere Forderungen			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	798	669	19
Befristet	18.811	17.998	5
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	65	54	20
Befristet	2.257	2.149	5
Summe Andere Forderungen	21.931	20.870	5
Gesamt	22.060	20.988	5

Vom Gesamtbestand entfallen 15.499 Mio. € (Vorjahr: 17.318 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(31) Risikovorsorge

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute			
Inländische Kreditinstitute	5	6	-17
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	1	1	-
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute	6	7	-14
Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden			
Inländische Kunden	232	157	48
Ausländische Kunden	-	3	-100
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	68	103	-34
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden	300	263	14
Gesamt	306	270	13

Die auf die Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden entfallende Risikovor-
sorge und die Rückstellungen im Kreditgeschäft haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen		Summe		Rückstellungen im Kreditgeschäft	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kreditinstitute								
1.1.	6	7	1	-	7	7	-	-
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	-	-	-	1	-	1	-	-
Auflösungen	-	-	-	-	-	0	-	-
Unwinding	-1	-1	-	-	-1	-1	-	-
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-	-
31.12.	5	6	1	1	6	7	-	-
Forderungen an Kunden								
1.1.	161	90	102	52	263	142	25	22
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	119	93	-	54	119	147	9	7
Auflösungen	-45	-8	-17	-	-62	-8	-7	-4
Unwinding	-8	-5	-	-	-8	-5	-	-
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	-13	-13	-	-	-13	-13	-	-
Umbuchungen	18	4	-17	-4	1	-	-1	-
31.12.	232	161	68	102	300	263	26	25
Gesamt	237	167	69	103	306	270	26	25

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschluss-
Stichtag auf 36 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 658 Mio. €
(Vorjahr: 353 Mio. €) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31.12.2010
auf 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in
Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen
2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Das maximale Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte nach IFRS 7.36 (a) entspricht dem
Buchwert der Instrumente.

Die Qualität der Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen hat sich wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe in Mio. €	sehr gut bis gut		gut/zufrieden-stellend		noch gut/befriedigend		erhöhtes Risiko		hohes Risiko		sehr hohes Risiko		ohne Zuordnung	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Kredite und Forderungen (LaR)														
Forderungen an Kreditinstitute	5.487	4.754	–	–	–	–	–	–	–	–	26	26	–	–
Forderungen an Kunden	12.745	12.688	3.094	3.267	2.798	2.458	930	816	806	405	1.042	809	645	545
Finanzanlagen	14	22	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)														
Finanzanlagen	5.578	6.271	58	139	–	–	38	–	–	–	–	–	–	8
Summe	23.824	23.735	3.152	3.406	2.798	2.458	968	816	806	405	1.068	835	645	553

Die überfälligen Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe in Mio. €	weder überfällig noch wertgemindert		Überfällig, aber nicht wertgemindert								
			kleiner 3 Monate		3 bis 6 Monate		6 bis 12 Monate		größer 12 Monate		
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	
Kredite und Forderungen (LaR)											
Forderungen an Kreditinstitute	5.487	4.754	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	20.780	19.679	591	798	6	64	11	93	14	1	
Finanzanlagen	14	22	–	–	–	–	–	–	–	–	
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)											
Finanzanlagen	5.674	6.418	–	–	–	–	–	–	–	–	
Summe	31.955	24.455	591	798	6	64	11	93	14	1	

Zur Veräußerung verfügbare Finanzanlagen waren im Berichtsjahr nicht wertberichtigt (Vorjahr: 100 Mio. €).

Die wertberichtigten Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Buchwerte		Wertberichtigungen	
	2010	2009	2010	2009
Kredite und Forderungen (LaR)				
Forderungen an Kreditinstitute	26	26	6	7
Forderungen an Kunden	658	353	300	263
Finanzanlagen	–	–	–	–
Summe	684	379	306	270

(32) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten. Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Namenspapiere sowie derivativen Finanzinstrumenten, die nicht im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden.

Von den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 88 Mio. € (Vorjahr: 154 Mio. €) börsenfähig und 83 Mio. € (Vorjahr: 144 Mio. €) börsennotiert.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsaktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Geldmarktpapiere			
von öffentlichen Emittenten	–	10	–100
von anderen Emittenten	–	54	–100
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	–	–	–
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	64	–100
Positive Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	787	794	–1
Währungsrisiken	200	169	18
Kreditderivaten	12	6	100
Summe Positive Fair Values aus Derivaten	999	969	3
Summe Handelsaktiva	999	1.033	–3
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88	90	–2
Summe Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	88	90	–2
Gesamt	1.087	1.123	–3

Vom Gesamtbestand entfallen 943 Mio. € (Vorjahr: 933 Mio. €) auf finanzielle Vermögenswerte, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(33) Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Diese Position umfasst positive Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges	306	279	10
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	32	0	-
Gesamt	338	279	21

Vom Gesamtbestand entfallen 266 Mio. € (Vorjahr: 208 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(34) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst als Available for Sale (AfS) kategorisierte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Daneben werden Anteile an Unternehmen sowie eine stille Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale (Buchwert 14 Mio. €), die als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert wurde, hier ausgewiesen.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Finanzanlagen der Kategorie LaR	14	22	-36
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere			
von öffentlichen Emittenten	1.417	1.275	11
von anderen Emittenten	4.065	4.963	-18
Geldmarktpapiere	-	-	-
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.482	6.238	-12
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	-
Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen	192	180	7
Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS	-	-	-
Summe zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)	5.674	6.418	-12
Gesamt	5.688	6.440	-12

Vom Gesamtbestand entfallen 4.621 Mio. € (Vorjahr: 5.596 Mio. €) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS), die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Die LaR-Finanzanlagen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(35) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In diesem Posten werden Anteile an assoziierten Unternehmen im Sinne des IAS 28 ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Assoziierte Unternehmen			
Kreditinstitute	12	10	20
Andere Unternehmen	65	71	-8
Gesamt	77	81	-5

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

in Mio. €	Assoziierte Unternehmen
1.1.2009	88
Zugänge	0
Abgänge	-7
Abschreibungen	-1
Zuschreibungen	4
Erfolgsneutrale Veränderungen	-3
31.12.2009	81
1.1.2010	81
Zugänge	0
Abgänge	-7
Abschreibungen	0
Zuschreibungen	3
Erfolgsneutrale Veränderungen	0
31.12.2010	77

In der nachfolgenden Tabelle werden anteilig entsprechend der Beteiligungshöhe finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	DEUTSCHE FACTORING BANK Deut- sche Factoring GmbH & Co. KG	BREBAU GmbH	Ammerländer Wohnungsbau- Gesellschaft mbH ¹⁾	Lazard- Sparkassen Rendite-Plus- Fonds	GSG OLDENBURG Bau- und Wohn- gesellschaft mbH
Anteil 31.12.2010	16,50%	48,84%	32,26%	49,18%	22,22%
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Vermögen	118	82	23	17	51
Verbindlichkeiten	105	39	11	0	34
Eigenkapital	12	34	12	17	15
Summe der Erträge	7	20	3	0	10
Periodenergebnis	3	1	1	1	1

¹⁾ Zahlen zum 31.12.2009.

(36) Sachanlagen

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Grundstücke und Gebäude	29	17	71
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5	5	–
Sonstige Sachanlagen	2	5	–60
Gesamt	36	27	33

Der umfassende Umbau des Gebäudes der Niederlassung Oldenburg wurde im Juni 2010 fertiggestellt. Durch hausintern erstellte Marktwertgutachten wurden für Grundstücke und Gebäude stille Reserven in Höhe von 44 Mio. € ermittelt.

(37) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anlageimmobilien	70	64	9
Gesamt	70	64	9

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt 99 Mio. €. Aus der Vermietung dieser Objekte wurden im Berichtsjahr 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) erzielt. Die Erhöhung des Bestandes an als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien resultiert aus dem Erwerb eines Gebäudes in der Martinistraße in Bremen in Höhe von 10 Mio. € sowie aus der Umgliederung von Gebäuden in Höhe von 6 Mio. € in das Sachanlagevermögen. Außerdem bestehen noch Anzahlungen für den im Oldenburger Hauptgebäude zu vermietenden Ladenbereich von 1 Mio. €. Die direkten betrieblichen Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung) ohne Abschreibungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die Entwicklung der Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen für Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	<u>bankbetrieblich genutzt</u>				<u>nicht bankbetrieblich genutzt</u>		
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau	Summe	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau	Summe
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2009	65	28	1	94	78	–	78
Zugänge	–	2	4	6	–	–	–
Abgänge	–	–1	–	–1	–	–	–
Summe 31.12.2009	65	29	5	99	78	–	78
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2009	–46	–23	–	–69	–12	–	–12
Planmäßige Abschreibungen	–2	–1	–	–3	–1	–	–1
Abgänge	–	–	–	–	–1	–	–1
Summe 31.12.2009	–48	–24	–	–72	–14	–	–14
Endbestand per 31.12.2009	17	5	5	27	64	–	64
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2010	65	29	5	99	78	–	78
Zugänge	13	3	4	20	10	1	11
Abgänge	–	–1	–7	–8	–6	–	–6
Summe 31.12.2010	78	31	2	111	82	1	83
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2010	–48	–24	–	–72	–14	–	–14
Planmäßige Abschreibungen	–1	–2	–	–3	–1	–	–1
Abgänge	–	–	–	–	2	–	2
Summe 31.12.2010	–49	–26	–	–75	–13	–	–13
Endbestand per 31.12.2010	29	5	2	36	69	1	70

(38) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Software			
Entgeltlich erworben	2	2	–
Gesamt	2	2	–

Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Es handelt sich ausschließlich um entgeltlich erworbene Software. Die Restnutzungsdauer der immateriellen Anlagewerte liegt zwischen 1 und 35 Monaten. Die historischen Anschaffungskosten für immaterielle Vermögenswerte, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen 8 Mio. €.

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Software Entgeltlich erworben
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2009	11
Zugänge	1
Abgänge	–
Summe 31.12.2009	12
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2009	–9
Planmäßige AfA	–1
Abgänge	–
Summe 31.12.2009	–10
Endbestand per 31.12.2009	2
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2010	12
Zugänge	1
Abgänge	–
Summe 31.12.2010	13
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2010	–10
Planmäßige AfA	–1
Abgänge	–
Summe 31.12.2010	–11
Endbestand per 31.12.2010	2

(39) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	7	11	-36
Aktive latente Steuern	117	86	36
Gesamt	124	97	28

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2010 wurden keine aktiven latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kreditinstitute	0	1	-100
Risikovorsorge	14	23	-39
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	243	-	0
Finanzanlagen	3	15	-80
Sachanlagen	20	18	11
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10	5	100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	12	75
Verbriefte Verbindlichkeiten	18	11	64
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	91	225	-60
Negative Fair Values aus Hedge-Derivaten	40	17	>100
Rückstellungen	65	64	2
Nachrangkapital	6	3	100
Steuerliche Verlustvorräte und sonstige aktive latente Steuern	11	11	0
Summe	543	406	34
Saldierung	426	320	33
Gesamt	117	86	36

Die Ertragsteueransprüche aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert.

(40) Sonstige Aktiva

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Vorräte	1	1	–
Steuererstattungsansprüche aus sonstigen Steuern	2	–	–
Sonstige Vermögenswerte	35	24	46
Gesamt	38	25	52

Die Sonstigen Vermögenswerte beinhalten insbesondere aktivierte Forderungen gegenüber nicht-konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 16 Mio. €, Forderungen gegenüber isländischen Banken von 8 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) sowie aktivierte Sicherheiten gegenüber Dritten aus Avalverbindlichkeiten gemäß IAS 37.53 in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €).

Alle Beträge der Position „Sonstige Aktiva“ sind innerhalb der nächsten 12 Monate fällig.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Einlagen von anderen Banken			
Inländische Kreditinstitute	–	851	–100
Ausländische Kreditinstitute	–	–	–
Summe Einlagen von anderen Banken	–	851	–100
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	2.585	1.366	89
Ausländische Kreditinstitute	152	144	6
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	2.737	1.510	81
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	240	304	–21
Befristet	7.468	6.771	10
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	25	5	>100
Befristet	1.130	1.067	6
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.863	8.147	9
Gesamt	11.600	10.508	10

Vom Gesamtbestand entfallen 7.818 Mio. € (Vorjahr: 6.935 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten entfallen 664 Mio. € (Vorjahr: 739 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Verbundsparkassen.

(42) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Spareinlagen			
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			
Inländische Kunden	184	203	-9
Ausländische Kunden	15	14	7
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			
Inländische Kunden	13	8	63
Ausländische Kunden	1	2	-50
Summe Spareinlagen	213	227	-6
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	1.790	1.598	12
Ausländische Kunden	120	70	71
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.910	1.668	15
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	1.811	1.761	3
Befristet	6.115	6.478	-6
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	109	102	7
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.035	8.341	-4
Gesamt	10.158	10.236	-1

Vom Gesamtbestand entfallen 5.472 Mio. € (Vorjahr: 5.794 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(43) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Begebene Schuldverschreibungen			
Pfandbriefe	677	783	-14
Kommunalschuldverschreibungen	2.285	2.698	-15
Sonstige Schuldverschreibungen	5.304	5.666	-6
Summe Begebene Schuldverschreibungen	8.266	9.147	-10
Geldmarktpapiere			
Commercial Papers	673	45	>100
Sonstige Geldmarktpapiere	-	52	-100
Summe Geldmarktpapiere	673	97	>100
Gesamt	8.939	9.244	-3

Vom Gesamtbestand entfallen 7.105 Mio. € (Vorjahr: 7.451 Mio. €) auf Verbriefte Verbindlichkeiten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 99 Mio. € (Vorjahr: 117 Mio. €) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen direkt abgesetzt.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Berichtsjahr 2010 Begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 50 Mio. €.

Wertpapierkurzbezeichnung	Nominal	Währung	Fälligkeit	Zinssatz
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF 80	50.000.000,00	EUR	15.05.2014	2,125
BREM.LB.KR.A.OLD.SPF 6	100.000.000,00	EUR	16.03.2012	1,500
BREM.LB.KR.A.OLD.SPF 7	50.000.000,00	EUR	23.04.2014	2,250
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.95	53.141.000,00	EUR	19.01.2015	3,125
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.100	50.000.000,00	EUR	22.02.2013	2,150
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.107	100.000.000,00	EUR	09.02.2011	0,980
BREMER LDSBK TR.798	100.000.000,00	USD	25.02.2011	0,863
BREMER LDSBK TR.810	100.000.000,00	USD	23.02.2011	1,114
BREMER LDSBK TR.811	130.000.000,00	USD	01.03.2011	1,051

(44) Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Diese Position umfasst die zinsinduzierten Wertänderungen von im Portfolio Fair Value Hedge designierten Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (OL).

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	22	–	–
Zinsrisiken	22	–	–

(45) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelsspassiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Verbindlichkeiten (Designated at Fair Value through Profit or Loss) dargestellt.

Die Handelsspassiva umfassen negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche nicht im Rahmen von Hedge Accounting eingesetzt wurden.

Im Vorjahr waren Verbriefte Verbindlichkeiten zum Fair Value designiert.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsspassiva			
Negative Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	818	916	-11
Währungsrisiken	386	240	61
Aktien- und sonstigen Preisrisiken	-	-	-
Kreditderivaten	245	109	>100
Summe Handelsspassiva	1.449	1.265	15
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen (DFV)			
Verbrieftete Verbindlichkeiten	-	2	-100
Gesamt	1.449	1.267	14

Vom Gesamtbestand entfallen 1.199 Mio. € (Vorjahr: 1.069 Mio. €) auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(46) Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Die Position umfasst die negativen Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges	66	54	22
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	40	0	-
Gesamt	106	54	96

Vom Gesamtbestand entfallen 69 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(47) Rückstellungen

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	275	259	6
Andere Rückstellungen			
Rückstellungen im Kreditgeschäft	26	25	4
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	19	16	19
Gesamt	320	300	7

Von den Rückstellungen im Kreditgeschäft entfallen 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) auf gebildete PoWB.

Den Rückstellungen im Kreditgeschäft stehen unter den sonstigen Aktiva eingebuchte Sicherheiten Dritter in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) gegenüber.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	311	297	5
Abzüglich Zeitwert des Planvermögens	-36	-38	-5
Gesamt	275	259	6

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung lässt sich vom Anfangs- bis zum Endbestand der Periode unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aufgeführten Posten überleiten:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	297	272	9
Laufender Dienstzeitaufwand	4	4	-
Zinsaufwand	16	16	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus der Verpflichtung	7	19	-63
Gezahlte Versorgungsleistungen	-13	-14	-7
Endbestand	311	297	5

Der Barwert der Verpflichtung ist mit 306 Mio. € (Vorjahr: 293 Mio. €) teilweise kapitalgedeckt und mit 5 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) nicht kapitalgedeckt (unfunded).

Die unter den Gewinnrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Versicherungsmathematische Gewinne	81	89	-9
Korrekturposten latente Steuern	-25	-28	-11
Gesamt	56	61	-8

Der Zeitwert des Planvermögens weist die folgende Entwicklung auf:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	38	39	-3
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Planvermögen	0	1	-100
Beiträge des Arbeitgebers	10	10	-
Gezahlte Versorgungsleistungen	-13	-13	-
Endbestand	36	38	-5

Das Planvermögen sowie die Renditeerwartungen setzen sich nach Vermögensarten wie folgt zusammen:

	Renditeerwartung für 2011	Zusammensetzung des Planvermögens	
		31.12.2010	31.12.2009
Eigenkapitalinstrumente	7,0%	4%	2%
Fremdkapitalinstrumente	3,1%	78%	77%
Sonstige Vermögenswerte	5,0%	18%	21%
	3,6%	100%	100%

Als Planvermögen werden die Deckungsmittel der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank ausgewiesen. Die nicht für die laufenden Pensionszahlungen benötigten Mittel sind im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrags in Renten- und Aktientiteln investiert. Der Bestand des Planvermögens ist zum Fair Value bewertet.

Für 2011 werden Zahlungen an Arbeitnehmer und zur Dotierung des Planvermögens von insgesamt 9 Mio. € erwartet. Der tatsächliche Erfolg aus Planvermögen betrug im Berichtsjahr 1 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Für das Jahr 2011 wird anhand eines geschätzten Durchschnittszinsertrags von 3,6% mit einer erwarteten Rendite aus Planvermögen von 1 Mio. € kalkuliert. Die Renditeerwartung für das Jahr 2011 für Eigenkapitalinstrumente basiert auf der Annahme langfristiger Wertsteigerungen bei Aktien in Höhe von 7%. Die Renditeerwartung 2011 ergibt sich bei den Fremdkapitalinstrumenten aus der durchschnittlichen Renditeerwartung in Bezug auf die gehaltenen verzinslichen Wertpapiere. Die erwartete Rendite für das Jahr 2011 aus den Sonstigen Vermögenswerten (5%) stellt einen gewichteten Wert aus anderen sonstigen Kapitalinstrumenten dar. Im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens sind in der Kategorie Fremdkapitalinstrumente eigene Finanzinstrumente der Bremer Landesbank in Höhe von 5 Mio. € enthalten (Vorjahr: 7 Mio. €).

Die Historie der Barwerte der leistungsorientierten Verpflichtungen sowie der Zeitwert des Planvermögens sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	31.12.2007 (in Mio. €)	31.12.2006 (in Mio. €)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	311	297	272	295	342
Zeitwert des Planvermögens	36	38	39	42	42
Saldo	275	259	233	253	300

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Planvermögens sowie des Verpflichtungsumfangs stellen sich wie folgt dar:

(+ = Ertrag; - = Aufwand)	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	31.12.2007 (in Mio. €)	31.12.2006 (in Mio. €)
Abweichungen der Planvermögenserträge von den tatsächlichen Erträgen	0	1	-2	0	0
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Pensionsverpflichtung	4	0	9	3	-11

Die Annahmen über die Entwicklung der Kosten im medizinischen Bereich haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne (Beihilfe). Eine Veränderung in der angenommenen Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen für den Konzern:

in Mio. €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	1	1	-1	-1
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	0	0	0	0

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten		Summe
		Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich	Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	
Bestand per 1.1.2010	25	14	2	41
Inanspruchnahme	0	-5	0	-5
Auflösungen	-8	0	-1	-9
Zuführungen	9	9	0	18
Umbuchungen	0	0	0	0
Bestand per 31.12.2010	26	18	1	45

Im Vergleichszeitraum 2009 entwickelten sich die anderen Rückstellungen wie folgt:

in Mio. €	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten			Summe
	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich	Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	
Bestand per 1.1.2009	22	17	1	40
Inanspruchnahme	0	-6	0	-6
Auflösungen	-4	0	0	-4
Zuführungen	7	3	1	11
Umbuchungen	0	0	0	0
Bestand per 31.12.2009	25	14	2	41

Die anderen Rückstellungen untergliedern sich in Rückstellungen für das Kreditgeschäft, Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich und Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Restrukturierungsrückstellungen und Rückstellungen für drohende Verluste liegen nicht vor.

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Der Abzinsungsbetrag für die sonstige Rückstellung im Kreditgeschäft wurde um insgesamt 119 T€ hochgeschrieben. Davon resultieren 37 T€ aus der Veränderung des Abzinsungssatzes.

Bei allen Rückstellungen ist erst mit einer Inanspruchnahme nach mehr als 12 Monaten zu rechnen.

Für den Ansatz der Rückstellung für Avalverbindlichkeiten wurden Rückgriffsansprüche auf die Avalkreditnehmer in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) in die Berechnung einbezogen. Weitere Erstattungen werden nicht erwartet.

(48) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	32	27	19
Passive latente Steuern	1	1	0
Gesamt	33	28	18

Passive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2010 wurden keine passiven latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kunden	8	5	60
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	172	-100
Positive Fair Values aus Hedge-Derivaten	104	86	21
Finanzanlagen	19	10	90
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	5	2	>100
Sonstige Aktiva	1	2	-50
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	3	-100
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	245	0	-
Rückstellungen	25	28	-11
Sonstige Passiva	20	13	54
Summe	427	321	33
Saldierung	426	320	33
Gesamt	1	1	0

Die Ertragsteuerverpflichtungen aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten erfüllt.

(49) Sonstige Passiva

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	6	5	20
Verbindlichkeiten aus Beiträgen	1	1	-
Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen	8	8	-
Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern und Sozialbeiträgen	3	2	50
Sonstige Verbindlichkeiten	6	8	-25
Gesamt	24	24	0

Die abgegrenzten Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen werden im ersten Halbjahr 2011 an Mitarbeiter im Konzern ausgezahlt.

Von den Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen insgesamt 3 Mio. € (3 Mio. €) auf die Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse sowie auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und abzuführende Lohn- und Kirchensteuern.

Alle Beträge der Position Sonstige Passiva werden innerhalb der nächsten 12 Monate realisiert.

(50) Nachrangkapital

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Nachrangige Verbindlichkeiten	500	495	1
Einlagen stiller Gesellschafter	663	662	0
Gesamt	1.163	1.157	1

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen in voller Höhe haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- und Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 13 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Einlagen stiller Gesellschafter stellen aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters gemäß IAS 32 Fremdkapital dar.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Einlagen stiller Gesellschafter beträgt 36 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €).

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit 150 Mio. € (Vorjahr: 150 Mio. €) festverzinslich sowie mit 350 Mio. € (Vorjahr: 350 Mio. €) variabelverzinslich.

Ende 2010 waren folgende wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

Nominalbetrag (in Mio. €)	Fälligkeit	Zinssatz
200	28.06.2030	variabel
85	21.03.2031	variabel
65	05.04.2041	variabel
150	15.12.2015	4,875
500		

Vom Gesamtbestand entfallen 500 Mio. € (Vorjahr: 500 Mio. €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	1.1.–31.12.2010			1.1.–31.12.2009		
	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern
Konzernergebnis aus der GuV	60	-13	47	89	-24	65
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS) Finanzinstrumenten	9	1	10	6	-7	-1
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen	-7	2	-5	-18	6	-12
Sonstiges Ergebnis	2	3	5	-12	-1	-13
Gesamtergebnis der Periode	62	-10	52	77	-25	52
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend			52			52
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend			0			0

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

Erläuterungen zum Eigenkapital

In den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die in den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Weiterhin werden hier versicherungsmathematische Erfolge aus Pensionsrückstellungen und die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisse aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage sind diejenigen Beträge erfasst, die aus der ergebnisneutralen Erfassung von Bewertungsunterschieden von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Available for Sale resultieren. Die darauf entfallenden latenten Steuern werden abgesetzt.

Die Anteilseigner der Bremer Landesbank setzen sich wie folgt zusammen:

	Anteil in %
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover, Braunschweig, Magdeburg	92,5
Land Bremen	7,5
Gesamt¹⁾	100,0

¹⁾ Das Stammkapital der Bremer Landesbank lautet vertraglich ohne Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile.

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen sowie eine ausgewogene Relation zwischen Risikopotenzial und Risikokapital zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank (vgl. 5. Chancen- und Risikobericht, Kapitel „Risikotragfähigkeit“).

Auf Basis des Tragfähigkeitskonzeptes werden die Risikopotenziale der Risikoarten monatlich aggregiert und dem Risikokapital der Bank gegenübergestellt. Das Risikotragfähigkeitsmodell basiert auf den drei Hauptpfeilern Going Concern, „Kapitaladäquanz (ökonomisch)“ und „Kapi-

taladäquanz (regulatorisch)“. Das Risikokapital im Going Concern-Case, der auch Frühwarnstufe interpretiert werden kann, basiert auf den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln, wobei nicht die gesamten freien Eigenmittel (zu einer Gesamtkennziffer von 8%) angesetzt werden, sondern auf höhere Schwellen der Gesamtkennziffer abgestellt wird. Zusätzlich erfolgt eine Dynamisierung um unterjährige risikokapitalwirksame Effekte. Dabei werden die unterjährigen Veränderungen sowie die Auswirkungen des geplanten Betriebsergebnisses auf die Gewinnrücklagen und die Reserven nach den § 340 f und g berücksichtigt. Die ökonomische und die regulatorische Adäquanzprüfung stellen hinsichtlich des Risikokapitals auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile ab, welche laut bankaufsichtsrechtlichen Regelungen den Eigenmitteln zuzurechnen sind.

Risikokapital	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)
Going Concern (Gesamtkennziffer 10%)	257	338
Going Concern (Gesamtkennziffer 9%)	431	494
Kapitaladäquanz (ökonomisch)	1.913	1.853
Kapitaladäquanz (regulatorisch)	1.913	1.853

Zusätzlich wird im ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process; 2. Säule aus Basel II) ein Deckungsgrad zu den anrechenbaren Eigenmitteln ohne ungenutzte Drittrangmittel gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Gezeichnetes Kapital	140	140	–
Rücklagen, Fremdanteile	1.439	1.419	1
Sonstige	–3	–3	–
Summe Kernkapital	1.576	1.556	1
Vorsorgereserven nach § 340f HGB	80	50	60
Nachrangige Verbindlichkeiten	500	500	–
Ergänzungskapital	580	550	–5
Abzugsposten	–243	–253	–4
Dritrangmittel	0	0	–
Eigenmittel ohne ungenutzte Drittrangmittel	1.913	1.853	3

Die externen Kapitalanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit erfüllt.

Die NORD/LB ist verpflichtet, ihre Anteile an der Bremer Landesbank der Freien Hansestadt Bremen zum Unternehmenswert anzubieten, wenn Niedersachsen und der SVN ihre Mehrheit am Stammkapital und den Trägerrechten an der NORD/LB und damit ihre indirekte Entscheidungskompetenz über die Bremer Landesbank aufgeben. Daneben hat die Freie Hansestadt Bremen ein dauerhaftes, unbedingtes Andienungsrecht bezüglich ihrer Anteile an der Bremer Landesbank gegenüber der NORD/LB.

Weitere Vorzugsrechte und Beschränkungen gemäß IAS 1.76 sind nicht vorhanden.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Berichtsjahres durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Dabei wird der Zahlungsmittelbestand als Barreserve (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind) definiert.

Die Erstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzernjahresüberschuss ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen und Erträge zu- beziehungsweise abgezogen werden, die im Berichtsjahr nicht zahlungswirksam waren. Zusätzlich werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbe- reich zuzuordnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Den Empfehlungen des IASB entsprechend, werden im Rahmen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus dem Handelsbestand, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und aus Ver- brieften Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr 2010 beträgt der Gesamtbetrag der gezahlten Zinsen 1.814 Mio. € (Vorjahr: 2.078 Mio. €).

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Hinsichtlich der Liquiditätsrisikosteuerung des Bremer Landesbank Konzerns wird auf die Aus- führungen im Risikobericht verwiesen.

Sonstige Angaben

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(51) Fair-Value-Hierarchie

Folgende Tabellen zeigen die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der erfolgswirksam und erfolgsneutral zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen:

in Mio. €	31.12.2010		
	Level 1	Level 2	Level 3
	(Mark-to-Market)	(Mark-to-Matrix)	(Mark-to-Model)
Handelsaktiva	0	987	12
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	83	5	–
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	338	–
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	4.709	73	875
Aktiva	4.792	1.403	887
Handelspassiva	0	1.284	165
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	0	–
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	106	–
Passiva	0	1.390	165

in Mio. €	31.12.2009		
	Level 1	Level 2	Level 3
	(Mark-to-Market)	(Mark-to-Matrix)	(Mark-to-Model)
Handelsaktiva	50	980	2
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	83	8	–
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	279	–
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	5.105	300	996
Aktiva	5.238	1.567	998
Handelspassiva	1	1.193	72
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	2	–
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	54	–
Passiva	1	1.249	72

Die Schätzparameter des Bewertungsverfahrens von Credit Default Swaps (CDS) wurden gemäß IAS 39, AG76 einer Analyse unterzogen und entsprechend der Marktverhältnisse am Bilanzstichtag angepasst. Im Vergleich zu der bisherigen Bewertung ergibt sich hierdurch ein zusätzlicher Aufwand von 61,9 Mio. €. Die Fair Values aus dem synthetischen Kreditportfolio in CDS betragen insgesamt 6,8% der Nominalbeträge in Höhe von 3,4 Mrd. € (Level 2 und Level 3). Das bestehende synthetische Kreditportfolio soll bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Im Fall der Mark-to-Model-Bewertung (Level 3) hängt die Höhe der Fair Values von den getroffenen Annahmen ab, sodass Änderungen in den Annahmen entsprechende Schwankungen der Fair Values zur Folge haben können. Signifikante Auswirkungen dieser auf Änderungen in den Annahmen zurückzuführenden Wertschwankungen werden für die im Abschluss erfassten Fair Values mittels einer Sensitivitätsanalyse überprüft.

- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Wertpapiermodells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Wertpapieren 6,4 Mio. €.
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des CDS-Modells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei dem CDS-Modell 2,2 Mio. €.
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Finanzanlagen-Modells wird das Adjusted Beta jeweils um $-0,1$ beziehungsweise $+0,1$ variiert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Finanzanlagen 13,6 Mio. €.

Die Transfers innerhalb der Fair-Value-Hierarchie stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010 in Mio. €	aus Level 1 in Level 2	aus Level 1 in Level 3	aus Level 2 in Level 1	aus Level 2 in Level 3	aus Level 3 in Level 1	aus Level 3 in Level 2
Handelsaktiva	-	-	-	3	-	-
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-
Positive Fair Values aus Hedge Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	-	100	47	-	228	-
Aktiva	-	100	47	3	228	0
Handelspassiva	-	-	-	34	-	16
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Passiva	-	-	-	34	-	16

31.12.2009 in Mio. €	aus Level 1 in Level 2	aus Level 1 in Level 3	aus Level 2 in Level 1	aus Level 2 in Level 3	aus Level 3 in Level 1	aus Level 3 in Level 2
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	2
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	8	-	-	-	-	-
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	-	5	160	-	1.097	-
Aktiva	8	5	160	-	1.097	2
Handelspassiva	-	-	-	6	-	29
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Passiva	0	0	0	6	0	29

Zum Bilanzstichtag 2010 wurden die instrumentspezifischen Preisinformationen für Wertpapiere als verlässlicher gegenüber dem Vorbilanzstichtag eingestuft, sodass von der emittentenspezifischen Bewertung (Level 2) und vor allem der Modellbewertung in größerem Umfang Abstand genommen werden konnte. Dies ist auf die allgemeine Marktberuhigung zurückzuführen und führte zu einer entsprechenden Wanderungsbewegung der Wertpapiere von Level 3 beziehungsweise Level 2 in Level 1.

Die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	Summe	Handelspassiva
Anfangsbestand per 01.01.2010	2	996	998	-72
GuV-Effekt	7	-	7	-75
Effekt Neubewertungsrücklage	-	12	12	-
Zukäufe	-	-	-	-
Verkäufe	-	-	-	-
Tilgungen	-	-5	-5	-
Zugang aus Level 1 und 2	3	100	103	-34
Abgang nach Level 1 und 2	-	-228	-228	16
Endbestand per 31.12.2010	12	875	887	-165
Anfangsbestand per 1.1.2009	8	2.040	2.048	-139
GuV-Effekt ¹⁾	-3	-15	-18	29
Effekt Neubewertungsrücklage	-	-12	-12	-
Zukäufe	-	76	76	-
Verkäufe	-	-1	-1	2
Tilgungen	-1	-	-1	13
Zugang aus Level 1 und 2	-	5	5	-6
Abgang nach Level 1 und 2	-2	-1.097	-1.099	29
Endbestand per 31.12.2009	2	996	998	-72

¹⁾ Die dargestellten GuV-Effekte enthalten keine laufenden Ergebnisse.

(52) Buchwerte nach Bewertungskategorien

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktivposten			
Loans and Receivables (LaR)	27.306	25.533	7
Available for Sale Assets (AFS)	5.674	6.420	-12
Financial Assets Held for Trading (HfT)	999	1.033	-3
Financial Assets Designated at Fair Value through Profit or Loss	88	90	-2
Positive Marktwerte aus Sicherungsbeziehungen	338	279	21
Summe Aktivposten	34.405	33.355	3
Passivposten			
Verbindlichkeiten (Other Liabilities)	31.882	31.145	2
Financial Liabilities Held for Trading (HfT)	1.449	1.265	15
Financial Liabilities Designated at Fair Value through Profit or Loss	0	2	-100
Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten	106	54	96
Summe Passivposten	33.437	32.466	3

Die Barreserve als Finanzinstrument ist nicht enthalten, da sie keiner Bewertungskategorie zugeordnet ist.

(53) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Loans and Receivables (LaR)	-57	-144	-60
Other Liabilities	-3	-2	50
Available for Sale Assets (AfS)	15	-15	>100
Financial Instruments Held for Trading	-93	70	>100
Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss	0	2	-100

Die Nettoergebnisse enthalten jeweils keine Zins-, Provisions- und Dividendenergebnisse. Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten. Hinsichtlich der Zuordnung zu einzelnen Bewertungskategorien wird auf Note (22) verwiesen.

Für die Finanzanlagen der Kategorie AfS sind erfolgsneutrale Bewertungsgewinne in Höhe von 16 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) in der Neubewertungsrücklage erfasst worden. Im selben Zeitraum sind zuvor erfolgsneutral erfasste Bewertungsgewinne in Höhe von 7 Mio. € aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert worden (Vorjahr: Bewertungsverluste von 3 Mio. €).

(54) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien

	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-2	-3	-33
Available for Sale Assets (AfS)			
Ergebnis aus Impairment von Finanzanlagen	0	-11	-100
Zuschreibungen auf sonstige Aktiva	4	0	0
Summe Available for Sale Assets	4	-11	>100
Loans and Receivables (LaR)			
Wertminderungsergebnis aus			
Forderungen an Kreditinstitute	1	-3	-
Forderungen an Kunden	-75	-83	-10
Ergebnis aus portfoliobasierten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	17	-55	-
Summe Loans and Receivables	-57	-141	-60
Gesamt	-55	-155	-65

(55) Fair Values von Finanzinstrumenten

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

in Mio. €	31.12.2010		31.12.2009	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktiva				
Barreserve	74	74	145	145
Forderungen an Kreditinstitute	5.600	5.513	4.673	4.780
Forderungen an Kunden	22.654	22.060	20.797	20.988
Risikovorsorge	–	–306	–	–270
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Handelsaktiva	999	999	1.033	1.033
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	88	88	90	90
Finanzanlagen				
Finanzanlagen der Kategorie LaR	14	14	22	22
Finanzanlagen der Kategorie AfS	5.657	5.657	6.402	6.402
Finanzanlagen der Kategorie AfS (at cost)	17	17	16	16
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	338	338	279	279
Sonstige Aktiva				
der Kategorie LaR	25	25	13	13
Gesamt	35.466	34.479	33.470	33.498
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.603	11.600	10.371	10.508
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.161	10.158	9.986	10.236
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.911	8.939	9.374	9.244
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	–	22	–	–
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen				
Handelspassiva	1.449	1.449	1.265	1.265
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	0	2	2
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	106	106	54	54
Nachrangkapital				
Einlagen stiller Gesellschafter	652	663	636	662
Nachrangige Verbindlichkeiten	532	500	536	495
Sonstige Passiva				
der Kategorie Other Liabilities	1	1	0	0
Gesamt	33.415	33.438	32.224	32.466
Zusatzklassen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen	30	–	34	–
Finanzgarantien	3	–	2	–

Die Fair Values der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beinhalten die Risikovorsorge.

Der Fair Value des Ausgleichspostens für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente wird bei den Bilanzpositionen der jeweils designierten Grundgeschäfte ausgewiesen.

Für Anteile an Gesellschaften in Höhe von 17 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) sind fortgeführte Anschaffungskosten angesetzt worden. Die Anteile sind nicht auf einem aktiven Markt notiert. Aufgrund des Fehlens von Planzahlen war eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile nicht möglich. Der Konzern plant keine Veränderung dieser Anteile.

(56) Derivative Finanzinstrumente

Der Konzern Bremer Landesbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Darüber hinaus wird Handel in derivativen Finanzgeschäften betrieben.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zinswährungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktienindexfutures abgeschlossen.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Zinsrisiken	46.455	53.956	1.125	1.073	924	970
Zinsswap	44.867	51.470	1.112	1.057	910	952
FRAs	0	35	0	0	0	0
Zinsoptionen	186	205	0	1	6	7
Käufe	18	20	0	1	0	0
Verkäufe	168	185	0	0	6	7
Caps, Floors	1.184	1.451	13	15	8	10
Börsenkontrakte	168	674	0	0	0	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	50	121	0	0	0	0
Währungsrisiken	13.235	6.596	200	169	386	239
Devisentermingeschäfte	777	844	5	10	23	39
Währungsswap/Zinsswap	11.993	5.476	186	152	354	193
Devisenoptionen	275	276	8	7	8	7
Käufe	145	115	8	7	0	0
Verkäufe	130	123	0	0	8	7
Sonstige Währungsgeschäfte	190	38	1	0	1	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken	0	4	0	0	0	0
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionen	0	2	0	0	0	0
Käufe	0	2	0	0	0	0
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Börsenkontrakte	0	2	0	0	0	0
Kreditderivate	3.416	3.493	12	6	245	109
Sicherungsnehmer	272	212	12	0	0	0
Sicherungsgeber	3.144	3.281	0	6	245	109
Gesamt	63.106	64.049	1.337	1.248	1.555	1.318

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente auf Basis der jeweiligen Nominalwerte setzen sich – getrennt nach Instrumenten mit positiven und negativen Marktwerten – folgendermaßen zusammen:

Restlaufzeiten in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Nominalvolumen Aktiva								
Bis 3 Monate	4.082	5.122	1.127	901	0	2	20	50
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.585	6.968	2.399	1.075	0	0	60	10
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	10.639	10.333	2.262	792	0	0	32	82
Mehr als 5 Jahre	7.170	7.606	1.012	347	0	0	160	160
Summe Nominalvolumen Aktiva	26.476	30.029	6.801	3.115	0	2	272	302
Nominalvolumen Passiva								
Bis 3 Monate	2.408	1.539	902	1.012	0	0	0	0
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.668	6.847	2.643	1.253	0	2	255	15
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.774	9.720	2.479	972	0	0	2.426	1.482
Mehr als 5 Jahre	5.128	5.821	409	244	0	0	464	1.694
Summe Nominalvolumen Passiva	19.978	23.927	6.433	3.481	0	2	3.144	3.191
Gesamt	46.455	53.956	13.235	6.596	0	4	3.416	3.493

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der Derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Banken in der OECD	57.981	58.637	1.186	1.111	1.507	1.265
Öffentliche Stellen in der OECD	10	10	1	1	0	0
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsenkontrakte)	5.115	5.402	150	136	48	53
Gesamt	63.106	64.049	1.337	1.248	1.555	1.318

(57) Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen

IAS 39 bietet die Möglichkeit, die durch unterschiedliche Bewertung von Derivaten und Nicht-Derivaten bei Sicherungsbeziehungen entstehenden wirtschaftlich nicht gerechtfertigten GuV-Verzerrungen mittels Hedge Accounting (teilweise) zu eliminieren.

Als Grundgeschäfte im Mikro-Fair-Value-Hedge genutzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden weiterhin zusammen mit den ungesicherten Geschäften in den jeweiligen Bilanzpositionen ausgewiesen, da die Absicherung Art und Funktion des Grundgeschäftes nicht ändert.

Der Bilanzansatz der ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente (Kategorie OL) wird jedoch um die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Fair-Value-Änderung korrigiert.

In der nachstehenden Tabelle werden zu Informationszwecken daher die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kumuliert ausgewiesen, die Teil einer effektiven Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehung sind:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Finanzanlagen	902	876	3
Gesamt	902	876	3
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	673	676	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.462	1.514	-3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.829	2.045	-11
Nachrangkapital	395	388	2
Gesamt	4.359	4.623	-6

Neben den in Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen einbezogenen Grundgeschäften wurden festverzinsliche Grundgeschäfte ab dem Jahr 2010 auch in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen designiert. Dabei waren zum Bilanzstichtag Cashflows von Finanzanlagen der Haltekatgorie Available for Sale in Höhe von € 553,7 Mio. in einer Portfolio Fair-Value-Hedge-Beziehung designiert. Cashflows von Verbindlichkeiten der Haltekatgorie Other Liabilities (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital) waren zum Bilanzstichtag in Höhe von € 812,7 Mio. designiert.

(58) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2010:

in Mio. €	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe 2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.619	1.691	473	3.425	4.392	11.600
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.795	1.234	657	3.021	2.451	10.158
Verbriefte Verbindlichkeiten	150	681	1.003	6.316	789	8.939
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	36	0	77	309	741	1.163
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	1	0	-	-	1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	301	15	30	103	2.372	2.821
Finanzgarantien	873	12	51	136	103	1.175
Gesamt	5.774	3.634	2.291	13.310	10.848	35.857

Zum 31. Dezember 2009:

in Mio. €	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe 2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.376	754	1.443	2.895	4.039	10.508
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.678	1.056	708	2.724	3.070	10.236
Verbriefte Verbindlichkeiten	132	186	1.474	6.815	636	9.244
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	2	0	0	2
Nachrangkapital	37	0	251	237	632	1.157
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	0	0	0	0	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	259	37	136	888	1.493	2.813
Finanzgarantien	1.024	40	73	203	72	1.412
Gesamt	5.506	2.073	4.087	13.762	9.942	35.372

Die Restlaufzeit wird definiert als verbleibende Zeit ab dem Abschlussstichtag bis zum vertraglichen Fälligkeitstermin.

(59) Angaben zur Fair-Value-Option

Im Konzern Bremer Landesbank wird die Fair-Value-Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (accounting mismatch) genutzt. Die insoweit designierten Wertpapiere sind durch Zinsswaps gegen Zinsrisiken gesichert.

Ohne Designation hätten die Wertpapiere der Kategorie AfS zugeordnet und erfolgs-neutral zum Fair Value bewertet werden müssen, während die Zinsswaps ohnehin erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.

Darüber hinaus wird die Fair-Value-Option durch Designation von strukturierten Produkten mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten zur Komplexitätsreduktion genutzt.

Die Bestände der Fair-Value-Option in den einzelnen Bilanzposten stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88	90	-2
Passiva			
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	2	-100

Nennenswerte Veränderungen des Fair Values der Verbrieften Verbindlichkeit, welche auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, lagen nicht vor.

(60) Der BLB Konzern als Sicherungsgeber

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände gegenüber Dritten:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)
Forderungen an Kunden	4.240	3.692
Finanzanlagen	5.379	2.968
Summe	9.619	6.660

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(61) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)
In Pension gegebene Wertpapiere:		
Nennwert	787	0
Buchwert	787	0
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	314	0

Die wesentlichen Risiken und Chancen aus den in Pension gegebenen finanziellen Vermögenswerten liegen beim Pensionsgeber. Deshalb werden die Wertpapiere nicht ausgebucht, sondern weiterhin im Konzern Bremer Landesbank bilanziert.

Die Regularien für die in Pension gegebenen Wertpapiere werden im standardisierten deutschen Rahmenvertrag dokumentiert.

Weitere Erläuterungen

(62) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement erfolgt im Mutterunternehmen mit Wirkung für den Konzern. Ziel ist die Sicherstellung einer adäquaten Eigenkapitalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite auf Konzernebene und die dauerhafte Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestkapitalquoten. Maßgebliche Kapitalgrößen für das Eigenkapitalmanagement bilden:

- das bilanzielle Eigenkapital,
- das aufsichtsrechtliche Kernkapital und
- die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.

Für die Mehrzahl dieser Kapitalgrößen sind auf Konzernebene Zielkapitalquoten festgelegt, bei denen der Zähler die jeweilige Kapitalgröße bildet und der Nenner jeweils aus den risikogewichteten Aktivwerten gemäß den Regelungen der Solvabilitätsverordnung besteht. Für das aufsichtsrechtliche Kernkapital und die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel existieren darüber hinaus aufsichtsrechtlich vorgegebene Mindestkapitalquoten (aufsichtsrechtliches Kernkapital: 4,0%, aufsichtsrechtliche Eigenmittel: 8,0%), die dauerhaft einzuhalten sind. Die Zielkapitalquoten bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals und der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel liegen dabei deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten. Die Ist-Entwicklung der aufgeführten Kapitalgrößen und zugehörigen Kapitalquoten wird regelmäßig ermittelt sowie an das Management und die Aufsichtsorgane der Bank berichtet. Ebenso erfolgen bei Bedarf Plan- und Prognoserechnungen bezüglich dieser Kapitalgrößen und Kapitalquoten. Lassen diese eine Gefährdung der festgelegten Zielkapitalquoten erkennen, erfolgen alternativ oder kumulativ Anpassungsmaßnahmen bezüglich der risikogewichteten Aktivwerte oder – in Abstimmung mit den Trägern der Bank – auf einzelne Kapitalgrößen gerichtete Beschaffungsmaßnahmen.

Hinsichtlich Zielen, Methoden und Prozessen beim Eigenkapitalmanagement haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben.

Die Bank hat in den Jahren 2009 und 2010 auf Konzernebene jederzeit die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote und aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote (= Gesamtkennziffer) am jeweiligen Jahresende sind unter Note (63) ausgewiesen.

(63) Aufsichtsrechtliche Grunddaten

Die nachfolgenden aufsichtsrechtlichen Konzerndaten wurden entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikogewichtete Aktivwerte	17.449	15.635	12
Eigenmittelanforderungen für Adressausfallrisiken	1.288	1.138	13
Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen	50	58	-14
Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko	58	55	5
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	1.396	1.251	12

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel für die Institutsgruppe gemäß § 10 in Verbindung mit § 10a KWG:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eingezahltes Kapital	140	140	0
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	608	608	0
Sonstige Rücklagen	501	481	4
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	330	330	0
Übrige Bestandteile (Immaterielle Vermögensgegenstände)	-3	-3	0
Kernkapital	1.576	1.556	1
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	500	500	0
§ 340f KWG	80	50	60
Ergänzungskapital	580	550	5
Abzugspositionen vom Kern- und Ergänzungskapital	243	253	-4
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital	1.913	1.853	3
Drittrangmittel	-	-	0
Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 10 KWG	1.913	1.853	3

Am Stammkapital der Bank sind die Freie Hansestadt Bremen mit 7,5 v.H. und die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – mit 92,5 v.H. beteiligt (aufgrund der Rechtsform enthalten die Anteile keinen Nennwert).

Das Kernkapital (gesamt) für Solvenzzwecke unter Berücksichtigung der Abzugsposten gemäß KWG von 122 Mio. € beträgt 1.454 Mio. €.

	31.12.2010 (in %)	31.12.2009 (in %)	Veränderung (in %)
Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolvV	10,96	11,85	-7
Kernkapitalquote (vor Gewinnverwendung)	8,34	9,15	-9
Kernkapitalquote (nach Gewinnverwendung)	9,33	9,28	1

(64) Fremdwährungsvolumen

Zum 31. Dezember 2010 bestanden im Konzern Bremer Landesbank folgende Vermögenswerte und Verpflichtungen in fremder Währung.

in Mio. €	USD	GBP	JPY	Sonstige	Summe
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	53	4	8	72	137
Forderungen an Kunden	4.199	30	377	368	4.974
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	515	55	9	43	622
Finanzanlagen	0	0	0	26	26
Summe Aktiva	4.767	89	394	509	5.759
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	784	380	0	10	1.174
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	395	1	0	13	409
Verbriefte Verbindlichkeiten	319	17	9	102	447
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	689	397	0	77	1.163
Summe Passiva	2.187	795	9	202	3.193

Den offenen Bilanzposten stehen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

**(65) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
(mit einer Realisierung nach 12 Monaten)**

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	3.240	3.276	-1
Forderungen an Kunden	15.499	17.318	-11
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva	859	847	1
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	84	86	-2
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	266	208	28
Loans and Receivables (LaR) – Finanzanlagen	14	14	0
Available for Sale (AfS) – Finanzanlagen	4.621	5.596	-17
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	77	81	-8
Gesamt	24.660	27.426	-10
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.818	6.935	13
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.472	5.794	-6
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.105	7.451	-5
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelspassiva	1.199	1.069	12
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	69	34	>100
Nachrangkapital	1.050	869	21
Gesamt	22.713	22.152	3

(66) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird.

Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist, oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	434	423	3
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.821	2.813	0
Finanzgarantien	741	989	-25
Gesamt	3.996	4.225	-5

Vom Gesamtbestand entfallen 3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) auf assoziierte Unternehmen.

(67) Leasing

Der Konzern Bremer Landesbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag vermietete Mobilien (z.B. Kraftfahrzeuge, Maschinen und EDV-Anlagen).

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausstehende Leasingzahlungen	26	15	73
+ garantierte Restwerte	6	5	20
= Mindestleasingzahlungen	32	20	60
+ nicht garantierte Restwerte	-	-	0
= Bruttoinvestition	32	20	60
- nicht realisierter Finanzertrag	3	2	50
= Nettoinvestition	29	18	61
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	-	-	0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	29	18	61

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich des garantierten Restwertes.

Der nicht realisierte Finanzertrag entspricht der dem Leasingverhältnis impliziten Verzinsung zwischen Stichtag und Vertragsende.

Der überdurchschnittlich hohe Drittverwendungswert der finanzierten Investitionsgüter gestattet einen größeren Spielraum bei der Übernahme von Bonitäts- und Kreditrisiken. Dennoch wird die Begrenzung des Bonitäts- und Kreditrisikos bereits durch die Definition von Zielkunden, Investitionsgütern und Vertragskonstellationen erreicht. Ein wichtiger Baustein für die Kreditentscheidung bleibt gleichwohl das Votum des Firmenkundenbetreuers der Bremer Landesbank, der den Kunden langfristig betreut.

Aufgrund dieser Vorgehensweise kam es im Berichtszeitraum nur zu unwesentlichen geringen Ausfällen, sodass keine kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen gebildet wurden.

Die Bruttoinvestitionen und Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungs-Leasingverhältnissen gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Bruttoinvestitionen			
bis zu einem Jahr	9	6	50
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	19	13	46
länger als fünf Jahre	4	1	>100
Gesamt	32	20	60
Barwert der Mindestleasingzahlungen			
bis zu einem Jahr	8	5	60
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	18	12	50
länger als fünf Jahre	3	1	>100
Gesamt	29	18	61

Verträge des Konzerns Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung.

(68) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.
- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt a.M., in Höhe von 3 Mio. €.
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 43 Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 26 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €) hinterlegt.

(69) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kreditinstitute	21	37	-43
Forderungen an Kunden	0	0	0
Finanzanlagen	14	14	0
Summe	35	51	-31

(70) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Treuhandvermögen	96	101	-5
Forderungen an Kunden	40	45	-11
Finanzanlagen	47	47	0
Sonstiges Treuhandvermögen	9	9	0
Treuhandverbindlichkeiten	96	101	-5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40	45	-11
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	56	56	0

(71) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorstand und Aufsichtsrat der Bremer Landesbank werden der Trägerversammlung der Bremer Landesbank vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) zu zahlen.

Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung

(72) Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Männlich 2010	Weiblich 2010	Gesamt 2010	Männlich 2009	Weiblich 2009	Gesamt 2009
Bremer Landesbank Anstalt des öffentlichen Rechts	497	509	1.006	477	478	955
Sonstige	34	18	52	17	34	51
Konzern¹⁾	531	527	1.058	494	512	1.006

¹⁾ Für das Geschäftsjahr 2009 betrug der Personalbestand aus den nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen 189 (Geschäftsjahr 2008: 247).

Darstellung des Personalbestands nach Verantwortungsstufen:

	2010	2009
Vorstand	3	4
Führungskräfte	103	98
Sonstige	952	904
Gesamt	1.058	1.006

(73) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden.

Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Folgende Geschäfte wurden von der Bremer Landesbank mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt:

31.12.2010 in Mio. €	Anteilseigner	Tochtergesellschaften	Assoziierte Unternehmen	Sonstige Related Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	439	–	23	–
an Kunden	–	–	137	38
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	439	–	160	38
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	357	–	72	–
gegenüber Kunden	–	2	23	11
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	357	2	95	11
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	3	0	5	–
Gewährte Garantien/Bürgschaften	3	–	6	–

1.1.–31.12.2010 in Mio. €	Anteilseigner	Tochtergesellschaften	Assoziierte Unternehmen	Sonstige Related Parties
Zinsaufwendungen	6	0	4	0
Zinserträge	6	0	7	–
Provisionsaufwendungen	–	–	–	–
Provisionserträge	0	–	0	–
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	0	0	3	0

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Wertberichtigungen für Forderungen an assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 0 Mio. €).

31.12.2009 in Mio. €	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	281	–	11	–
an Kunden	–	3	137	23
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	281	3	148	23
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	300	–	6	–
gegenüber Kunden	–	5	81	12
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	300	5	87	12
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	0	–	5	–
Gewährte Garantien/Bürgschaften	4	0	–	–

1.1.–31.12.2009 in Mio. €	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Zinsaufwendungen	8	0	2	0
Zinserträge	8	0	7	0
Provisionsaufwendungen	–	–	–	–
Provisionserträge	0	–	0	–
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	0	0	5	0

Geschäfte mit verbundenen Unternehmen

Tages- und Termingelder – Forderungen

Im Rahmen des jeweiligen Belegungskontingents wurden nachstehende Tagesgelder und Termingelder herausgelegt:

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	64	EUR	1.833
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	2	EUR	102
	9	USD	203
Termingelder			
Norddeutsche Landesbank	2	EUR	176
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	6	EUR	347

Konsortialkredite

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB beteiligte sich in 107 Fällen mit anderen Konsorten an von uns gewährten langfristigen Darlehen und Schiffsdarlehen mit insgesamt 456 Mio. €.

An 7 Konsortialkrediten unter Führung der NORD/LB war die Bank mit 36 Mio. € beteiligt.

Durchlaufende Kredite

Norddeutsche Landesbank (Landestreuhandstelle)

Es bestehen Darlehen in Höhe von insgesamt 40 Mio. €.

Wertpapierbestände

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB kaufte von der Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 133 Mio. € und verkaufte an die Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 221 Mio. €.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank kaufte Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von 9 Mio. €. Sie löste Effekten der Bremer Landesbank in Höhe von 3 Mio. € und fremder Emittenten mit einem Nennwert von 8 Mio. € ein.

Kontokorrent-Verbindlichkeiten

Ermittelt aus Quartalsendbeständen ergaben sich im Jahresdurchschnitt folgende Kontokorrent-Verbindlichkeiten:

Kontrahent	Betrag (in Mio. €)
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH	1
BLB Immobilien	1
Bremische Grundstücks GmbH	3

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	87	EUR	6.561
	5	USD	330
	1	CHF	1
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	46	EUR	6.225
	21	USD	494
	2	CHF	181
BLB I Beteiligungs-GmbH	1	USD	1
BGG Oldenburg GmbH	1	EUR	2
BGG Bremen GmbH	1	EUR	1
Termingelder			
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH	8	EUR	2
BGG Oldenburg GmbH	4	EUR	8
BGG Bremen GmbH	4	EUR	4

Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern, Krediten und Darlehen

Norddeutsche Landesbank

Es bestehen 9 Darlehenskonten über 60 Mio. €

Öffentliche Versicherung Braunschweig

Es besteht 1 Darlehen in Höhe von 20 Mio. €

Unterstützungseinrichtung BLB

Es besteht 1 Darlehen in Höhe von 3 Mio. €

Avale, Garantien

Norddeutsche Landesbank

Aus früheren Jahren bestehen Enthaltungen der NORD/LB für diverse Engagements in Höhe von 3 Mio. €.

Die Bank hat Enthaltungen gegenüber der NORD/LB in Höhe von 44 Mio. € übernommen. Des Weiteren wurden von der Bank Avale in Höhe von 36 T€ im Auftrag der NORD/LB gegenüber deren Kunden abgegeben.

Devisengeschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank			
Devisen-Kassa-Ankauf	168	EUR	24.789
Devisen-Kassa-Verkauf	163	EUR	24.191
Devisen-Termin-Verkauf	5	EUR	598

Derivative Geschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank			
Aktiv-Swap	12	EUR	502
	23	USD	714
	2	JPY	2.247
	1	GBP	25
	6	CHF	47
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	4	EUR	55
Gesamt	48		

Sonstige Geschäfte

Norddeutsche Landesbank

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2010 Umlagezahlungen für NORD/IT-Entwicklungskosten in Höhe von 9 Mio. € geleistet.

Für die Beteiligung der Bremer Landesbank an einem Messestand wurden der Norddeutschen Landesbank Kosten in Höhe von 8 T€ und einer Tagung in Höhe von 7 T€ erstattet.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2010 dem Deckungskapital der Unterstützungseinrichtung 1,3 Mio. € zugeführt.

Beziehungen zu anderen nahestehenden Personen

Die Bezüge für Personen in Schlüsselpositionen (für Vorstand und Aufsichtsrat der NORD/LB) betragen 53 T€

Die gesamten Bezüge und Kredite des Vorstandes und des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Aufwendungen für Organe und Organkredite“ dargestellt.

Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(74) Verzeichnis der Mandate

Zum 31.12.2010 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Konzerns Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank Gesellschaft/Firma	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg (bis 31.12.2010) LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg

(75) Aufwendungen für Organe und Organkredite

	2010 (in Mio. €)	2009 (in Mio. €)
Bezüge der aktiven Organmitglieder		
Kurzfristig fällige Leistungen	2	2
Langfristig fällige Leistungen	4	2
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	2
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

	2010 (in Mio. €)	2009 (in Mio. €)
Gesamtbezüge der Organmitglieder¹⁾		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen¹⁾		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0

¹⁾ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichts- und Beiratstätigkeit.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Organmitgliedern und deren Hinterbliebenen wurden 24 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) zurückgestellt.

(76) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB
Übersicht der Unternehmen und Investmentfonds im Konsolidierungskreis

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile in % mittelbar	Anteile in % un- mittelbar	Eigenkapital ¹⁾ (in T€)	Ergebnis (in T€)
In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Tochtergesellschaften				
BLB Immobilien GmbH, Bremen	–	100 ²⁾	–	–
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	–	100 ²⁾	–	–
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	–	100	–	–
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	90	10	–	–
At Equity in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Assoziierte Unternehmen				
Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	–	–	–
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	–	–	–
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	–	16,50	–	–
GSG OLDENBURG Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg	–	22,22	–	–
Investmentfonds				
Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main	–	49,18	–	–
Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100	–	1.918 ⁴⁾	165 ⁴⁾
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100	–	7.715 ⁴⁾	919 ⁴⁾
BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100	–	43 ⁴⁾	21 ⁴⁾
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	–	49	³⁾	³⁾
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	–	33,33	4.283	181
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100	–	4.200 ⁴⁾	820 ⁴⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co., Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100	–	100 ⁴⁾	85 ⁴⁾
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT - Aktiengesellschaft von 1877, Bremen	–	12,61	15.704	920
Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	–	24,53	157	2
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	–	288.612	34.055
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	–	20,46	9.111	515
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50	–	–1.182 ⁴⁾	–384 ⁴⁾
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50	–	90 ⁴⁾	–283 ⁴⁾
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,7	–	770	–64
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	–	20	5.710	360
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	–	100	1.070	11
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	–	100	37.485	1.849
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	–	3,84	41	0
Wohnungsbau-Gesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	–	21,71	22.704	198

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB. ausstehende Einlagen bestehen nicht.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 313 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2010.

Die Bremer Landesbank übt bei der DEUTSCHEN FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen, einen maßgeblichen Einfluss gemäß IAS 28.37 (d) aus, obwohl der Anteil der Stimmrechte für den Teilkonzern Bremer Landesbank weniger als 20% beträgt. Die Bremer Landesbank stellt bei dem vorgenannten Unternehmen ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglieder und wahrt gemeinsam mit der NORD/LB ihre Interessen in den Aufsichtsgremien konzerneinheitlich.

(77) Honorar des Konzernabschlussprüfers

	Berichtsjahr 2010 (in Mio. €)	Berichtsjahr 2009 (in Mio. €)
Im Berichtsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand erfasst	1,4	0,8
Abschlussprüfung	1,0	0,5
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0,4	0,3
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	0	0

Bremen, 15. März 2011

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

7. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bremen, 15.03.2011

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

8. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

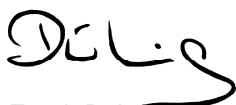
„Wir haben den von der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang (Notes) einschließlich Konzern-Segmentberichterstattung – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, den 18. März 2011
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer



Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

9. Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bremer Landesbank AöR und des Bremer Landesbank Konzerns. In drei Aufsichtsratssitzungen und fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen ihrer Entscheidung bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2010 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Sie entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlussitzung des Aufsichtsrates am 8. April 2011 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfungen.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 8. April 2011 billigte der Aufsichtsrat den Konzernlagebericht und den Konzernjahresabschluss zum 31.12.2010, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresüberschusses der Bremer Landesbank AöR an. Er schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 8. April 2011

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

10. Bericht der Trägerversammlung

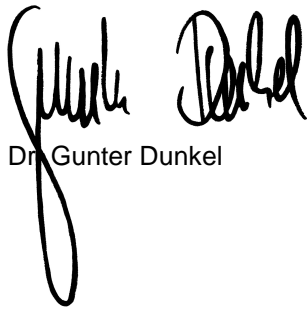
Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Sie beschloss am 8. April 2011 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2010. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit.

Bremen, 8. April 2011

Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel', with a large, stylized flourish extending downwards from the end of the signature.

Dr. Gunter Dunkel

11. Berichterstattung zur Corporate Governance

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzten Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 26. Mai 2010. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist, und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss

das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Zugleich ist ein Vorstandsmitglied als Vertreter zu bestellen. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können sowie über die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –. Dem Ausschuss gehören ferner drei Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand.

Der Prüfungsausschuss besteht aus drei bis fünf Mitgliedern, und zwar mindestens aus je einem Vertreter der Träger sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird, und gegebenenfalls bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 92,5% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – und zu 7,5% das Land Bremen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates gilt dies entsprechend.

12. Daten und Fakten

Gründung

26. April 1983

Vorgängerinstitute:

Staatliche Kreditanstalt

Oldenburg-Bremen (gegründet 1883)

Bremer Landesbank (gegründet 1933)

Rechtsgrundlage

Staatsvertrag zwischen der Freien
Hansestadt Bremen und Niedersachsen

in der Fassung vom 17. Mai 2002

Satzung vom 1. Mai 1983

(letztmalig geändert am 26. November 2008,
mit Wirkung zum 1. Januar 2009)

Aufgaben

Geschäftsbank

Landesbank

Sparkassenzentralbank

Rechtsform

Rechtsfähige Anstalt des
öffentlichen Rechts

Träger

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Girozentrale (NORD/LB) zu 92,5%

Freie Hansestadt Bremen zu 7,5%

Organe

Vorstand

Aufsichtsrat

Trägerversammlung

Rechtssitz

Bremen

Niederlassungen

Bremen

Oldenburg

Mitgliedschaften

Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V.

Bundesverband öffentlicher
Banken e.V.

Hanseatischer Sparkassen- und
Giroverband

Für Kunden der Bremer Landesbank und
der mit ihr verbundenen Sparkassen eben-
falls nutzbar:

NORD/LB

Tochtergesellschaften, Beteiligungen,
Niederlassungen und Repräsentanzen:

NORD/LB Project Holding Ltd.,

London/Großbritannien

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
London Branch, London/Großbritannien

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Luxembourg S.A., Luxembourg/
Luxembourg

NORD/LB COVERED FINANCE BANK,
Luxembourg/Luxembourg

NORD/LB Moskau, Moskau/Russland

NORD/LB Norddeutsche Landesbank –

Representative Office Mumbai,
Mumbai/Indien

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
New York Branch, New York/USA

NORD/LB Paris, Paris/Frankreich

NORD/LB Beijing, Beijing/VR China

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
Shanghai Branch, Shanghai/VR China

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
Singapore Branch, Singapore/Singapur

Organe der Bremer Landesbank

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Gesamtbanksteuerung Kommunikation und Marketing Personalmanagement Revision Stabsbereich Vorstand
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance Geldwäscheprävention Marktfolge Finanzierungen Organisation/Informatik Risikocontrolling Unternehmensservice
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Firmenkunden Geschäftsfeld Privatkunden Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen BLB Immobilien GmbH BLB Leasing GmbH
Eckhard Fiene	Mit Wirkung zum 26.6.2010 aus dem Vorstand ausgeschie- den; bis dahin Zustän- digkeit für folgende Teile des Unterneh- mensbereichs Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Privatkunden
Generalbevollmächtigter		
Mathias Barghoorn		

Mitglieder des Aufsichtsrates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Bis 31.12.2010 Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Hartmut Möllring

(Ab 1.1.2011 Stellv. Vorsitzender)
Finanzminister des Landes Niedersachsen

Hermann Bröring

Landrat des Landkreises Emsland, Meppen

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i.R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Annette Düring

Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Lars-Peer Finke

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des Nieder-
sächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Jürgen Scheller

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann

Rechtsanwalt
Oldenburg

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

Mitglieder der Trägerversammlung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

Hartmut Möllring

Finanzminister des Landes Niedersachsen

Für die Freie Hansestadt Bremen

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen

Jan Pörksen

Senatsdirektor bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Bernhard Günthert

Senatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Mitglieder des Beirates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Detthold Aden

Vorsitzender des Vorstandes der
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Sven Ambrosy

Landrat des Landkreises Friesland

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat des Landkreises Cuxhaven

Bernhard Bramlage

Landrat des Landkreises Leer

Rolf Brandstrup

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Wilhelmshaven

Claus Brüggemann

Vorsitzender des Vorstandes der
Städtischen Sparkasse Bremerhaven

Leenert Cornelius

Ovelgönne

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen

Hans Eveslage

Landrat des Landkreises Cloppenburg

Ralf Finke

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Grafschaft Diepholz

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer und
I. Syndicus der
Handelskammer Bremen

Dr. Karl F. Harms

Präsident der Oldenburgischen
Industrie- und Handelskammer

Martin Hockemeyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der Gebrüder Thiele GmbH

Reinhard Krüger

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Rotenburg-Bremervörde

Bernd Meerpohl

Vorstand der Big Dutchman Aktien-
gesellschaft, Vechta

Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

Dieter Mützelburg

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen

Dr. Götz Pätzold

Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln

Thomas Schneider

Ministerialdirigent beim
Niedersächsischen Finanzministerium

Dietmar Schütz

Präsident des Bundesverbandes
Erneuerbare Energie e.V.

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister der
Stadt Oldenburg

Dr. Carl-Ulfert Stegmann

Str. Vorsitzender des Aufsichtsrates
AG Reederei Norden-Frisia

Martin Steinbrecher

Gerd Stötzel

Landrat des Landkreises Diepholz

Michael Teiser

Bürgermeister und Stadtkämmerer
der Stadt Bremerhaven

Bernd Wagemann

Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Syke

Manfred Wendt

Geschäftsführer Johann Bunte
Bauunternehmung GmbH & Co. KG

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bremen: Domshof 26, 28195 Bremen

Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322

Oldenburg: Markt, 26122 Oldenburg

Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

www.bremerlandesbank.de

kontakt@bremerlandesbank.de